

Wochenbericht

Wirtschaft Politik Wissenschaft

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2003

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Hamburg:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv, Hamburg
ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München
Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
Institut für Wirtschaftsforschung, Halle
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Hamburg am 11. April 2003.

1. Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Die Weltwirtschaft wird im Frühjahr 2003 durch große Unsicherheiten belastet. Die Eskalation des Irak-Konflikts kam zu einer Zeit, in der die weltwirtschaftliche Erholung ohnehin schleppend verlief. Weder die politischen noch die wirtschaftlichen Folgen des Irak-Konflikts sind derzeit verlässlich abzuschätzen.

Zu einer Erholung der Weltkonjunktur, die sich in der ersten Jahreshälfte 2002 abgezeichnet hatte, ist es nicht zuletzt wegen der Unsicherheiten nicht gekommen. In nahezu allen Industrieländern hat sich der Produktionsanstieg nach dem Sommer 2002 verringert. Im Verlauf des Jahres blieb der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts zumeist unter dem trendmäßigen Wachstum. Besonders schwach war die konjunkturelle Dynamik im Euroraum; hier nahm die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung über das ganze Jahr hinweg ab. Selbst in den USA, wo die Impulse durch die Geld- und Fiskalpolitik besonders kräftig waren, kam es nur vorübergehend zu einer stärkeren Expansion von Produktion und Nachfrage.

Mehrere Faktoren haben dazu geführt, dass sich die Wachstumsbedingungen weltweit verschlechtert haben; diese Faktoren wirken derzeit noch fort. So ist nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 das Vertrauen von Investoren und Konsumenten in die weltpolitische Stabilität gesunken. Die Furcht vor neuen Anschlägen erfordert höhere Sicherheitsaufwendungen, die die Ren-

Königin-Luise-Straße 5
14195 Berlin

Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

www.diw.de
postmaster@diw.de

DIW Berlin

Nr. 16/2003

70. Jahrgang / 17. April 2003

Inhalt

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2003
Seite **227**

1. Die Lage der Weltwirtschaft
Seite **227**

2. Die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union
Seite **238**

3. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland
Seite **244**

4. Zur Wirtschaftspolitik
Seite **264**

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland
Seite **2173**

A 22127 C

tabilität der Unternehmen verringern und die wirtschaftliche Aktivität belasten. Insbesondere die Luftfahrt und der Tourismus sind durch die verschlechterte globale Sicherheitslage in eine Krise geraten. Ferner brachen die Aktienkurse auf breiter Front ein, wozu auch Bilanzskandale in großen Unternehmen beitrugen. In dieser ohnehin labilen Situation wurde die Weltkonjunktur zusätzlich durch den Irak-Konflikt gedämpft. Dieser führte zu einem deutlichen Anstieg des Ölpreises, neuerlichen empfindlichen Kursverlusten an den Aktienmärkten sowie einer Eintrübung des Geschäftsklimas und des Verbrauchervertrauens.

Vor dem Hintergrund des eskalierenden Irak-Konflikts blieb die wirtschaftliche Dynamik in den Industrieländern auch zu Beginn des laufenden Jahres gering. In den USA hat sich das Konjunkturklima nochmals verschlechtert; insbesondere verlor die zuvor sehr robuste Nachfrage der privaten Haushalte deutlich an Fahrt. Im Euroraum dürfte sich der Produktionsanstieg weiter verlangsamt haben; zu der Schwäche der Binnennachfrage kamen die dämpfenden Wirkungen der Euroaufwertung. In Japan wurde die Konjunktur ebenfalls durch eine Aufwertung der heimischen Währung belastet. Sie trug dazu bei, dass die exportinduzierte Erholung zum Stillstand kam.

In den Schwellenländern insgesamt flachte sich die Produktion nach dem Sommer 2002 ab, wenngleich weniger ausgeprägt als in den Industrieländern. In Ostasien nahm sie – bei allerdings erheblichen Unterschieden von Land zu Land – weiter kräftig zu, nicht zuletzt angeregt von der ungebrochenen Wirtschaftsdynamik in China. In Lateinamerika ist die Lage insgesamt nach wie vor labil; allerdings scheint sich die Produktion zu stabilisieren. In Mittel- und Osteuropa blieb die gesamtwirtschaftliche Aktivität dank einer robusten Inlandsnachfrage aufwärts gerichtet, wenn auch weniger deutlich als zuvor.

Risiken durch den Irak-Konflikt

Die erneute Dämpfung des weltweiten Konjunkturklimas in den vergangenen Monaten war vor allem durch die ökonomischen Konsequenzen des Irak-Konflikts bestimmt. Die Vorbereitung und die Durchführung des Krieges sind zwar insbesondere in den USA auch mit zusätzlicher Nachfrage verbunden. Weltweit überwiegen jedoch die negativen Effekte, die vor allem von dem kräftigen Ölpreisanstieg und dem weiteren Rückgang der Aktienkurse ausgelöst wurden. Auch wertete der US-Dollar im Vorfeld des Irak-Krieges merklich ab.

Mit dem Ausbruch des Krieges im März 2003 bildete sich der Ölpreis zurück, die Aktienkurse erholten sich etwas, und die Abwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro kam zum Stillstand. Der vorliegenden Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass die Folgen des Irak-Krieges räumlich und zeitlich begrenzt bleiben und die Belastungen der Weltkonjunktur rasch nachlassen. Es ist unterstellt, dass sich der Ölpreis im Prognosezeitraum bei einem Niveau von 25 US-Dollar pro Barrel einpendelt, dass sich der Wechselkurs des US-Dollar gegenüber den großen Währungen nicht nennenswert verändert – gegenüber dem Euro ist ein Kurs von 1,08 bis Ende 2004 angenommen – und dass sich die Aktienkurse stabilisieren.

Sollten sich diese Annahmen als unzutreffend erweisen, könnte die Weltkonjunktur belastet werden (Kasten 1.1). Ein deutlich höherer Ölpreis wirkt über verschiedene Kanäle auf die Konjunktur: So kommt es in dem Maße, in dem die ölexportierenden Länder die zusätzlichen Einnahmen kurzfristig nicht für Güterkäufe in den ölimportierenden Ländern verwenden, zu Entzugseffekten. Die gestiegenen Rohölpreise schlagen rasch auf das Preisniveau durch; auch mögliche Zweitrundeneffekte über die Lohnentwicklung könnten die Geldpolitik zu Zinsanhebungen veranlassen. Zudem könnte ein neuerlicher Aktienkurseinbruch Investitionen und Konsum belasten und eine durchgreifende Erholung der Konjunktur verhindern oder zumindest verzögern. Die Gesamtwirkungen einer Abwertung des US-Dollar, die sich im Zuge eines Vertrauensverlustes in die US-Wirtschaft ergeben könnten, hängen insbesondere davon ab, wie Lohn- und Geldpolitik auf die damit verbundenen Preiseffekte reagieren.

Nur verhaltene Konjunkturerholung

Bei den hier getroffenen Annahmen ist zu erwarten, dass sich das Vertrauen von Konsumenten und Investoren festigt; die von der Wirtschaftspolitik ausgehenden Anregungen werden dann von dieser Seite nicht mehr konterkariert. Die Geldpolitik ist in den Industrieländern schon seit längerem expansiv ausgerichtet. Als Reaktion auf die konjunkturelle Stockung im vergangenen Winterhalbjahr wurden die Leitzinsen nochmals gesenkt. In den meisten Industrieländern liegen die kurzfristigen Zinsen real auf einem sehr niedrigen Niveau, in den USA sind sie sogar negativ. Allerdings wurden mit dem deutlichen Kursrückgang an den Aktienmärkten in den vergangenen Monaten das Vermögen der privaten Haushalte reduziert und die Kapitalbeschaffung der Unternehmen erschwert – ein Effekt, der besonders in den USA und in Großbritannien ins Gewicht fällt.

Kasten 1.1

Simulationen zu den Effekten abweichender Verläufe von Ölpreis, Wechselkurs und Aktienkurs

Um abschätzen zu können, wie sich Änderungen von Ölpreis, Wechselkurs und Aktienkurs auf die Konjunktur auswirken, wurden Simulationsrechnungen mit dem OEF-Modell¹ durchgeführt. Das Modell enthält Gleichungen für wichtige makroökonomische Variablen wie Investitionen, Konsum oder Außenhandel sowie Funktionen für die Preis- und Lohnbildung in den großen Wirtschaftsräumen. Die Geldpolitik reagiert endogen, im Euroraum einer Geldmengenregel folgend, in den USA gemäß einer Taylor-Regel.

Folgende Schocks wurden simuliert:

1. Ölpreisschock: Der Ölpreis liegt permanent um 40 % (rund 10 US-Dollar pro Barrel) über dem Niveau im Basisszenario. Ein solcher Anstieg führt dazu, dass der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts in diesem und im nächsten Jahr im Euroraum jeweils um knapp ¼ Prozentpunkt gedrückt wird; in den USA fällt der dämpfende Effekt etwas geringer aus (Tabelle 1.1). Die Inflation beschleunigt sich; in der Folge steigen die kurzfristigen Zinsen.
2. Wechselkursschock: Der US-Dollar wertet permanent um 10 % gegenüber dem Euro ab. Daraufhin expandiert in den USA die Produktion um etwa ¼ Prozentpunkt schneller; die Inflation erhöht sich merklich, der kurzfristige Zins steigt mit Verzögerung ebenfalls deutlich an. Im Euroraum kommt es dagegen zu einem kräftigen Rückgang der Inflation und der kurzfristigen Zinsen, die wirtschaftliche Aktivität wird leicht gedämpft.
3. Aktienkursschock: Das Aktienkursniveau in den USA und im Euroraum liegt permanent um 10 % niedriger als im Basisszenario unterstellt. Im Modell gehen davon nur geringe Wirkungen auf Produktion und Preise in den betrachteten Wirtschaftsräumen aus.

Tabelle 1.1

Ergebnisse der Simulationsrechnungen

Abweichungen von der Basissimulation in Prozentpunkten

	Ölpreisanstieg ¹		Abwertung des US-Dollar ²		Aktienkursrückgang ³	
	2003	2004	2003	2004	2003	2004
USA						
Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts	-0,1	-0,2	0,2	0,2	-0,1	-0,2
Inflationsrate	0,2	0,4	0,7	1,1	0,0	-0,1
Kurzfristiger Zins	0,2	0,3	0,1	0,7	0,0	-0,2
Euroraum						
Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts	-0,2	-0,2	-0,1	-0,1	0,0	0,0
Inflationsrate	0,4	0,3	-0,5	-0,7	0,0	0,0
Kurzfristiger Zins	0,6	0,2	-0,9	-1,2	0,0	-0,1
Deutschland						
Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts	-0,2	-0,2	-0,1	-0,2	-0,1	-0,1
Inflationsrate	0,4	0,2	-0,5	-0,5	0,0	0,0
Kurzfristiger Zins	0,6	0,2	-0,9	-1,2	0,0	-0,1

¹ Permanente Erhöhung des Ölpreises um 40 % ab dem 1. Quartal 2003.

² Permanente Abwertung des US-Dollar um 10 % gegenüber dem Euro ab dem 1. Quartal 2003.

³ Permanente Absenkung des Aktienkursniveaus in den USA und im Euroraum um 10 % ab dem 1. Quartal 2003.

Quelle: Berechnungen der Institute.

GD Frühjahr 2003

Die Simulationen sind lediglich als Beispielrechnungen zu verstehen. Bei der Interpretation der ermittelten Wirkungen ist zu beachten, dass sich Veränderungen gegenüber den unterstellten Schocks nur dann proportional auswirken, wenn sie nicht zu stark sind. Bei einem sehr hohen Impuls könnten überproportional große Effekte resultieren. Ähnlich verhält es sich, wenn mehrere der isoliert simulierten Schocks gleichzeitig auftreten. Es ist möglich, dass die Wirkung größer ist als die Summe der partiellen Effekte. Alle Aussagen gelten unter der Annahme struktureller Konstanz; bei einem anderen als dem in der Vergangenheit beobachteten Verhalten von Wirtschaftssubjekten und Politik würde es zu anderen Ergebnissen kommen.

¹ Welt-Modell des Forschungsinstituts Oxford Economic Forecasting (www.oef.com).

Angesichts der schwachen Konjunktur und geringer Inflationsrisiken werden die Leitzinsen vorerst wohl niedrig bleiben. Im Euroraum dürften sie in diesem Frühjahr sogar nochmals leicht gesenkt werden, denn hier stehen den geldpolitischen Impulsen bremsende Wirkungen der Euroaufwertung gegenüber. In Japan liegt der Leitzins weiterhin bei null. Dennoch ist dort die Geldmenge in weiter Abgrenzung nur wenig gestiegen. Auch deshalb ist ein Ende der Deflation in Japan nicht in Sicht.

Die Fiskalpolitik ist insbesondere in den USA deutlich expansiv ausgerichtet. Dort wird das konjunkturbereinigte Budgetdefizit in diesem Jahr vor allem aufgrund der Kriegskosten weiter stark zunehmen. Im kommenden Jahr werden erhebliche Steuersenkungen wirksam, so dass trotz der dann geringeren Militärausgaben kein Rückgang des

strukturellen Defizits zu erwarten ist. Auch in Großbritannien befindet sich die Fiskalpolitik auf einem Expansionskurs, der die wirtschaftliche Aktivität in diesem und im nächsten Jahr stützt. Im Euroraum wird das strukturelle Defizit angesichts der schwachen Konjunktur im Prognosezeitraum wohl nicht zurückgeführt werden. Eine weitgehend neutrale Fiskalpolitik dürfte auch die japanische Regierung verfolgen; der Einstieg in die Haushaltskonsolidierung ist erneut verschoben worden.

Bei diesen Rahmenbedingungen werden im Verlauf des zweiten Halbjahres 2003 die wirtschaftlichen Auftriebskräfte in den Industrieländern die Oberhand gewinnen. Die Erholung dürfte jedoch insgesamt verhalten ausfallen. Einer raschen konjunkturellen Expansion stehen verschiedene Faktoren entgegen. So dürften Luftfahrt und Touris-

Tabelle 1.2

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den Industrieländern

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ¹			Arbeitslosenquote ² in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
		2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
Deutschland	8,0	0,2	0,5	1,8	1,3	1,3	1,2	8,2	9,1	9,1
Frankreich	5,7	1,2	1,0	2,4	1,9	1,8	1,6	8,7	9,2	9,2
Italien	4,7	0,4	0,8	2,2	2,6	2,3	2,0	9,0	9,2	9,2
Spanien	2,5	2,0	1,8	3,0	3,6	3,3	2,7	11,4	12,2	12,2
Niederlande	1,7	0,3	0,3	2,0	3,9	2,7	2,0	2,7	3,7	3,8
Belgien	1,0	0,7	1,0	2,4	1,6	1,6	1,4	7,3	7,8	7,6
Österreich	0,8	1,0	1,0	2,4	1,7	1,6	1,5	4,3	4,3	4,2
Finnland	0,5	1,6	2,4	3,3	2,0	1,9	1,8	9,1	8,9	8,6
Griechenland	0,5	4,0	3,3	4,0	3,9	3,5	3,0	9,9	9,5	9,0
Portugal	0,5	0,5	-0,8	1,4	3,7	3,8	3,0	5,1	6,5	6,8
Irland	0,4	6,0	4,0	4,8	4,7	4,5	3,5	4,4	4,6	4,5
Luxemburg	0,1	0,4	1,5	3,0	2,1	2,9	2,2	2,4	3,0	2,8
Euroraum ³	26,3	0,8	0,9	2,3	2,2	2,0	1,8	8,3	8,9	8,9
Großbritannien	6,2	1,8	2,3	2,5	1,3	1,5	1,5	5,1	5,1	5,1
Schweden	0,9	1,9	1,5	2,5	2,0	2,3	2,1	4,9	5,3	5,0
Dänemark	0,7	1,6	1,3	2,1	2,4	2,3	2,0	4,5	4,9	4,7
Europäische Union ³	34,1	1,0	1,2	2,3	2,1	2,0	1,7	7,6	8,1	8,1
Schweiz	1,1	0,1	1,0	1,5	0,7	1,0	1,0	2,8	3,8	3,5
Norwegen	0,7	1,2	1,5	2,3	0,8	3,5	2,5	3,9	4,2	4,0
Westeuropa ³	35,9	1,1	1,2	2,3	2,0	2,0	1,7	7,5	8,0	7,9
USA	43,2	2,4	2,4	3,5	1,6	2,4	2,2	5,8	5,8	5,6
Japan	17,9	0,3	1,2	1,1	-0,9	-0,6	-0,5	5,4	5,6	5,6
Kanada	3,0	3,4	3,0	3,3	2,2	2,8	2,6	7,7	7,3	7,0
Insgesamt ³	100,0	1,6	1,8	2,6	1,3	1,7	1,6	6,6	6,8	6,7
Nachrichtlich: Exportgewicht ⁴	–	1,3	1,4	2,5	2,0	2,1	1,8	–	–	–

¹ Westeuropa (außer Schweiz): Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
² Standardisiert.

³ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2001

in US-Dollar; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2001.

⁴ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 2001.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen;
 Berechnungen der Institute; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

mus noch geraume Zeit unter der latenten Gefahr weiterer Terroranschläge leiden. Die Nachfrage nach IT-Gütern wird zwar weiter zunehmen; ein ähnlich kräftiger Anstieg wie in den späten 90er Jahren ist aber nicht in Sicht. Dämpfende Effekte gehen vorerst noch von dem relativ starken Rückgang der Aktienkurse in jüngerer Zeit aus. In den USA besteht im privaten Sektor weiterhin Konsolidierungsbedarf; insbesondere die Sparquote der privaten Haushalte erscheint gemessen am langfristigen Durchschnitt immer noch niedrig. Vor diesem Hintergrund ist mit einer nur mäßigen Expansion der Ausgaben der privaten Haushalte zu rechnen, zumal einige Sonderfaktoren entfallen, die den Konsum bisher gestützt haben. Angesichts der sehr kräftigen wirtschaftspolitischen Impulse dürfte sich in den USA gleichwohl eine merkliche Erholung durchsetzen.

Die anziehende US-Konjunktur gibt Impulse für die übrigen Industrieländer. Allerdings hat sich deren preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Dollarraum verschlechtert. Dadurch werden die Nachfrageimpulse aus den USA vorerst gedämpft. Dies gilt insbesondere für den Euroraum. Dennoch wird sich im Prognosezeitraum auch hier eine – wenngleich moderate – konjunkturelle Belebung einstellen, da retardierende Faktoren wegfallen und die Geldpolitik anregend wirkt. In Japan wird die Produktion allmählich wieder etwas stärker ausgeweitet.

In den Industrieländern insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt trotz der Belebung in der zweiten Hälfte dieses Jahres mit 1,8% ähnlich schwach steigen wie im vergangenen Jahr (Tabelle 1.2). Erst 2004 dürfte die Produktion mit 2,6% wieder etwa so kräftig zunehmen wie im mittelfristigen Trend. Bei dieser Entwicklung bessert sich die Lage an den Arbeitsmärkten erst im Verlauf des kommenden Jahres spürbar. Der Preisanstieg, der sich zuletzt wegen des höheren Ölpreises merklich verstärkt hatte, schwächt sich im weiteren Verlauf dieses Jahres wieder ab. Auch im kommenden Jahr dürfte die Inflation angesichts der in den meisten Ländern geringen Kapazitätsauslastung niedrig bleiben. Andererseits ist das Risiko einer Deflation in den USA, aber auch im Euroraum vor dem Hintergrund der konjunkturellen Belebung und einer starken Geldmengenerweiterung gering.

Die Festigung der Konjunktur in den Industrieländern wird auch die wirtschaftliche Aktivität in der übrigen Welt anregen (Tabelle 1.3). Die Expansion in den ostasiatischen Schwellenländern gewinnt dann wieder an Tempo. In Lateinamerika dürfte sich die Konjunktur nicht zuletzt wegen einer stärkeren Zunahme der Auslandsnachfrage

Tabelle 1.3

Reales Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Regionen der Weltwirtschaft

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2002	2003	2004
Industrieländer insgesamt	1,6	1,8	2,6
darunter:			
USA	2,4	2,4	3,5
Japan	0,3	1,2	1,1
Euroraum	0,8	0,9	2,3
Übriges Westeuropa	1,6	1,9	2,3
Schwellenländer			
darunter:			
Mittel- und Osteuropa	3,4	3,5	3,6
Ostasien ¹	4,4	4,0	4,5
Lateinamerika ²	-1,0	1,5	3,5
Insgesamt³	1,6	1,9	2,8
<i>Nachrichtlich:</i>			
Welthandel, real	2,7	4,7	7,4

¹ Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2001 in US-Dollar.

² Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile. Gewichtet

mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2001 in US-Dollar.

³ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2001 in US-Dollar.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

allmählich erholen. In den mittel- und osteuropäischen Reformländern wird sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts ebenfalls beschleunigen. Bei alledem dürfte sich die Expansion des Welthandels, die sich in der zweiten Jahreshälfte 2002 deutlich abgeschwächt hatte, wieder verstärken. Für 2003 ist mit einer Zunahme des Welthandels von reichlich 4½% zu rechnen, nach knapp 3% im vergangenen Jahr. Im kommenden Jahr dürfte sie 7½% betragen.

Die erwartete konjunkturelle Erholung verläuft also regional in unterschiedlichem Tempo. Wieder einmal ist der Aufschwung in den USA relativ kräftig. Reflex dieser Entwicklung ist ein weiter zunehmender Fehlbetrag in der US-Leistungsbilanz. Hier wird davon ausgegangen, dass die USA ähnlich wie im vorigen Jahrzehnt wegen der günstigeren Entwicklung für Investoren besonders attraktiv sein werden, das Defizit in der Leistungsbilanz also ohne nennenswerten Risikoaufschlag finanziert wird. Die Wahrscheinlichkeit einer völlig anderen Reaktion erhöht sich aber mit zunehmendem Fehlbetrag. Nähmen die Investoren beispielsweise das steigende Budgetdefizit des Staates als Hinweis für verschlechterte Wachstumsbedingungen in den USA, könnte es zu einer abrupten Abwertung des US-Dollar kommen, die die Erholung insbesondere im Euroraum und in Japan zusätzlich belasten würde.

Kräftige wirtschaftspolitische Impulse in den USA

In den USA ist die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im vergangenen Jahr spürbar gestiegen; das reale Bruttoinlandsprodukt übertraf den Vorjahreswert um 2,4 %. Die Erholung verlief allerdings sehr unstetig, und die konjunkturelle Expansion hat sich seit dem Herbst wieder merklich abgeschwächt.

Insbesondere trübte sich das Verbrauchervertrauen erheblich ein, und der private Konsum verlor an Dynamik. Zum einen beendete die Automobilindustrie ihre Finanzierungsoffensive, zum anderen haben sich die Beschäftigungsperspektiven zuletzt verschlechtert. Darüber hinaus beschleunigte sich der Preisauftrieb wegen der gestiegenen Ölpreise. Im Februar 2003 betrug die Teuerungsrate der privaten Lebenshaltung 3 %, nach 2 % im vergangenen Herbst. Auch wenn diese Entwicklung die zugrunde liegende Preistendenz nicht widerspiegelt – die Kernrate der Inflation hat sich im gleichen Zeitraum sogar noch leicht auf 1,8 % verringert –, impliziert sie doch einen erheblichen Kaufkraftentzug. Schließlich dämpften die starken Vermögenseinbußen an den Aktienmärkten, zu denen es im Laufe des vergangenen Jahres insbesondere wegen des Irak-Konflikts und der Bilanzskandale

gekommen war. Gestützt wurde der private Konsum lediglich durch die Entwicklung im privaten Immobiliensektor. Bei weiter sinkenden Hypothekenzinsen konnten die finanziellen Belastungen durch Umschuldung nochmals reduziert werden. Zudem führten die steigenden Immobilienpreise zu einem Vermögenszuwachs. Die privaten Bauinvestitionen nahmen daher bis zuletzt kräftig zu. Beim gewerblichen Bau setzte sich zwar der Rückgang wegen der immer noch hohen Überkapazitäten fort, allerdings in merklich verlangsamtem Tempo. Die Ausrüstungsinvestitionen sind schon seit dem vergangenen Frühjahr deutlich aufwärts gerichtet; vor allem kam es im IT-Sektor zu einer spürbaren Belebung. Auf die Investitionsneigung dürfte sich positiv ausgewirkt haben, dass die Gewinne der Unternehmen seit Jahresbeginn 2002 wieder steigen. Eine erhebliche Dämpfung ging zum Jahresende von einem Einbruch der Exporte aus. Da zugleich die Importe anhaltend stark zunahmen, verringerte sich der reale Außenbeitrag weiter.

Die Finanzpolitik wirkte im Jahre 2002 stark anregend. Schon im Sommer 2001 hatte sie mit der stufenweisen Senkung der Einkommensteuer einen expansiven Kurs eingeschlagen. Im Gefolge der Terroranschläge vom 11. September wurden dann ein Konjunkturpaket verabschiedet und die Ausgaben für Verteidigung und innere Sicherheit spürbar erhöht. Diese wurden im Vorfeld des Irak-Krieges nochmals ausgeweitet. Zusätzlich hat die Regierung dem Kongress jüngst einen Nachtragshaushalt in Höhe von rund 75 Mrd. US-Dollar zur Deckung der kriegsbedingt höheren Militärausgaben vorgelegt. Hier wird angenommen, dass die Kriegskosten überwiegend im ersten Halbjahr 2003 anfallen. Zwar werden wohl nach der militärischen Auseinandersetzung weiterhin Ausgaben für Truppenstationierungen zu tragen sein; sie dürften aber erheblich geringer ausfallen als die Kosten für den Krieg.

Ferner ist damit zu rechnen, dass der Kongress demnächst die für den Prognosezeitraum relevanten Steuersenkungen des im Januar von der Regierung eingebrachten „Jobs and Growth Plan“ (Tabelle 1.4) beschließen wird; dagegen wird die vorgeschlagene Abschaffung der Dividendenbesteuerung wohl abgelehnt. Die Maßnahmen dürften in diesem Finanzjahr erst wenig wirken; im nächsten Fiskaljahr, das am 1. Oktober 2003 beginnt, werden sie das strukturelle Defizit wohl um 0,8 Prozentpunkte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt erhöhen.

Insgesamt wird der Bundeshaushalt, der 2002 erstmals seit fünf Jahren wieder mit einem Defizit – in Höhe von 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts –

Tabelle 1.4

Rechnerische Budgeteffekte der geplanten Einzelmaßnahmen des „Jobs and Growth Plan“ vom 6. Januar 2003

Veränderung gegenüber der ursprünglichen Budgetplanung in Mrd. US-Dollar, Fiskaljahre

	2003	2004	2005 bis 2013
Einnahmenseite			
Aufhebung der „Sunset Provision“ im Steuergesetz von 2001	*	-1	-601
Aufhebung der Dividendensteuer	-8	-23	-365
Vorgezogene Einkommensteuersenkung	-25	-78	-133
Erhöhte Abschreibung auf Forschungsaufwendungen	0	-1	-55
Abbau der „Alternative Minimum Tax“	-1	-9	-27
Erhöhte Abschreibung auf Investitionen	-1	-3	-24
Gutschrift für Pflegeversicherung	0	*	-18
Gutschrift für gemeinnützige Spenden	*	-1	-14
Gutschrift für sozialen Wohnungsbau	0	*	-15
Gutschriften für Krankenversicherung	0	*	-13
Erhöhter Sparerfreibetrag	2	3	-10
Andere Maßnahmen	-1	-5	-61
Insgesamt	-34	-118	-1 336
Ausgabenseite			
Negative Einkommensteuer und Kinderfreibetrag	4	1	44
Arbeitslosenversicherung	0	0	17
Zuschüsse für Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen	0	3	1
Insgesamt	4	4	62
Kosten insgesamt	-38	-122	-1 398

* Zwischen -0,5 und +0,5 Mrd. US-Dollar.

Quelle: Congressional Budget Office
(www.cbo.gov/ftpdocs/cfm?index=4129&type=1).

GD Frühjahr 2003

abgeschlossen hatte, im laufenden Haushaltsjahr einen deutlich höheren Fehlbetrag ausweisen. Angesichts der konjunkturbedingt abermals ungünstigen Einnahmen- und Ausgabenentwicklung sowie der Kosten des Krieges dürfte er 3,3 % des Bruttoinlandsprodukts ausmachen. Wegen der kräftigen Steuerentlastung wird die Defizitquote 2004 trotz deutlich verringerter Militärausgaben ähnlich hoch sein wie in diesem Jahr.

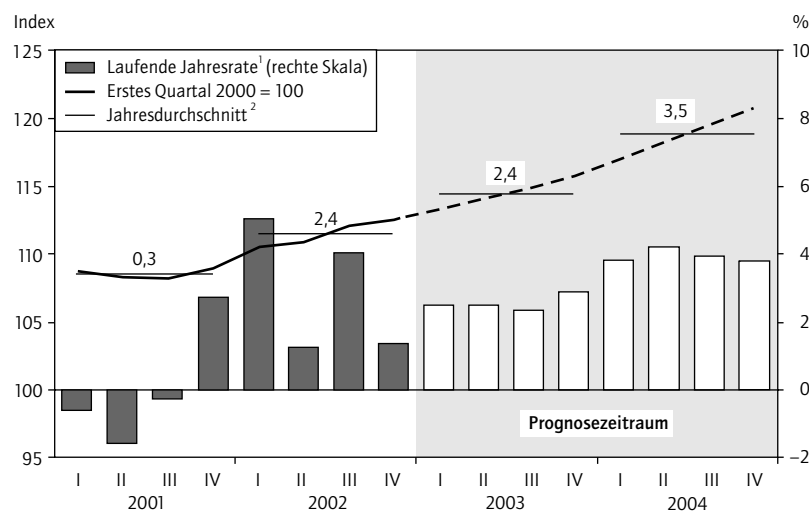
Die monetären Rahmenbedingungen haben sich seit dem Herbst 2002 insgesamt weiter verbessert. Der Expansionsgrad der Geldpolitik wurde durch die erneute Leitzinssenkung im November 2002 noch erhöht. Die realen Geldmarktzinsen (deflationiert mit der Kerninflation), die schon seit einiger Zeit negativ sind, sanken weiter. Die Kapitalmarktzinsen bewegen sich seit längerer Zeit sowohl nominal als auch real auf niedrigem Niveau. Hinzu kam die fortgesetzte Abwertung des US-Dollar. Angesichts der noch unsicheren konjunkturellen Lage ist nicht damit zu rechnen, dass die Zentralbank schon 2003 ihren Kurs ändern wird. Erst im Frühjahr 2004, wenn die Festigung der Konjunktur gesichert erscheint, dürfte die amerikanische Zentralbank die Zinsen anheben, dann aber angesichts des sehr niedrigen Niveaus deutlich, um frühzeitig zunehmenden Inflationserwartungen vorzubeugen. Die Institute erwarten, dass die Zinsen bis zum Jahresende 2004 um insgesamt rund 1,5 Prozentpunkte steigen.

Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahresdurchschnitt 2003 um 2,4 % zunehmen (Abbildung 1.1). Die konjunkturelle Dynamik wird allerdings durch diese Rate merklich überzeichnet, denn ohne die kriegsbedingt höheren Staatsausgaben wäre der Anstieg in der ersten Jahreshälfte 2003 erheblich geringer. Insbesondere der private Konsum bleibt schwach: Zum einen zeichnet sich am Arbeitsmarkt keine durchgreifende Besserung ab, zum anderen deutet sich eine Verschlechterung der Lage am privaten Immobilienmarkt an. Die Sparneigung dürfte leicht zunehmen. Nur durch die steuerlichen Entlastungen, die Ende dieses Jahres und in stärkerem Maße in der ersten Jahreshälfte 2004 zur Geltung kommen werden, beschleunigt sich der Anstieg des privaten Konsums leicht.

Die Investitionsneigung scheint sich angesichts der Eskalation des Irak-Konflikts wieder abgeschwächt zu haben. Wenn sich der kriegsbedingte Attentismus aufgelöst hat, dürften die Ausrüstungsinvestitionen wieder beschleunigt ausgeweitet werden, da sich die Gewinnsituation verbessert hat, die Zinsen niedrig bleiben und sich die Absatz- und Ertragsaussichten erneut aufhellen. Wegen der noch nicht abgeschlossenen Konsolidierung bei

Abbildung 1.1

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA Saisonbereinigter Verlauf



1 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.

2 Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Nationale Statistik; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2003: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

den Bauinvestitionen bleibt das Tempo bei den gewerblichen Investitionen insgesamt aber moderat. Im kommenden Jahr dürften die Auftriebskräfte endgültig die Oberhand gewinnen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird 2004 wohl um 3,5 % steigen; die negative Produktionslücke wird dabei deutlich geringer.

Die Teuerungsrate für die private Lebenshaltung wird im Jahresdurchschnitt 2003 wegen des vorübergehenden Ölpreisanstiegs mit rund 2,4 % merklich höher sein als im Vorjahr (1,6 %). Mit niedrigeren Ölpreisen wird sie im kommenden Jahr etwas geringer ausfallen. Die Arbeitslosenquote geht erst im Verlauf des Jahres 2004 spürbar zurück. Das Defizit in der Leistungsbilanz, das im vergangenen Jahr 4,6 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt betrug, steigt im Prognosezeitraum deutlich.

Geringe Dynamik in Japan

In Japan nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahresverlauf 2002 deutlich zu; im vierten Quartal lag das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,8 % höher als ein Jahr zuvor. Wegen des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn war der Anstieg im Jahresdurchschnitt allerdings mit 0,3 % nur gering. Getragen wurde die konjunkturelle Erholung vor allem von der Auslandsnachfrage. Dabei pro-

fitierte Japan von der kräftigen Konjunktur im asiatischen Raum, insbesondere in China. Aber auch die Binnennachfrage belebte sich merklich. Die Investitionen legten im Jahresverlauf deutlich zu. Trotz anhaltenden Beschäftigungsabbaus und sinkender Lohneinkommen stieg der private Verbrauch, denn die Sparquote ging zurück.

Die Deflation wurde trotz der konjunkturellen Erholung nicht überwunden. Der Bank von Japan gelang es nicht, eine höhere Geldmengenexpansion herbeizuführen, obwohl sie an der Nullzinspolitik festhielt und massiv Liquidität für die Geschäftsbanken bereitstellte. Die weit gefasste Geldmenge (M2 einschließlich Depositenzertifikaten) stieg im Jahresdurchschnitt 2002 nur um etwa 2 %, obwohl die Geldbasis gegenüber dem Vorjahr um etwa 20 % ausgeweitet wurde. Dies deutet darauf hin, dass die Probleme bei der Finanzintermediation immer noch nicht gelöst sind. Hohe Bestände an notleidenden Krediten und unklare Bewertungsvorschriften wirkten bremsend auf die Kreditvergabe der Geschäftsbanken; die Kredite an den Privatsektor gingen bis zuletzt zurück. Die Zentralbank hat angekündigt, den Geschäftsbanken zur Sicherung ihrer Solvenz in großem Umfang Aktien abzukaufen. Implizit ist damit eine Stützung des Aktienmarktes verbunden. Die monetären Rahmenbedingungen verschlechterten sich auch dadurch, dass der Yen im Verlauf des Jahres 2002 gegenüber dem US-Dollar aufgewertet hat.

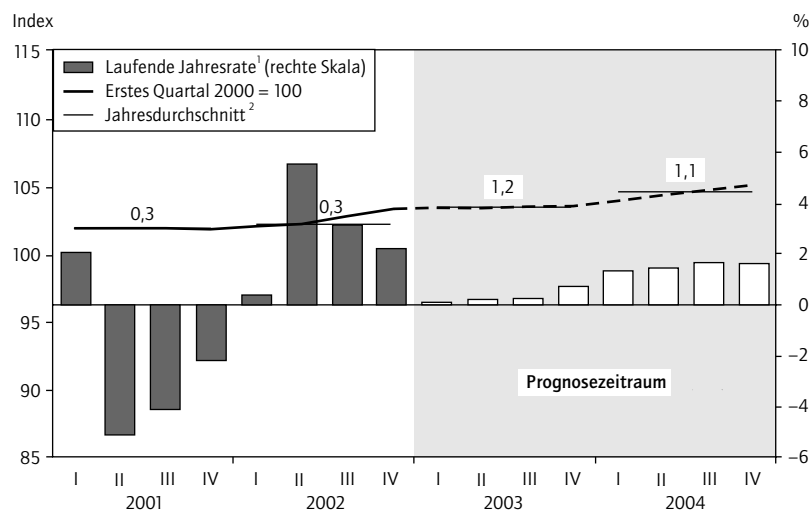
Die Bank von Japan dürfte einem weiteren Kursanstieg durch Devisenmarktinterventionen entgegenwirken; es gibt allerdings keine Anzeichen dafür, dass sie eine deutliche Abwertung des Yen erreichen will. Sie wird an der Nullzinspolitik ebenso wie an der reichlichen Liquiditätsversorgung des Geschäftsbankensektors festhalten. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass diese Politik ausreicht, um die Deflation zu beenden.

Die Finanzpolitik hat angesichts der binnenwirtschaftlichen Fragilität die zunächst angestrebte Obergrenze für das Budgetdefizit überschritten. Das strukturelle Defizit dürfte sich im Jahre 2002 gegenüber dem Vorjahr kaum verändert haben. Auch in diesem und im nächsten Jahr wird die Finanzpolitik wahrscheinlich in etwa neutral wirken.

Vor diesem Hintergrund wird sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik im Prognosezeitraum zunächst abschwächen (Abbildung 1.2). Die Exporte dürften infolge der höheren Bewertung des Yen und der flacheren Weltkonjunktur kaum noch zunehmen. Im späteren Jahresverlauf werden sie sich mit einem Anziehen der Auslandsnachfrage wieder beleben. Dies wirkt sich auch positiv auf die Binnennachfrage aus. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2003 um 1,2 % zunehmen. Im kommenden Jahr dürfte der Anstieg eine ähnliche Größenordnung erreichen. Die Arbeitslosenquote wird zunächst noch etwas steigen; der Rückgang der Konsumentenpreise setzt sich fort.

Abbildung 1.2

Reales Bruttoinlandsprodukt in Japan Saisonbereinigter Verlauf



1 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.

2 Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Nationale Statistik; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2003: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

Zügiger Produktionsanstieg in den ostasiatischen Schwellenländern

In den ostasiatischen Schwellenländern nimmt die gesamtwirtschaftliche Produktion seit Ende 2001 erheblich rascher zu als in der übrigen Welt. Bei einer anhaltend günstigen internationalen Wettbewerbsposition wurde der Aufschwung zunächst vom Export getragen. Nicht zuletzt die Ausfuhr von elektronischen Produkten nahm stark zu. Seit vergangenem Sommer flaute die Auslandsnachfrage allerdings mit der schwächeren Konjunktur in den Industrieländern ab. Zugleich weitete aber China, das sich mehr und mehr zu einem Wachstumszentrum der Region entwickelt, seine Nachfrage kräftig aus. Darüber hinaus hat sich die Binnenkonjunktur in den ostasiatischen Schwellenländern – gestützt von einer expansiv ausgerichteten Geld- und Finanzpolitik – verstärkt. Vor allem der private Konsum expandierte sehr deutlich, insbesondere in Südkorea und Thailand. Insgesamt hat sich der Produktionsanstieg aber seit dem vergangenen Sommer auch in den ostasiatischen

Schwellenländern etwas verlangsamt; er ist freilich immer noch kräftig. Die Leistungsbilanz weist weiterhin fast überall Überschüsse auf. In einigen Ländern betrugen sie im vergangenen Jahr 6%, in Taiwan sogar 9% des Bruttoinlandsprodukts.

In diesem Jahr dürfte die Expansion weiter an Fahrt verlieren. Der Krieg im Irak verunsichert auch in dieser Region Konsumenten und Investoren. Neben der vorerst anhaltenden Schwäche der Weltkonjunktur spielt auch eine Rolle, dass der hohe Ölpreis fast überall – außer im Ölexportland Indonesien – zu einem deutlichen Einkommensentzug führt. In einigen Ländern werden zudem Rückgänge im Tourismus, auch wegen des Terroranschlags auf Bali im vergangenen Jahr, die gesamtwirtschaftliche Aktivität dämpfen. Ein weiteres jüngst aufgetretenes Risiko stellt die Ausbreitung der Lungenkrankheit SARS dar. Gleichwohl dürfte die hohe Eigendynamik in der Region anhalten, auch wenn Geld- und Finanzpolitik vereinzelt wegen zunehmender inflationärer Tendenzen weniger expansiv ausgerichtet sind. In Südkorea wurden daher die Leitzinsen bereits angehoben. In anderen Ländern rückt das Bestreben nach Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in den Vordergrund. Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird sich in diesem Jahr insgesamt langsamer erhöhen als 2002. Die erwartete Erholung der Weltwirtschaft wird aber im späteren Verlauf dieses Jahres auf eine Beschleunigung hinwirken. Unter diesen Umständen wird die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahre 2004 wieder etwas höher sein als in diesem Jahr.

Stabilisierungstendenzen in Lateinamerika

Im vergangenen Jahr wurde in Lateinamerika insgesamt die konjunkturelle Talsohle durchschritten. In den meisten Ländern war die Produktion im Jahresverlauf wieder aufwärts gerichtet. In Venezuela ging die wirtschaftliche Aktivität jedoch nicht zuletzt wegen eines monatelangen Generalstreiks im Winter stark zurück.

Seit den Finanzkrisen in den Schwellenländern in den Jahren 1997 und 1998 ist auf den internationalen Kapitalmärkten ein erhöhtes Risikobewusstsein gegenüber Anlagen in Lateinamerika zu beobachten; die Zinsdifferenz gegenüber vergleichbaren Anlagen in Industrieländern ist teilweise sehr hoch. Die großen Länder Lateinamerikas haben dieses Problem mit unterschiedlichem Erfolg bewältigt. Die geringsten Schwierigkeiten hatte Mexiko; dort scheint mit der Integration in die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA auch ein Stabilitätsimport gelungen zu sein. Die kon-

junkturelle Entwicklung im Jahre 2002 war zwar angesichts der stockenden Erholung in den USA enttäuschend, die makroökonomischen Rahmenbedingungen sind jedoch robust. Dagegen befindet sich Argentinien, das Ende 2001 die Bedienung seiner internationalen Schulden einstellen musste, in einer tiefen Krise. Immerhin scheint der Tiefpunkt mittlerweile durchschritten zu sein, die Produktion ist zuletzt wieder ein wenig gestiegen. Auch Brasilien stand im vergangenen Jahr dicht vor einer Finanzkrise. Im Vorfeld der Präsidentenwahlen im Oktober kam es zu Verunsicherungen über den künftigen wirtschaftspolitischen Kurs, die zu hohen Risikoaufschlägen auf brasilianische Anleihen führten. Die wirtschaftliche Entwicklung in Lateinamerika wird nicht zuletzt davon abhängen, ob sich die Finanzmärkte von der Stabilitätsorientierung der Wirtschaftspolitik in Brasilien überzeugen lassen. Die Entwicklung in den letzten Monaten gibt Anlass zu vorsichtigem Optimismus. Die seit Anfang dieses Jahres amtierende Regierung hat durch Ausgabenzielen und eine Straffung der Geldpolitik das Vertrauen der internationalen Anleger in die Stabilität der Wirtschaft stärken können. Dazu trugen auch ein Beistandskredit des IWF und die Verringerung des Leistungsbilanzdefizits aufgrund der kräftigen Abwertung des Real bei.

Vor diesem Hintergrund und im Zuge einer gewissen Stabilisierung der Lage in Argentinien und Venezuela wird sich die Region insgesamt etwas erholen. In Anbetracht der eher noch schwachen Weltkonjunktur kann für dieses Jahr allerdings nur mit einem Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Aktivität von 1,5% gerechnet werden. Im Gefolge der weltwirtschaftlichen Belebung wird sich die Expansion in Lateinamerika im kommenden Jahr merklich verstärken; das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte dann um 3,5% zunehmen.

Anhaltende Expansion in Mittel- und Osteuropa

In Mitteleuropa und im Baltikum schwächte sich die Expansion im Jahre 2002 leicht ab, die gesamtwirtschaftliche Produktion blieb aber aufwärts gerichtet. Im Jahresdurchschnitt nahm das reale Bruttoinlandsprodukt mit 2,6% deutlich stärker zu als in der Europäischen Union. In Polen wurde die langwierige Konjunkturflaute im vergangenen Jahr überwunden; im Jahresverlauf belebte sich die gesamtwirtschaftliche Aktivität. Ausschlaggebend hierfür war eine kräftige Ausweitung der Exporte. In den übrigen Ländern der Region wurde die Konjunktur dagegen vorrangig von der Binnennachfrage getragen. Impulse kamen zumeist vom Staat, etwa durch Steuerentlastungen und eine kräftige Erhöhung von Transferzahlungen.

Tabelle 1.5

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Mittel- und Osteuropa

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote in %		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
		2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
Polen	24,8	1,3	2,5	3,3	1,9	1,5	2,0	19,9	20,0	19,0
Tschechien	7,9	2,0	2,5	3,3	1,8	1,5	2,5	7,3	7,5	7,0
Ungarn	7,3	3,3	3,5	3,8	5,3	5,2	4,7	5,6	5,7	5,5
Rumänien	5,6	4,9	4,5	4,5	22,8	18,0	15,0	10,2	10,0	9,5
Slowakei	2,8	4,4	3,8	4,0	3,3	7,0	4,5	18,6	18,0	18,0
Slowenien	2,6	3,0	3,5	3,8	7,5	6,5	5,5	6,4	6,5	5,2
Bulgarien	1,9	4,0	4,0	4,0	5,8	4,0	3,5	17,4	17,2	17,0
Mitteleuropa ¹	52,9	2,4	3,0	3,5	5,0	4,4	4,2	14,2	14,2	13,5
Estland	0,8	5,8	4,8	5,0	3,6	3,5	3,5	10,3	10,0	9,5
Lettland	1,1	6,1	5,5	5,5	1,9	2,0	2,0	13,5	12,5	12,0
Litauen	1,7	5,9	5,0	5,0	0,3	0,2	1,0	11,3	10,5	10,0
Baltische Länder ¹	3,5	5,9	5,1	5,2	1,5	1,5	1,8	11,9	11,1	10,6
Mitteleuropa und Baltikum ¹	56,4	2,6	3,1	3,6	4,8	4,2	4,0	14,1	14,0	13,4
Russland	43,6	4,3	4,0	3,5	16,0	14,0	13,0	7,1	6,5	6,0
Insgesamt ¹	100,0	3,4	3,5	3,6	9,7	8,5	7,9	10,0	9,6	9,1
Nachrichtlich: Exportgewicht ²	–	2,9	3,2	3,6	–	–	–	–	–	–

¹ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2001 in US-Dollar; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2001.

² Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr in diese Länder von 2001.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

Der private Verbrauch legte, gestützt durch hohe Reallohnsteigerungen, deutlich zu. Die Investitionstätigkeit blieb in den meisten Ländern rege, auch wenn die Dynamik merklich nachließ. Die Exportzuwächse verlangsamten sich vielfach. Dabei schlugen sowohl die zum Teil erhebliche reale Aufwertung einiger Währungen als auch die Konjunkturflaute in Westeuropa zu Buche. Bei rasch steigenden Importen nahm das Leistungsbilanzdefizit in einer Reihe von Ländern merklich zu. Die Inflation schwächte sich nahezu überall weiter ab, wozu der Rückgang der Nahrungsmittelpreise infolge guter Ernten beitrug. Angesichts des ruhigeren Preisklimas senkten viele Zentralbanken ihre Zinsen deutlich; die kurzfristigen Realzinsen sind seit der zweiten Jahreshälfte 2002 zurückgegangen.

Im Prognosezeitraum wird sich die wirtschaftliche Dynamik in der Region wieder verstärken. Dabei bleibt die Binnennachfrage die wichtigste Stütze der Konjunktur: Zum einen wird der private Verbrauch bei anhaltenden Reallohnsteigerungen weiter kräftig expandieren; zum anderen werden die Investitionen im Jahresverlauf, angeregt durch die vorangegangenen Zinsschritte, beschleunigt steigen. Angesichts der vielfach niedrigen Real-

zinsen werden für den Prognosezeitraum nur vereinzelt weitere Zinssenkungen unterstellt. Die Finanzpolitik wirkt im laufenden Jahr – mit wenigen Ausnahmen – in etwa neutral, eine wesentliche Rückführung der hohen Defizite zeichnet sich im Jahre 2003 nicht ab. Im nächsten Jahr dürfte die Fiskalpolitik allerdings auf einen restriktiven Kurs einschwenken und die Binnennachfrage dämpfen, denn die hohen Haushaltsdefizite lassen sich nicht über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten. Dagegen werden die Exporte mit der konjunkturellen Erholung in Westeuropa im Jahre 2004 an Fahrt gewinnen. Von dem geplanten EU-Beitritt acht mitteleuropäischer und baltischer Staaten im Mai 2004 wird kein nennenswerter konjunktureller Impuls ausgehen, da die Integration der Gütermärkte schon recht weit vorangeschritten ist. Mittelfristig wird jedoch das Vertrauen der ausländischen Investoren in diese Länder gestärkt; die langfristigen Realzinsen dürften weiter sinken. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt in Mitteleuropa und im Baltikum im Jahre 2004 durchschnittlich um 3,6 % zulegen, nach 3,1 % in diesem Jahr (Tabelle 1.5). Die Inflation wird im Prognosezeitraum zumeist leicht zurückgehen. Trotz der recht kräftigen Produktions-

ausweitung wird die Arbeitslosenquote nur geringfügig sinken, denn die Produktivität nimmt ähnlich stark zu wie die Produktion, auch weil noch transformationsbedingte Umstrukturierungen im Unternehmenssektor erfolgen.

In Russland nahm das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2002 mit 4,3 % etwas schwächer zu als im Vorjahr (5,0 %). Der private Verbrauch legte infolge anhaltend hoher Reallohnsteigerungen weiterhin kräftig zu; die Investitionsdynamik ließ dagegen angesichts einer sich verschlechternden Finanzlage der Unternehmen deutlich nach. Dämpfend wirkte auch die Zunahme der Importneigung im Zuge der realen Aufwertung des Rubel. Im Jahre 2003 wird die russische Wirtschaft noch vom hohen Ölpreis profitieren. Bin-

nenwirtschaftlich wirkt vor allem der private Verbrauch weiterhin stützend. Zugleich werden die Importe weiter schneller als die Exporte steigen, so dass der Außenbeitrag rückläufig sein wird. Gefahren für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gehen von der anhaltenden Gewinnkompression im Unternehmenssektor, aber auch von der fortgesetzten realen Aufwertung des Rubel aus. Alles in allem wird sich die gesamtwirtschaftliche Expansion weiter leicht abschwächen. Für den Jahresdurchschnitt 2003 ist ein Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts um 4 % zu erwarten; 2004 dürfte er sich auf 3,5 % belaufen. Vor diesem Hintergrund wird sich die Arbeitslosenquote im Prognosezeitraum nur noch leicht verringern. Die Inflationsrate wird – auch aufgrund der Aufwertungstendenzen des Rubel – geringfügig sinken.

2. Die wirtschaftliche Lage in der Europäischen Union

Zögerliche Erholung im Euroraum

Im Euroraum blieb die konjunkturelle Entwicklung im vergangenen Jahr verhalten; die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nahm im Durchschnitt des Jahres 2002 lediglich um 0,8 % zu (Abbildung 2.1). Vor allem die Binnennachfrage war weiterhin schwach. Zur anhaltenden Konjunkturfalte trug auch die globale Unsicherheit über die ökonomischen Konsequenzen des Irak-Konflikts bei.

Die Schwäche betraf insbesondere die Unternehmensinvestitionen. Gründe hierfür waren eine unterdurchschnittliche Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten und ungünstigere Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen. Ferner wurden die Gewinnaussichten der Unternehmen durch die Verschlechterung ihrer preislichen Wettbewerbsfähigkeit im Zuge der deutlichen Aufwertung des Euro im zweiten Halbjahr 2002 belastet. Die privaten Haushalte weiteten ihre Konsumausgaben im vergangenen Jahr insgesamt merklich langsamer aus als zuvor. Dies lag zum einen daran, dass sich die Beschäftigungsperspektiven zunehmend eintrübten. Zum anderen kam es durch den markanten Rückgang der Aktienkurse zu einem negativen Vermögenseffekt.

Im Laufe des vergangenen Jahres erreichte die konjunkturelle Schwäche auch den Arbeitsmarkt. Die Zahl der Beschäftigten sank im zweiten Halbjahr erstmals seit Mitte der 90er Jahre; die Arbeitslosenquote stieg auf 8,5 % und lag im Jahresdurchschnitt mit 8,3 % leicht über dem Vorjahreswert. Die Löhne nahmen trotz der Konjunkturfalte 2002 mit rund 2,7 % etwas stärker zu als im Vorjahr. Mit der Verschlechterung der Arbeitsmarktlage hat sich der Druck zur Lohnzurückhaltung wieder verstärkt; die Lohnabschlüsse fielen deshalb in der letzten Zeit geringer aus. Die in den Ländern des Euroraums 2000/2001 zu beobachtende Divergenz der Lohnsteigerungen setzte sich im vergangenen Jahr nicht fort.

Die Preissteigerungsrate, die zu Jahresbeginn 2002 aufgrund von Sonderfaktoren deutlich über 2 % gelegen hatte, bildete sich im Verlauf des Jahres zurück. Im Jahresdurchschnitt betrug sie 2,2 % und überschritt damit erneut die 2-Prozent-Marke, die von der Europäischen Zentralbank mittelfristig als noch mit Preisniveaustabilität vereinbar angesehen wird.

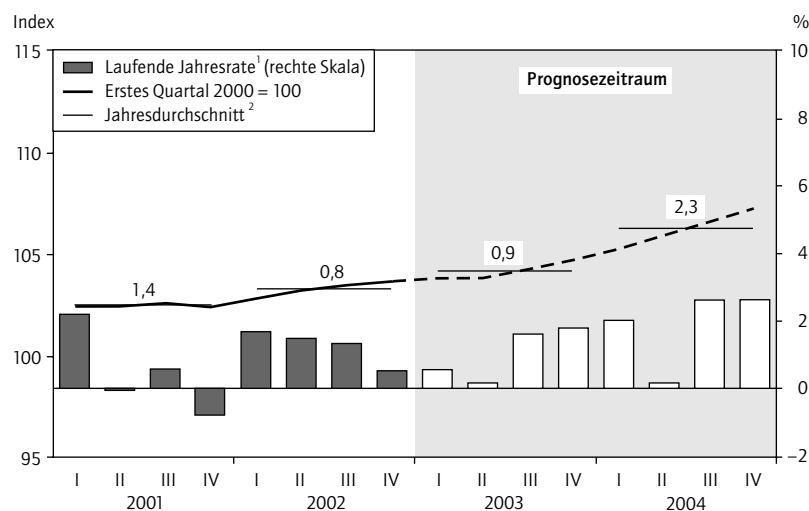
Die Inflationsraten in den Ländern des Euroraums haben sich seit 1997 – dem Referenzjahr für die Überprüfung der Konvergenzkriterien – auseinander entwickelt.¹ Die Divergenz ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. So war die Lage am Arbeitsmarkt unterschiedlich. In einigen Ländern war sie sehr angespannt, so dass die Lohnerhöhungen deutlich über das Produktivitätswachstum hinausgingen. Ferner hat sich der Ölpreisanstieg unterschiedlich auf die Inflation in den einzelnen Ländern ausgewirkt. Für den Prognosezeitraum erwarten die Institute keine erneuten starken Ausschläge beim Ölpreis. Die Lohnstückkostenentwicklung wird wohl wieder konvergieren. Vor diesem Hintergrund dürften sich die Unterschiede bei den Inflationsraten im Euroraum verringern.

Finanzpolitik auf annähernd neutralem Kurs

Die Lage der öffentlichen Haushalte in den Ländern des Euroraums hat sich weiter verschlechtert. Das zusammengefasste Defizit betrug im vergangenen Jahr 2,2 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Tabelle 2.1), nach 1,6 % im Vorjahr (ohne Einnahmen aus dem Verkauf von UMTS-Lizenzen). Die Verschlechterung der Haushaltsposition ist auf das

Abbildung 2.1

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.

² Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2003: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

¹ Im vergangenen Jahr betrug die Standardabweichung der Inflationsraten zwischen den Ländern des Euroraums reichlich 1 %; 1997 hatte sie bei nur 0,3 % gelegen.

Tabelle 2.1

Indikatoren zur Situation der öffentlichen Haushalte im Euroraum

	Bruttoschulden ¹					Finanzierungssaldo ¹				
	2000	2001	2002	2003	2004	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland	60,2	59,5	60,8	63,2	64,2	-1,4	-2,8	-3,6	-3,4	-2,9
Frankreich	57,2	56,8	59,1	60,8	62,0	-1,4	-1,6	-3,1	-3,5	-3,2
Italien	110,6	109,5	106,7	106,5	106,0	-1,8	-2,6	-2,3	-2,6	-2,8
Spanien	60,5	56,9	54,0	52,5	51,5	-0,9	-0,1	-0,1	-0,5	-0,3
Niederlande	55,8	52,8	52,6	53,0	53,0	1,5	0,1	-1,1	-1,9	-1,8
Belgien	109,6	108,5	105,3	102,5	100,5	0,1	0,3	0,1	-0,5	-0,3
Österreich	66,8	67,3	68,7	68,5	68,0	-1,9	0,2	-0,6	-1,5	-1,2
Finnland	44,5	43,8	42,7	41,5	40,5	6,9	5,1	4,7	3,2	2,5
Griechenland	106,2	107,0	104,9	103,0	101,5	-1,9	-1,9	-1,2	-1,2	-1,0
Portugal	53,3	55,6	58,1	60,0	60,5	-3,2	-4,2	-2,7	-3,6	-3,2
Irland	39,3	36,8	33,3	32,5	31,5	4,3	1,1	-0,1	-0,8	-1,1
Luxemburg	5,6	5,6	5,3	5,5	5,5	6,1	6,4	2,6	-0,5	-0,3
Euroraum²	69,6	69,2	69,2	69,9	70,1	-1,0	-1,6	-2,2	-2,5	-2,3

¹ In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts; gemäß Abgrenzung nach dem Vertrag von Maastricht. Finanzierungssaldo ohne Sonder-einnahmen aus der Vergabe von Mobilfunklizenzen.

² Summe der Länder: Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002 in Euro.

Quellen: Eurostat; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

Wirken der automatischen Stabilisatoren – d.h. Mindereinnahmen und Mehrausgaben infolge der schwachen Konjunktur – zurückzuführen. Das strukturelle Budgetdefizit blieb im Euroraum insgesamt unverändert. Dabei gab es jedoch deutliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten: In Deutschland und in Frankreich nahm es spürbar zu; das tatsächliche Budgetdefizit überschritt dort die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Obergrenze von 3 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. In der Mehrzahl der übrigen Länder ging der konjunkturbereinigte Fehlbetrag hingegen zurück.

In Portugal wurde das strukturelle Budgetdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sogar um mehr als 2 Prozentpunkte verringert. Dort hatte die tatsächliche Defizitquote im Jahre 2001 mit 4,2 % die 3-Prozent-Marke deutlich überschritten. Die portugiesische Regierung ergriff daraufhin – auch angesichts des von der Europäischen Kommission eingeleiteten Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit – drastische Maßnahmen, durch die der Fehlbetrag im vergangenen Jahr auf 2,7 % des Bruttoinlandsprodukts begrenzt wurde. In Anbetracht der Zusammensetzung des Konsolidierungsprogramms gehen von diesen Maßnahmen allerdings große Belastungen für Konjunktur und Wachstum aus. So wurden Steuern massiv erhöht – insbesondere wurde der Normalsatz der Mehrwertsteuer um 2 Prozentpunkte angehoben – und die öffentlichen Investitionen kräftig gekürzt. Die Erfahrung anderer Länder zeigt, dass mit einer solchen Strategie die angestrebte Konsolidierung des Budgets kaum erreicht werden kann. Dies liegt zum einen daran, dass die Konjunktur kurz-

fristig stark leidet. Zum anderen werden die Wachstumskräfte mittelfristig geschwächt; nach Schätzungen der OECD wird das Wachstum des Produktionspotentials in Portugal im Prognosezeitraum um rund 1 Prozentpunkt niedriger ausfallen als im Jahre 2000. Damit kommen zusätzliche Belastungen in Form von Mindereinnahmen und Mehrausgaben auf die öffentlichen Haushalte zu, und es ist zu erwarten, dass das Budgetdefizit in Portugal trotz weiterer Konsolidierungsmaßnahmen in diesem und im kommenden Jahr erneut die 3-Prozent-Marke überschreitet.

Die Europäische Kommission hat angesichts der letztjährigen Zielverfehlungen auch gegen die französische und die deutsche Regierung das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit nach Artikel 104 III des EG-Vertrages eingeleitet. Wollten die Regierungen die bereits laufenden Verfahren beenden, müssten sie noch in diesem Jahr Maßnahmen ergreifen, die das Budgetdefizit jeweils auf unter 3 % des Bruttoinlandsprodukts begrenzen – es sei denn, das reale Bruttoinlandsprodukt in diesen Ländern ginge deutlich zurück. Nach der Prognose der Institute wird es aber nicht zu einem solchen Konjunktüreinbruch kommen. Es ist allerdings auch nicht damit zu rechnen, dass die Regierungen dieser beiden Staaten Maßnahmen ergreifen, die das Budgetdefizit unter die 3-Prozent-Marke drücken. In Italien, das in den vergangenen Jahren ein Defizit nahe dieser kritischen Marke auswies, hat die Regierung zu Jahresbeginn ein Programm aufgelegt, das weitgehend auf temporäre Maßnahmen und eine Ausgliederung von Ausgaben aus dem Budget setzt. So wurde für das laufende Jahr eine umfangreiche Steuer- und

Fluchtgeldamnestie ausgesprochen. Weiterhin sollen Ausgaben für öffentlich bereitgestellte Infrastruktur teilweise über neu gegründete Körperschaften finanziert werden, so dass sie nicht mehr defizitwirksam werden. Es ist jedoch zweifelhaft, ob Eurostat diese Ausgliederung akzeptieren wird. Im vergangenen Jahr führte eine Überprüfung der italienischen Haushaltszahlen durch Eurostat dazu, dass die für das Jahr 2001 ursprünglich ausgewiesene Defizitquote um 0,8 Prozentpunkte nach oben revidiert werden musste.

Insgesamt ist die Finanzpolitik im Euroraum im Prognosezeitraum annähernd neutral ausgerichtet. Angesichts der schwachen Konjunktur steigt das Budgetdefizit 2003 auf 2,5 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im kommenden Jahr dürfte es im Zuge der konjunkturellen Erholung auf 2,3 % sinken.

Monetäre Rahmenbedingungen immer noch günstig

Von der Geldpolitik gehen im Euroraum deutlich expansive Impulse aus. Die Europäische Zentralbank hat den Leitzins im Dezember vergangenen Jahres um 0,5 Prozentpunkte und Anfang März dieses Jahres um weitere 0,25 Prozentpunkte gesenkt, nachdem sie ihn zuvor ein Jahr lang unverändert gelassen hatte. Nominal und real lag der kurzfristige Dreimonatszins Anfang April mit 2,5 % bzw. 0,6 % auf niedrigem Niveau.²

Die Kapitalmarktzinsen lagen, gemessen an den Renditen für Staatsanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit, im März bei 4,3 % und damit um 1 Prozentpunkt niedriger als vor Jahresfrist (Abbildung 2.2). Dieser Rückgang spiegelt die geldpolitische Lockerung und die weltweit verschlechterten konjunkturellen Aussichten wider. Mit reichlich 2 % sind die Kapitalmarktzinsen auch in realer Rechnung relativ niedrig.³ Die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen sind allerdings nicht so günstig, wie man aufgrund der Geldmarktzinsen und der Verzinsung für Staatsanleihen vermuten könnte. So gehen die Kreditzinsen, insbesondere am kurzen Ende, nur zögerlich zurück. Auch ist der Renditeabstand zwischen Industrieobligationen und Staatsanleihen, trotz einer leichten Verringerung im vergangenen halben Jahr, immer noch relativ hoch. Ferner sind die Aktienkurse gesunken: Der Eurostoxx Gesamtindex war im März 2003 um 41 % niedriger als vor Jahresfrist und lag um 9 % unter dem Stand vom Oktober 2002. Folglich ist die Kapitalbeschaffung über Aktienemissionen erheblich weniger ergiebig, und Aktien können nur in geringerem Umfang als Sicherheiten für Bankkredite genutzt werden.

Deutlich dämpfende Effekte auf die Konjunktur gehen von der Wechselkursentwicklung aus. Der Euro lag im März gegenüber dem US-Dollar im Vorjahresvergleich um 23 % und real effektiv⁴ um 14 % höher. Damit hat sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Euroraum merklich verringert.

Die Geldmenge M3 nimmt trotz der schwachen wirtschaftlichen Situation seit geraumer Zeit sehr kräftig zu. Im Februar lag die Zuwachsrate bei 8,1 % im Vorjahresvergleich und bei 7,6 % im Verlauf (annualisierter Dreimonatsdurchschnitt). Ausschlaggebend hierfür sind Portfolioumschichtungen zugunsten kurzfristiger Anlagen. Diese spiegeln einerseits die Zurückhaltung der privaten Anleger bei Aktienkäufen angesichts der hohen Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche Entwicklung, andererseits die Erwartung mittelfristig steigender langfristiger Zinsen wider. Der Anstieg von M3 liegt seit Herbst 2001 deutlich über dem von der EZB festgelegten Referenzwert von 4,5 %. Die Stärke der Geldmengenexpansion dürfte die Zunahme der nachfragewirksamen Liquidität jedoch erheblich überzeichnen. Dies zeigt sich auch darin, dass die Buchkredite an private Unternehmen und Haushalte im Februar mit 5,0 % im Vorjahresvergleich bzw. 4,8 % im Verlauf (annualisierter Dreimonatsdurchschnitt) relativ schwach ausgeweitet wurden.

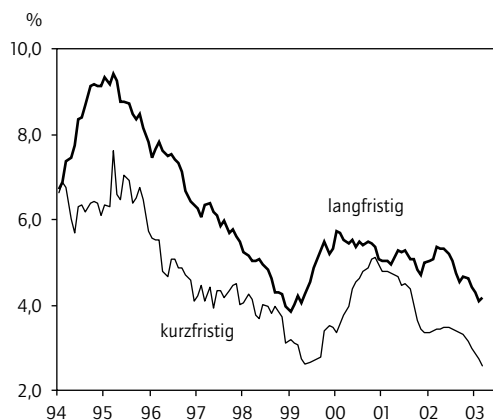
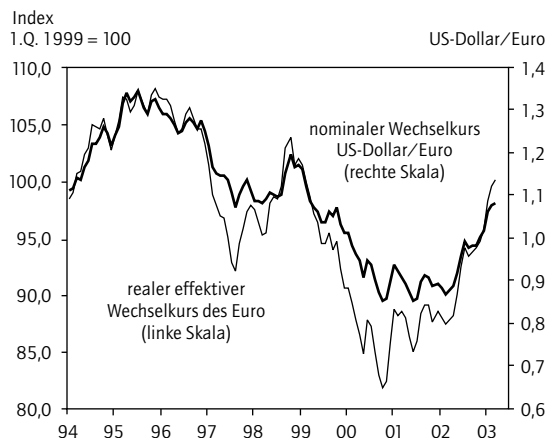
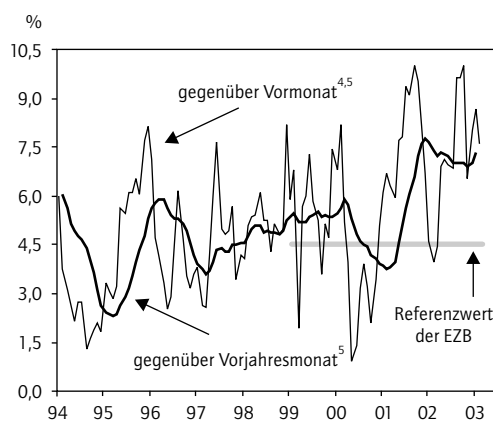
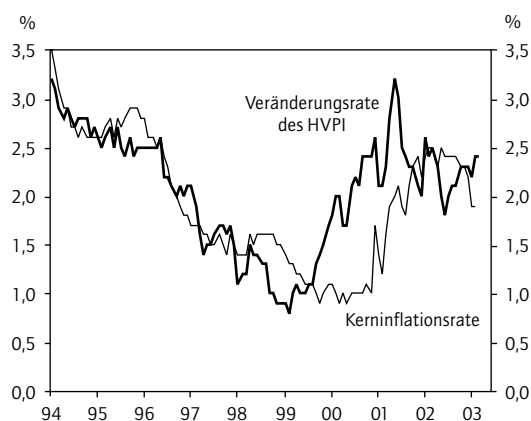
Alles in allem haben sich die monetären Rahmenbedingungen seit Frühjahr vergangenen Jahres verschlechtert, sind aber noch günstig. Hier wird erwartet, dass die EZB noch in diesem Frühjahr die Leitzinsen vor dem Hintergrund der schwachen Konjunktur und der erheblichen Risiken, mit denen die künftige Entwicklung behaftet ist, abermals leicht senken wird. Erst bei gefestigter Konjunktur – also wohl im späteren Verlauf des Jahres 2004 – werden die Zinsen geringfügig angehoben. Die Kapitalmarktzinsen werden bei der angenommenen Stabilisierung der Aktienkurse und im Zuge der weltweiten Erholung im kommenden Jahr ebenfalls steigen. Für den Wechselkurs des Euro zum US-Dollar ist unterstellt, dass er auf dem gegenwärtigen Niveau verharrt. Insgesamt werden sich die monetären Rahmenbedingungen im Prognosezeitraum kaum verändern.

² Der kurzfristige Realzins wird hier als Nominalzins abzüglich der Inflationserwartungen definiert. Diese werden durch die aktuelle Kerninflationrate (HVPI-Gesamtindex ohne Energie, Nahrungsmittel, Tabak und Alkohol) approximiert.

³ Der Realzins ergibt sich als Nominalzins abzüglich der langfristigen Inflationserwartungen. Diese werden durch die Break-even-Inflationsrate von mit der Inflationsrate im Euroraum indexierten französischen Staatsanleihen approximiert.

⁴ Weiter Länderkreis, deflationiert mit Verbraucherpreisen.

Abbildung 2.2

Zur monetären Lage im Euroraum**Nominalzinsen¹****Wechselkurs²****Veränderung der Geldmenge M3³****Preisentwicklung⁶**

1 Kurzfristig = 3-Monats-Euribor; langfristig = zehnjährige Staatsanleihen.

2 Vor 1999: ECU; real effektiv: weite Länderkreis, Verbraucherpreise.

3 M3 = Bargeldumlauf, täglich fällige Einlagen, Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu zwei Jahren, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu drei Monaten, Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und -papiere, Schuldverschreibungen bis zu zwei Jahren; Index, Veränderungsrate in %.

4 Saisonbereinigt, auf Jahresrate hochgerechnet.

5 Zentrierter gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

6 HVPI = Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Kerninflationsrate = Veränderungsrate des HVPI ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak.

Quellen: Europäische Zentralbank; Eurostat; Deutsche Bundesbank; Berechnungen der Institute.

GD Frühjahr 2003

Ausblick

Bis zur Mitte dieses Jahres bleibt die konjunkturelle Entwicklung im Euroraum schwach. Darauf deuten auch die von der Europäischen Kommission veröffentlichten Indikatoren des Industrie- und des Verbrauchervertrauens hin. In der zweiten Jahreshälfte dürfte eine leichte Erholung einsetzen. Mit der weltwirtschaftlichen Belebung verbessern sich die Absatzperspektiven der europäischen Unternehmen. Überdies klingt die kriegsbedingte Unsicherheit ab, und die Belastungen durch die Aufwertung des Euro werden allmählich schwächer. Damit verbessert sich auch das Investitionsklima.

Zudem ist aufgrund der Investitionszurückhaltung in den vergangenen Jahren gerade bei den Gütern der IT-Branche mit ihren kurzen Produktlebenszyklen Erneuerungsbedarf entstanden. Eine Stabilisierung der Aktienkurse im Prognosezeitraum dürfte dazu beitragen, dass die expansiv ausgerichtete Geldpolitik ihre Wirkung wieder stärker entfaltet. Bei schneller steigenden Realeinkommen werden die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben beschleunigt ausweiten (Tabelle 2.2).

Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 0,9 % expandieren. Im kommenden Jahr werden sich die Auftriebskräfte ver-

Tabelle 2.2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2002	2003	2004
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Reales Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,9	2,3
Privater Konsum	0,6	0,9	1,8
Öffentlicher Konsum	2,6	1,8	1,6
Bruttoanlageinvestitionen	-2,6	-0,3	2,7
Exporte ¹	1,2	2,8	5,2
Importe ¹	-0,4	3,2	5,3
Außenbeitrag ²	0,6	-0,1	0,1
Verbraucherpreise ³	2,2	2,0	1,8
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
Leistungsbilanzsaldo	0,9	0,3	0,5
Budgetsaldo ⁴	-2,2	-2,5	-2,3
In % der Erwerbspersonen			
Arbeitslosenquote ⁵	8,3	8,9	8,9

1 Exporte und Importe umfassen Waren und Dienstleistungen einschließlich des grenzüberschreitenden Handels innerhalb des Euroraums.

2 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % des realen Bruttoinlandsprodukts des Vorjahres.

3 Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

4 Gesamtstaatlich.

5 Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Berechnungen der Institute; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

stärken, und das Bruttoinlandsprodukt dürfte um 2,3 % zunehmen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass im Jahre 2004 ungewöhnlich viele Arbeitstage zur Verfügung stehen. Ohne diesen Effekt würde die Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts lediglich rund 2 % betragen. Die Produktionslücke wird sich bis zur Jahresmitte 2004 vergrößern. Erst danach wird die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung steigen. Im Zuge der Erholung werden sich die Auftriebskräfte zunehmend auf die Binnenwirtschaft verlagern. Die Entwicklung bleibt im Vergleich zu vergangenen Aufschwungphasen jedoch verhalten. Auch in Zukunft wird das wirtschaftliche Klima durch die latente Gefahr von Terroranschlägen belastet. Die Arbeitslosenquote im Euroraum wird angesichts der Konjunkturfalte noch bis ins kommende Jahr steigen. Erst ab Mitte 2004 wird es zu einem leichten Rückgang kommen. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Arbeitslosenquote in beiden Jahren jeweils 8,9 % betragen.

Der Preisauftrieb wird im Prognosezeitraum moderat sein. Mit dem Anziehen der Konjunktur erhöht sich die Produktivität wieder stärker. Bei moderater Lohnentwicklung werden die Lohnstückkosten in geringerem Ausmaß zunehmen als zuletzt. Darüber hinaus wird der Ölpreis merklich niedriger sein als im ersten Quartal 2003. Insgesamt wird die Inflationsrate im Laufe dieses Jahres zurückgehen und im Jahresdurchschnitt 2,0 % betragen. Im Durchschnitt des kommenden Jahres wird sie sich auf 1,8 % belaufen.

Weiter robuste Konjunktur in Großbritannien

In Großbritannien expandiert die Wirtschaft seit geraumer Zeit stärker als im Euroraum; im vergangenen Jahr nahm das reale Bruttoinlandsprodukt mit 1,8 % etwa doppelt so stark zu. Wie in vielen anderen Industrieländern schwächte sich die Konjunktur auch in Großbritannien zum Jahresende ab; gleichwohl erhöhte sich die gesamtwirtschaftliche Produktion im vierten Quartal mit einer laufenden Jahresrate von 1,5 % noch spürbar. Tragende Säulen waren der private und der staatliche Konsum. Die Investitionen nahmen hingegen ab, zuletzt auch wegen eines kräftigen Rückgangs der Exporte.

Der private Konsum wurde im vergangenen Jahr dadurch angeregt, dass die verfügbaren Einkommen in realer Rechnung kräftig – um etwa 3 % – zulegten. Darüber hinaus erhöhte sich die Verschuldungsbereitschaft der Haushalte weiter, da die Kreditzinsen fielen und die Immobilienpreise nochmals stark stiegen. Dies verbesserte die Möglichkeiten der Beleihung von Immobilien, die in erheblichem Maße zur Finanzierung von privaten Konsumausgaben genutzt wurden.

Der Staatskonsum stellt bereits seit längerem die zweite Säule der Konjunktur dar. Auch in diesem und im kommenden Jahr werden die Ausgaben zur Verbesserung der öffentlichen Leistungen, insbesondere im Gesundheitswesen, kräftig steigen. Hinzu kommen die Kosten des Irak-Krieges, für den bislang 3 Mrd. Pfund (0,3 % des Bruttoinlandsprodukts) in den Haushalt eingestellt wurden. Die zusätzlichen Ausgaben werden angesichts der konjunkturbedingt schwächer fließenden Staatseinnahmen zum Großteil über Kredite finanziert. Das Budgetdefizit wird von 1½ % des Bruttoinlandsprodukts im vergangenen Jahr auf rund 2½ % in diesem Jahr zunehmen.

Die Bank von England senkte im Februar dieses Jahres den Leitzins um 0,25 Prozentpunkte auf 3,75 %. Dies überraschte insofern, als die Inflation zuvor merklich angezogen hatte und der Anstieg des für die Zentralbank relevanten Verbraucherpreisindex (RPIX) bereits seit November 2002 über dem Ziel von 2,5 % liegt. Auch gibt es bislang kaum Anzeichen dafür, dass sich der Immobilienpreisanstieg verlangsamt, den die Notenbank im vergangenen Jahr zunehmend mit Sorge betrachtete. Offenbar überwog vor dem Hintergrund des Irak-Konflikts und der damit verbundenen wirtschaftlichen Risiken die Furcht vor einer deutlichen Konjunkturabschwächung. Angesichts der hohen gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung dürfte die Geldpolitik bei dem hier unter-

stellten Verlauf des Irak-Konflikts ihren Kurs im kommenden Winter wieder straffen, wenn die Konjunktur auf sicherem Fundament steht.

Mit dem Ende des Irak-Krieges verbessern sich auch in Großbritannien die Aussichten für eine Erholung der Konjunktur. Anregend wirkt zudem, dass das Pfund an Wert verloren hat. So werden sich die Absatz- und Ertragserwartungen aufhellen, und die Investitionen werden anziehen. Allerdings ist damit zu rechnen, dass die Häuserpreise langsamer steigen und die daraus resultierenden

Vermögensgewinne geringer werden. In der Folge wird sich die Dynamik des privaten Konsums im Prognosezeitraum abschwächen. Käme es, anders als hier unterstellt, zu einem ausgeprägten Rückgang der Immobilienpreise, würde die Nachfrage sogar deutlich gedämpft. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt mit 2,3 % in diesem und 2,5 % im nächsten Jahr etwa so schnell zunehmen wie das Produktionspotential. Die Arbeitslosigkeit wird sich wenig verändern, und die Inflation wird sich mit dem Abklingen des ölpreisbedingten Schubs abflachen.

3. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Überblick

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer Phase lang anhaltender Schwäche. Seit Mitte des Jahres 2000 ist die Konjunktur durch einen Wechsel von rezessiven und stagnativen Tendenzen und allenfalls verhaltenen Erholungsphasen gekennzeichnet. Dabei ging die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung fortwährend zurück. Im Jahre 2002 ist das reale Bruttoinlandsprodukt kaum gestiegen. Die Konjunkturflaute schlug immer mehr auf den Arbeitsmarkt durch. So hat sich der Beschäftigungsabbau seit Mitte vergangenen Jahres spürbar beschleunigt, und die Zahl der Arbeitslosen schoss zuletzt in die Höhe. Das Preisklima blieb ruhig; im März dieses Jahres betrug die Inflationsrate im Vorjahresvergleich 1,2 %.

Die ohnehin schwache Konjunktur wurde in den vergangenen Monaten insbesondere durch den Irak-Konflikt belastet. Seine Eskalation führte vorübergehend zu einem deutlichen Anziehen des Ölpreises und weckte Befürchtungen eines neuen Ölpreisschocks. Damit zerstoben die noch im vergangenen Herbst gehegten Hoffnungen auf eine sich festigende Konjunktur in diesem Jahr. Zu den dämpfenden Einflüssen vonseiten der Weltwirtschaft kam hinzu, dass in Deutschland die Steuern und Sozialabgaben erhöht wurden. Schließlich trübten sich die Exportaussichten als Folge der Aufwertung des Euro ein.

Der Irak-Konflikt ist ein weiteres Glied in einer Kette von Schocks, die Deutschland – wie nahezu alle Industrieländer – in den vergangenen Jahren getroffen haben. Nach dem Höhepunkt des Booms im Jahre 2000 stellte sich heraus, dass die Hausse an den Aktienmärkten keine fundamentale Basis gehabt hatte; dies betraf vor allem den IT-Sektor. Nach dem Platzen der Blase stellten sich massive Vermögensverluste ein, die Rentabilitätsaussichten verschlechterten sich deutlich, und die Wachstumserwartungen wurden merklich nach unten korrigiert. Zugleich hatte die Geldpolitik in den Industrieländern einen Bremskurs eingeschlagen. Erste Erholungsansätze erhielten dann durch die Terroranschläge vom 11. September 2001 einen Dämpfer. Zwar verbesserte sich danach die Stimmung bei Investoren und Konsumenten wieder etwas, nicht zuletzt weil die Geldpolitik spürbar gelockert wurde. Jedoch gerieten einzelne Sektoren wie die Luftfahrtindustrie und der Tourismus in Schwierigkeiten, die bis heute fortbestehen und die Konjunktur belasten. Ferner wurden die Ausgaben für die innere und äußere Sicherheit erhöht, was die Rentabilität von Investitionen beeinträch-

tigte. Schließlich stellte sich im Verlauf des Jahres 2002 heraus, dass die Korrektur an den Aktienmärkten noch nicht abgeschlossen war; die Kurse gaben weiter deutlich nach, und die Lage an den Finanzmärkten blieb labil. Von all diesen Entwicklungen waren sowohl die USA als auch die Länder des Euroraums – wenn auch in unterschiedlichem Maße – betroffen. Für Letztere wirkte sich zusätzlich negativ aus, dass sich nach der zuvor massiven Abwertung des Euro die Wechselkursentwicklung im vergangenen Jahr umkehrte und damit Wettbewerbsvorteile wieder verloren gingen. In Deutschland blieb das konjunkturelle Expansionstempo – wie schon in den Jahren zuvor – deutlich hinter dem im übrigen Euroraum zurück. Offenbar gibt es in Deutschland eine besonders ausgeprägte Schwäche, deren Ursachen in der Wirtschaftspolitik zu suchen sind.

Anhaltend schwache Binnennachfrage

Gestützt wurde die Konjunktur im vergangenen Jahr im Wesentlichen von der Ausfuhr, die trotz verhaltener Weltkonjunktur und der Aufwertung des Euro im Jahresverlauf um rund 5 % expandierte. Bei der Binnennachfrage setzten sich dagegen die bereits seit mehreren Jahren zu beobachtenden Schwächetendenzen fort. Der private Konsum stagnierte im Verlauf des Jahres 2002. Maßgeblich hierfür war, dass die real verfügbaren Einkommen nicht zuletzt aufgrund der rückläufigen Beschäftigung kaum zunahmen. Überdies beeinträchtigten die Vermögensverluste infolge des Aktienkursverfalls und die sich abzeichnenden Abgabenerhöhungen die Kaufbereitschaft der privaten Haushalte. Bei den Bauinvestitionen hielt die negative Grundtendenz an. In der zweiten Jahreshälfte 2002 wurde sie von Sondereffekten überlagert; zum einen wurden Flutschäden beseitigt, zum anderen kam es wohl zu Vorzieheffekten, weil die Eigenheimzulage nach einem Beschluss der Bundesregierung gekürzt werden sollte. Die Ausrüstungsinvestitionen haben sich im Verlauf des vergangenen Jahres stabilisiert.

Mit zunehmender Dauer der Konjunkturflaute wurde der Arbeitsmarkt immer stärker in Mitleidenschaft gezogen. Die abermals eingetrübten Konjunkturaussichten veranlassten offenbar viele Unternehmen, vermehrt bislang „gehortete“ Arbeitnehmer zu entlassen; zugleich wurden frei gewordene Arbeitsplätze nicht in dem Maße wie zuvor wiederbesetzt. Außerdem wurden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zurückgeführt und Bildungsmaßnahmen eingeschränkt. Dadurch hat sich der

Rückgang der Beschäftigung seit dem Sommer vergangenen Jahres spürbar verstärkt, und die Arbeitslosigkeit ist beschleunigt gestiegen.

Impulse von der Weltkonjunktur

Die Konjunktur in den nächsten Monaten hängt insbesondere von der weiteren Entwicklung im Irak ab. Erweist sich die Annahme als zutreffend, dass sich die Lage in der Region bald wieder beruhigt, dürften sich in der zweiten Hälfte dieses Jahres das wirtschaftliche Klima weltweit verbessern und die Impulse vonseiten der Wirtschaftspolitik überall stärker zum Tragen kommen. Dazu trägt bei, dass sich der Ölpreis, der im ersten Quartal zeitweise deutlich über 30 US-Dollar gelegen hatte, auf einem Niveau von 25 US-Dollar pro Barrel einpendeln wird. Außerdem wird unterstellt, dass sich die Aktienkurse stabilisieren und der US-Dollar nicht weiter abwertet (Kasten 3.1). Unter diesen Annahmen dürfte es in der zweiten Jahreshälfte 2003, ausgehend von den USA, zu einer Erholung der Weltwirtschaft kommen, die sich im kommenden Jahr fortsetzt. Wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargelegt, wird das Tempo allerdings vorerst verhalten sein, schon weil sich die Bewältigung der durch den Aktienkursverfall in den vergangenen Jahren entstandenen Vermögensverluste bei privaten Haushalten, Unternehmen und Finanzinstituten noch einige Zeit hinziehen wird. Von der Erholung der Weltkonjunktur werden spürbare Anregungen für die deutsche

Wirtschaft ausgehen, zum einen über den Export und die davon unmittelbar und mittelbar abhängigen Wirtschaftsbereiche, zum anderen über eine allgemeine Verbesserung der Erwartungen von Unternehmen und Verbrauchern.

Monetäre Rahmenbedingungen bleiben günstig

Die Geldpolitik im Euroraum ist deutlich expansiv. In Deutschland ist das Niveau der kurzfristigen Realzinsen allerdings etwas höher als im übrigen Euroraum, da hier die Preissteigerungen geringer sind. Überdies wurde die Senkung der Leitzinsen am kurzen Ende von den Banken kaum an private Kreditnehmer weitergegeben. Zudem ist nicht auszuschließen, dass die Transmission geldpolitischer Impulse derzeit durch strukturelle Probleme im Bankensektor und höhere Bonitätsanforderungen der Kreditinstitute behindert wird. Ein Indiz dafür ist die schwache Entwicklung der Kredite an Unternehmen und Privatpersonen.

Die langfristigen Zinsen haben in den vergangenen Monaten nochmals merklich nachgegeben. Die Renditen von Staatsanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit sind derzeit in Deutschland mit etwas mehr als 4 % um 1 Prozentpunkt geringer als im Frühjahr 2002 und damit, gemessen am langfristigen Durchschnitt, nominal wie real niedrig. Zwar werden von einer konjunkturellen Erholung Anstöße zu Zinssteigerungen ausgehen. Gleichwohl werden die Zinsen nach Einschätzung der Institute

Kasten 3.1

Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegt eine Reihe von Annahmen zugrunde, die zumeist auf prognostischen Überlegungen beruhen, in einigen Fällen jedoch lediglich Setzungen sind. Im Einzelnen wird angenommen:

- Die Lage im Irak beruhigt sich im Frühjahr.
- Der Ölpreis pendelt sich bei 25 US-Dollar/Barrel ein.
- Der Welthandel erhöht sich um reichlich 4½ % in diesem und um 7½ % im nächsten Jahr.
- Die Lage an den Aktienmärkten stabilisiert sich.
- Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar hält sich im Prognosezeitraum mit 1,08 US-Dollar pro Euro etwa auf dem Stand vom ersten Quartal 2003. Die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft verbessert sich leicht.
- Die Europäische Zentralbank senkt die Leitzinsen im Frühjahr um 25 Basispunkte. In der zweiten Hälfte des kommenden Jahres werden die Leitzinsen wieder um 25 Basispunkte erhöht. Der Kapitalmarktzins zieht im Prognosezeitraum leicht an.
- Die tariflichen Stundenlöhne steigen in diesem Jahr durchschnittlich um 2,7 % und im nächsten um 2,3 %. Der Anstieg der Effektivverdienste fällt mit 2,3 % und 2,2 % jeweils etwas geringer aus.
- Die Finanzpolitik ist um Defizitbegrenzung bemüht. Das strukturelle Defizit wird im Jahre 2003 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt um ¾ Prozentpunkte reduziert; im Jahre 2004 ist eine Rückführung um knapp ½ Prozentpunkt unterstellt (vgl. Kasten 3.5 auf S. 261).

auch 2004 am langen Ende noch vergleichsweise niedrig sein und die Konjunktur stützen. Allerdings erschwert der Aktienkursverfall die Finanzierung der Unternehmen über den Kapitalmarkt und die Besicherung von Bankkrediten.

Der anregenden Geldpolitik steht die Aufwertung des Euro gegenüber; die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft war im März 2003 um etwa 5 % niedriger als vor Jahresfrist. Die davon ausgehenden Effekte werden noch einige Zeit nachwirken. Im kommenden Jahr werden die Belastungen von dieser Seite her nachlassen; eine weitere Aufwertung des Euro ist nicht unterstellt. Alles in allem werden die monetären Rahmenbedingungen im Prognosezeitraum auch in Deutschland die Konjunktur stützen.

Finanzpolitik um Defizitbegrenzung bemüht

Die Finanzpolitik steht schon angesichts des von der EU-Kommission eingeleiteten Verfahrens wegen eines übermäßigen Defizits unter erheblichem Konsolidierungsdruck. Die Bundesregierung hat Ende vergangenen Jahres eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, mit denen die Defizitquote in diesem Jahr wieder unter 3 % gedrückt werden sollte. Dazu wurden Abgaben, vor allem die Beiträge zur Rentenversicherung, erheblich erhöht und – in geringerem Maße – Ausgaben beschnitten. Überdies wurden bereits früher beschlossene Steuererhöhungen wirksam, so bei der Ökosteuer. Schließlich stiegen die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung. Selbst wenn die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen – wie in dieser Prognose unterstellt (vgl. Kasten 3.5 auf S. 261) – nicht in vollem Umfang wirksam werden, ist die Finanzpolitik in diesem Jahr merklich restriktiv ausgerichtet. Allerdings bewirken die automatischen Stabilisatoren, dass das Defizit nur wenig zurückgeht. Für das Jahr 2004 ist aus heutiger Sicht damit zu rechnen, dass wegen der etwas günstigeren Konjunktur das Defizit sinkt, obwohl die auf das Jahr 2004 verschobene zweite Stufe der Steuerreform wie vorgesehen in Kraft tritt.

Eine Entlastung der öffentlichen Haushalte verspricht sich die Bundesregierung auch von einer Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt. Dabei setzt sie in erster Linie auf die Vorschläge der Hartz-Kommission. Einiges ist bereits auf den Weg gebracht worden. Die Institute erwarten davon allerdings keine allzu großen Effekte am Arbeitsmarkt. Bei den Maßnahmen, die Anfang 2004 in Kraft treten sollen, sind die Wirkungen derzeit kaum abzuschätzen, da die Ausgestaltung noch nicht hinreichend bekannt ist.

Moderater Anstieg der Effektivlöhne

Im Ergebnis der letztjährigen Lohnrunde, deren Abschlüsse zum Teil bis in das Jahr 2005 hineinreichen, erhöhten sich die tariflichen Stundenlöhne im Jahre 2002 um durchschnittlich 2,6 %; für dieses Jahr ist eine Zunahme in ähnlicher Größenordnung vorgezeichnet. Als Reaktion auf die Verstärkung des Tariflohnanstiegs und die schwache Konjunktur schränkten die Unternehmen im vergangenen Jahr ihre übertariflichen Leistungen spürbar ein, so dass die Effektivlöhne deutlich schwächer expandierten als die Tariflöhne. In diesem Jahr dürften diese Leistungen aber nicht mehr im bisherigen Umfang zurückgeführt werden, so dass die Effektivverdienste stärker als zuvor zunehmen werden. Wegen der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge werden die Arbeitskosten noch stärker steigen. Zusammen mit der schwachen Konjunktur dürfte dies dazu beitragen, dass die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen gedämpft bleibt.

Verhaltene Konjunkturerholung

Derzeit prägen Stagnationstendenzen das Bild der Konjunktur in Deutschland. Nach dem Ende des Irak-Krieges wird aber auch hier die Verunsicherung von Verbrauchern und Unternehmen nachlassen; mit der Erholung der Weltkonjunktur steigt die Auslandsnachfrage wieder rascher, und die expansive Geldpolitik kommt stärker zum Tragen. Das spricht dafür, dass in der zweiten Hälfte dieses Jahres eine konjunkturelle Belebung einsetzt. Sie wird aber nur schleppend vorankommen. Denn die Weltwirtschaft wird ihrerseits nur verhalten expandieren; die vorangegangene Aufwertung des Euro und die Vermögensverluste an den Aktienmärkten werden noch einige Zeit nachwirken, und die Finanzpolitik wirkt leicht restriktiv. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in diesem Jahr um 0,5 % steigen. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung wird dabei weiter sinken, und die Lage auf dem Arbeitsmarkt wird sich nochmals verschlechtern.

Im kommenden Jahr wird sich die Erholung zwar festigen; dann dürfte auch die Binnennachfrage wieder leicht steigen. Insgesamt wird die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland aber auch im Jahre 2004 ohne große Dynamik sein. Aus rein konjunktureller Sicht würde sich lediglich eine jahresdurchschnittliche Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 1¼ % ergeben. Zu berücksichtigen ist jedoch, dass das Jahr 2004 ein Schaltjahr ist und viele Feiertage auf Wochenenden fallen, so dass eine außergewöhnlich hohe Zahl von Arbeitstagen zur Verfügung steht. Dies schlägt

sich in einer höheren Produktion nieder (vgl. Kasten 3.3 auf S. 255). Der Arbeitstageffekt beträgt reichlich $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt; insgesamt wird deshalb im Jahre 2004 das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,8 % steigen.

Erhebliche Prognoserisiken

Es ist nicht auszuschließen, dass es auch nach dem Irak-Krieg immer wieder zu Zwischenfällen oder Terroranschlägen kommt und die gesamte Region ein ständiger Unruheherd bleibt. In diesem Fall gäbe es weiterhin große Unsicherheit, und der Ölpreis würde wieder steigen. Dies alles hätte wahrscheinlich negative Auswirkungen auf die internationalen Finanzmärkte und auf das Verhalten von Investoren und Verbrauchern. Die Schwächephase der Weltwirtschaft würde verlängert, und Deutschland geriete in Gefahr, in eine Rezession abzurutschen. Möglich wäre aber auch, dass sich nach dem Irak-Krieg die Lage rascher als angenommen entspannt. Infolgedessen würde sich das Investitionsklima deutlich aufhellen. In diesem Falle bestünde die Aussicht, dass die Erholung der Weltwirtschaft zügiger vorankommt und insgesamt eine höhere Dynamik entwickelt, als hier unterstellt ist. Dies würde sich auch positiv auf die Konjunktur in Deutschland auswirken.

Ungeachtet der Entwicklung im Irak gibt es allerdings weitere Risiken. So könnte der US-Dollar erneut deutlich abwerten, beispielsweise infolge des hohen Leistungsbilanzdefizits der USA. Dies

gilt umso mehr, als sich dort das Budgetdefizit auch aufgrund der Belastungen durch den Irak-Krieg weiter vergrößert hat. Eine neuerliche kräftige Abwertung des US-Dollar würde die Konjunktur in Deutschland ebenfalls belasten und die Erholung weiter hinauszögern.

Um die Folgen zu quantifizieren, die sich bei Abweichungen von den Annahmen über die Entwicklung wichtiger Größen ergeben, haben die Institute Simulationen mit einem makroökonomischen Mehr-Länder-Modell (vgl. Kasten 1.1 auf S. 229) und mit ihren Deutschland-Modellen durchgeführt. Danach wäre die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland bei einem um 10 US-Dollar pro Barrel höheren Ölpreis in diesem und im nächsten Jahr um jeweils annähernd $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt niedriger als im Basisszenario. Bei einem gegenüber dem Euro um 10 % niedrigeren Dollarkurs wäre der dämpfende Effekt ähnlich groß. In den Simulationen ist jeweils eine Reaktion der Geldpolitik unterstellt.

Die Entwicklung im Einzelnen

Exporte gewinnen allmählich an Fahrt

Die Exportkonjunktur ist seit einiger Zeit verhalten. Die Warenausfuhr, die bis zum Herbst 2002 noch zügig gestiegen war, hat seither nur wenig zugenommen (Abbildungen 3.1 und 3.2). Maßgeblich hierfür waren der mit der Aufwertung des Euro einhergehende Rückgang der preislichen

Tabelle 3.1

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2000	2001	2002	2003	2004
Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	2,9	0,6	0,2	0,5	1,8
Westdeutschland ^{2,3}	3,0	0,6	0,2	0,5	1,8
Ostdeutschland ³	1,5	0,0	-0,2	1,0	1,5
Erwerbstätige ⁴ (1 000 Personen)	38 752	38 917	38 688	38 306	38 316
Arbeitslose (1 000 Personen)	3 889	3 852	4 060	4 450	4 500
Arbeitslosenquote ⁵ (in %)	9,1	9,0	9,5	10,4	10,5
Verbraucherpreise ⁶ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,4	2,0	1,4	1,3	1,2
Lohnstückkosten ⁷ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,0	1,5	0,8	0,9	0,5
Finanzierungssaldo des Staates ⁸					
In Mrd. Euro	22,8	-57,5	-76,2	-73,1	-64,7
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	1,1	-2,8	-3,6	-3,4	-2,9
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. Euro)	-28,5	1,0	48,9	45,0	50,0

¹ In Preisen von 1995.

² Einschließlich Berlins.

³ Berechnungsstand März 2003.

⁴ Im Inland.

⁵ Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept).

⁶ Verbraucherpreisindex (2000 = 100).

⁷ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen.

⁸ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis VGR der Länder; Deutsche Bundesbank; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

Kasten 3.2

Überprüfung der Prognose vom Herbst 2002

Die Prognose der Institute vom Frühjahr 2002 für das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2002 hat sich als überhöht erwiesen; statt des erwarteten Anstiegs um 0,9 % ergab sich lediglich eine Zunahme um 0,2 %. Die im Herbst 2002 vorgelegte Prognose, die auf dem Datenstand vom ersten Halbjahr beruhte, lag dagegen nur um 0,2 Prozentpunkte höher als das Ergebnis, das im Januar 2003 (und auch bei der ersten Vierteljahresrechnung im Februar) veröffentlicht wurde. Relativ genau vorhergesehen wurden dabei die außenwirtschaftlichen Einflüsse; dies betrifft sowohl die Prognose des Welthandels als auch der Konjunktur in den USA. Hingegen wurde der Anstieg der Inlandsnachfrage etwas zu günstig eingeschätzt. Relativ groß war die Abweichung bei den Bauinvestitionen. Es stellte sich heraus, dass die Flutschäden deutlich niedriger waren als ursprünglich gemeldet und dass für ihre Beseitigung weniger Mittel aufgewendet wurden als von den Instituten in der Prognose unterstellt. Auch in Ausrüstungen und sonstige Anlagen wurde etwas weniger investiert als prognostiziert. Dabei spielte auch eine Rolle, dass sich das Umfeld für die Unternehmen im späteren Jahresverlauf verschlechterte.

Tabelle 3.2

Prognose und Prognoseabweichungen für das Jahr 2002

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995

	Herbstgutachten		Statistisches Bundesamt				Prognosefehler für 2002	
	Prognosewerte für 2002		Istwerte ¹ für 2002		Istwerte ² für 2002		Differenz der Wachstumsbeiträge in %-Punkten	
	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	Wachstumsbeitrag in %-Punkten ³	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	Wachstumsbeitrag in %-Punkten ³	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	Wachstumsbeitrag in %-Punkten ³	Spalte (4) abzüglich Spalte (2)	Spalte (6) abzüglich Spalte (2)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)		
Inlandsnachfrage	-1,0	-1,0	-1,3	-1,3	-1,5	-1,4	-0,3	-0,4
Privater Konsum	-0,5	-0,3	-0,5	-0,3	-0,6	-0,4	0,0	-0,1
Staatlicher Konsum	0,9	0,2	1,5	0,3	1,5	0,3	0,1	0,1
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-5,6	-0,5	-6,9	-0,7	-7,7	-0,8	-0,1	-0,2
Bauten	-3,4	-0,4	-5,9	-0,7	-5,9	-0,7	-0,3	-0,3
Vorratsveränderungen (Mrd. Euro)	-14,3	0,0	-14,3	0,0	-13,9	0,1	0,0	0,0
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	89,9	1,4	91,0	1,5	94,0	1,6	0,1	0,2
Ausfuhr	1,7	0,6	2,9	1,0	2,6	0,9	0,4	0,3
Einfuhr	-2,5	0,8	-1,3	0,4	-2,1	0,7	-0,4	-0,1
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2	-0,2	-0,2
<i>Nachrichtlich:</i>								
Bruttoinlandsprodukt USA	2,3	–	2,4	–	2,4	–	–	–
Welthandel	3,0	–	2¾	–	–	–	–	–
Verbraucherpreisindex ⁴	1,4	–	1,3	–	1,4	–	–	–

1 Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Erste Ergebnisse der Inlandsproduktsberechnung, Januar 2003.

2 Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, 4. Vierteljahr 2002, Februar 2003.

3 Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der

Wachstumsrate gewichtet mit dem Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukt aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

4 Vormalis Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

GD Frühjahr 2003

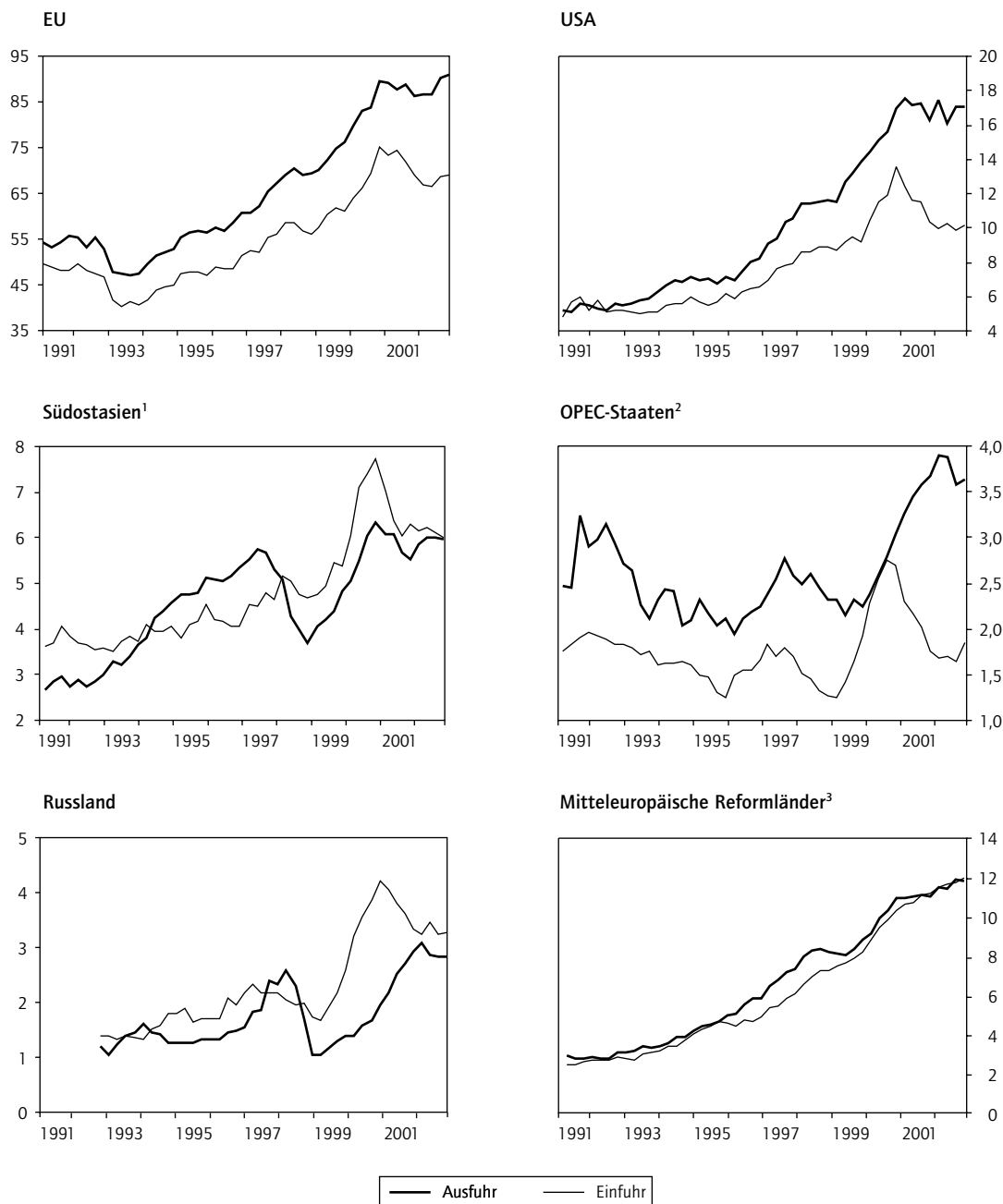
Für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahre 2003 fällt die Prognose im vorliegenden Gutachten um fast 1 Prozentpunkt geringer aus, als die Mehrheit der Institute im Herbst 2002 prognostiziert hatte.¹ Ein Drittel der Abweichung erklärt sich aus dem nun vom Statistischen Bundesamt ausgewiesenen schwächeren Verlauf im zweiten Halbjahr 2002 und resultiert insbesondere aus der Überschätzung der Flutschäden. Ein weiterer Grund ist, dass es – anders als damals unterstellt – doch zu einem Krieg im Irak gekommen ist. Folglich stieg der Ölpreis etwas stärker als angenommen, und die Aktienkurse brachen nochmals ein. Vor allem hat sich das weltwirtschaftliche Klima entgegen den Erwartungen in den vergangenen Monaten eingetrübt.

1 Das DIW Berlin hatte im Herbst einen realen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 0,9 % für 2003 vorhergesagt; damit beträgt die Abweichung zur jetzigen Prognose nur 0,4 Prozentpunkte.

Abbildung 3.1

Außenhandel nach Ländern und Regionen

Spezialhandel; saisonbereinigte Quartalswerte in Mrd. Euro



1 Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Thailand.

2 Algerien, Libyen, Nigeria, Venezuela, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Indonesien.

3 Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

GD Frühjahr 2003

Wettbewerbsfähigkeit sowie die geringe Expansion der Absatzmärkte.

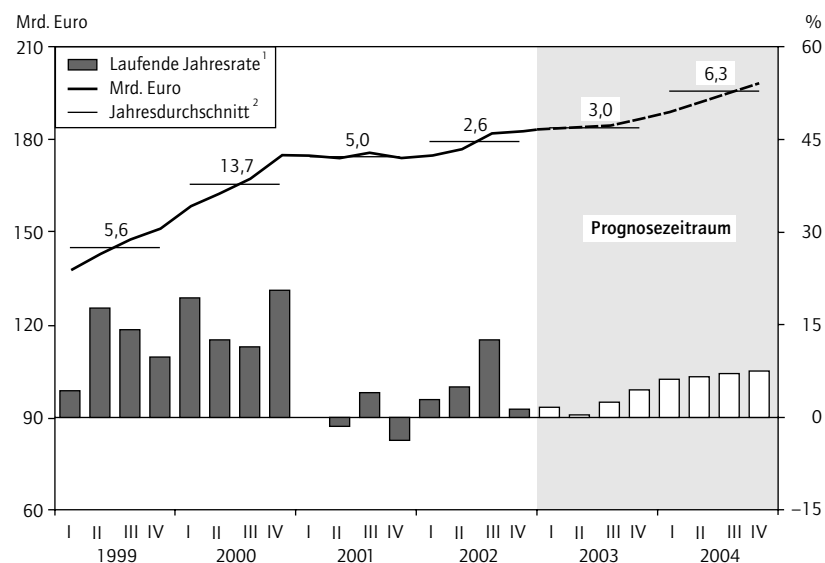
Nach schwacher Entwicklung in der ersten Hälfte dieses Jahres werden die Exporte mit der Erholung der Weltkonjunktur im zweiten Halbjahr wie-

der Fahrt aufnehmen. Von der Aufwertung des Euro gehen zwar zunächst noch dämpfende Einflüsse aus, sie werden aber nach und nach geringer. Impulse sind anfangs insbesondere aus dem außereuropäischen Raum zu erwarten, dann aber auch in zunehmendem Maße aus dem Euroraum.

Abbildung 3.2

Reale Exporte

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2 Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2003: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

3,0 % erwartet; im Jahre 2004 wird er 6,3 % betragen (Abbildung 3.2).

Die Warenimporte nahmen in den ersten Monaten dieses Jahres – nach einer kräftigen Expansion bis zum Jahresende 2002 – nur moderat zu. Ihre Dynamik wird vorerst verhalten bleiben. Ab der zweiten Jahreshälfte 2003, wenn die Exporte wieder steigen und die Binnennachfrage sich festigt, erhöht sich die Nachfrage in Deutschland nach ausländischen Waren und Dienstleistungen spürbar. Im Jahresdurchschnitt 2003 nehmen die Einfuhren um 4,0 % zu, im nächsten Jahr um 6,1 % (Abbildung 3.3).

Seit Ende 2002 sind die Einfuhrpreise wieder merklich gestiegen. Ausschlaggebend war die Verteuerung des Rohöls sowie einiger anderer Rohstoffe; die preisdämpfende Wirkung der Euroaufwertung wurde dadurch überkompensiert. Vorerst wird der Anstieg der Importpreise durch den Rückgang des Ölpreises und die Nachwirkungen der Euroaufwertung abgeschwächt. Mit dem Wegfall dieser Effekte und dem Anziehen der Preise für Industrierohstoffe aufgrund der sich bessernden Weltkonjunktur wird sich der Anstieg der Importpreise im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums etwas beschleunigen. Die Terms of Trade werden sich nur noch geringfügig verbessern (Tabelle 3.4).

Auch aus den Ländern Mittel- und Osteuropas wird mit der Kräftigung der wirtschaftlichen Entwicklung dort die Nachfrage nach Gütern aus Deutschland anziehen (Tabelle 3.3). Die deutschen Exporteure profitieren dabei aufgrund ihrer Angebotspalette auch von der zunehmenden Investitionstätigkeit bei den Handelspartnern. Überdies verbessert sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Verlauf geringfügig. Für die Ausfuhr wird in diesem Jahr insgesamt ein Zuwachs von

Ausrüstungsinvestitionen erholen sich zögerlich

Das Investitionsklima scheint sich im Verlauf des vergangenen Jahres stabilisiert zu haben. Nach acht Quartalen Rückgang wurden die Ausrüstungsinvestitionen im Schlussquartal 2002 sogar wieder leicht ausgeweitet. Seit einiger Zeit nehmen die inländischen Auftragseingänge bei den

Tabelle 3.3

Deutsche Exporte nach Regionen

Nominaler Export (Spezialhandel)

Ländergruppe	2000			2001			2002		
	Mrd. Euro	Anteile in %	In % des BIP ¹	Mrd. Euro	Anteile in %	In % des BIP ¹	Mrd. Euro	Anteile in %	In % des BIP ¹
EU	337	56,4	16,6	352	55,2	16,9	355	54,8	16,8
EFTA ²	31	5,2	1,5	33	5,2	1,6	32	4,9	1,5
NAFTA ³	71	11,9	3,5	78	12,2	3,8	77	11,9	3,7
Ostasien ⁴	47	7,9	2,3	50	7,8	2,4	52	8,0	2,4
MOE ⁵	53	8,9	2,6	62	9,7	3,0	66	10,2	3,1
Übrige Länder	58	9,7	2,9	63	9,9	3,0	66	10,2	3,1
Insgesamt	597	100,0	29,4	638	100,0	30,7	648	100,0	30,7

1 In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

2 Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein.

3 USA, Kanada, Mexiko.

4 Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea.

5 Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Russland, Ukraine, Weißrussland.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

GD Frühjahr 2003

Investitionsgüterproduzenten etwas zu; dies lässt erwarten, dass sich die Aufwärtsbewegung im Prognosezeitraum fortsetzen wird. Wegen der Unsicherheit im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg und der geringen Kapazitätsauslastung bleibt der Anstieg jedoch verhalten. Mit den sich aufhellenden Absatzperspektiven werden die Investoren im weiteren Verlauf dieses und im nächsten Jahr ihre Zurückhaltung mehr und mehr aufgeben. Zudem kommen die Zinssenkungen der vergangenen beiden Jahre dann zum Tragen, und die Lohnstückkosten steigen weiterhin nur wenig. Alles in allem verbessern sich die Ertragsaussichten.

Die Investitionen in sonstige Anlagen, zu denen vor allem Software der Unternehmen zählt, werden im Prognosezeitraum wieder zügiger ausgeweitet, wenn auch längst nicht so stark wie während des IT-Booms. Alles in allem werden die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen in diesem Jahr um 1,9 % und im nächsten Jahr um 5,1 % zunehmen (Abbildung 3.4).

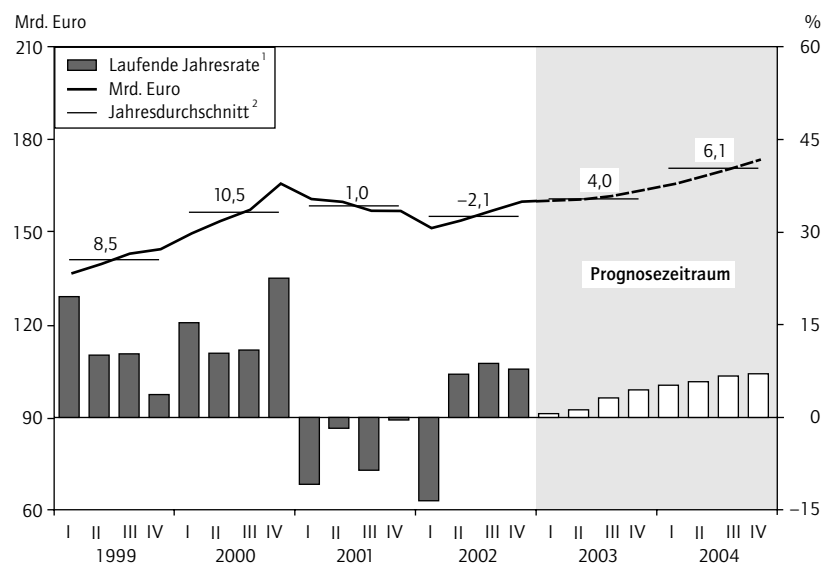
Keine Trendwende beim Bau

Die Bauwirtschaft befindet sich nach wie vor in einem Schrumpfungsprozess. Im vergangenen Jahr sanken die Bauinvestitionen mit 5,9 % ähnlich stark wie 2001. Der Rückgang erstreckte sich auf alle Sparten; er wurde jedoch in diesem Winterhalbjahr durch die Aktivitäten zur Beseitigung der Flutschäden und wohl auch durch Vorzieheffekte aufgrund der angekündigten Kürzung der Eigenheimzulage überlagert.

Abbildung 3.3

Reale Importe

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2 Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2003: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

Im Wohnungsbau setzt sich im Prognosezeitraum die negative Grundtendenz angesichts der immer noch erheblichen Überkapazitäten sowie der weiterhin unsicheren Arbeitsplatz- und Einkommensperspektiven fort. Die Abnahme wird durch das „Wohnraum-Modernisierungsprogramm 2003/2004“ etwas gemildert, das Zinsverbilligungen für ein Kredit-

Tabelle 3.4

Indikatoren zur Außenwirtschaft¹

	2000	2001	2002	2003	2004
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %					
Exporte, real ²	13,7	5,0	2,6	3,0	6,3
Waren	13,6	5,1	2,4	3,1	6,4
Dienstleistungen	14,0	4,4	4,4	2,0	5,6
Importe, real ²	10,5	1,0	-2,1	4,0	6,1
Waren	10,7	0,0	-1,6	5,3	6,0
Dienstleistungen	9,8	4,5	-3,8	-1,1	6,3
Terms of Trade	-4,4	0,4	1,6	0,3	0,2
In Mrd. Euro					
<i>Nachrichtlich:</i>					
Außenbeitrag, real ²	35,0	62,2	94,0	90,6	98,2
Außenbeitrag, nominal	7,8	38,6	83,0	81,4	91,2
Leistungsbilanzsaldo ³	-28,5	1,0	48,9	45,0	50,0

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).

2 In Preisen von 1995.

3 In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

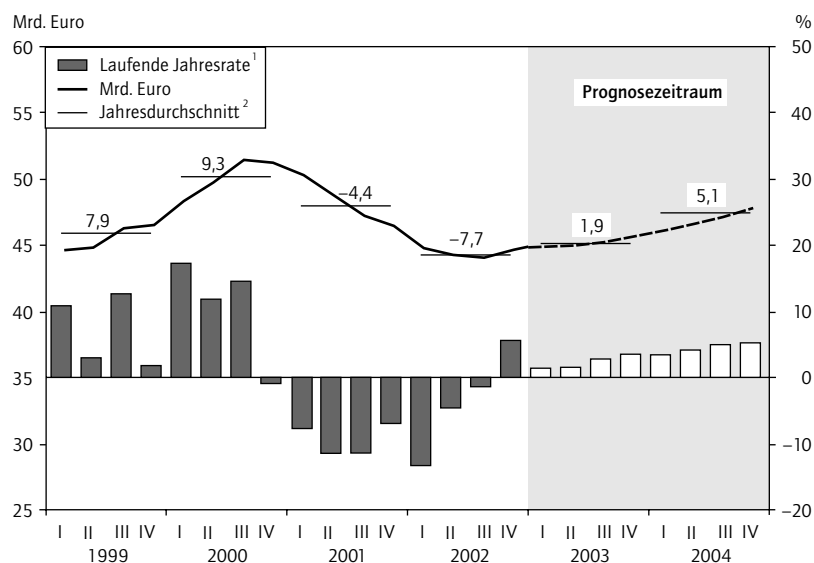
Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnungen der Institute; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

Abbildung 3.4

Reale Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2 Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2003: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

volumen von 8 Mrd. Euro vorsieht. Die Institute gehen davon aus, dass das Programm – bei erheblichen Mitnahmeeffekten – zu zusätzlichen Investitionen in Höhe von nur 1 Mrd. Euro in diesem und 3,5 Mrd. Euro im nächsten Jahr führt. Alles in allem werden die Wohnungsbauinvestitionen in diesem Jahr um 1,2 % schrumpfen. Dass sie im nächsten Jahr nicht mehr zurückgehen, ist der höheren Zahl an Arbeitstagen zuzuschreiben; ohne diese ergäbe sich 2004 ein deutliches Minus.

Auch der Wirtschaftsbau bleibt in diesem Jahr infolge der verhaltenen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der nach wie vor hohen Leer-

stände abwärts gerichtet. Darauf weist die in der Tendenz rückläufige Auftragslage für gewerbliche Bauten hin. Mit der konjunkturellen Erholung werden sich zwar die Ertragsaussichten der Unternehmen aufhellen, auch bleiben die Zinsen niedrig. Angesichts der unterausgelasteten Kapazitäten ist aber erst im nächsten Jahr mit einer Stabilisierung der Wirtschaftsbauminvestitionen zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt schrumpfen die Investitionen in gewerbliche Bauten in diesem Jahr um 2,8 %; im nächsten Jahr ergibt sich – vor allem wegen des Arbeitstageeffekts – nur ein geringes Minus.

Die öffentlichen Bauinvestitionen sinken weiter, da der Konsolidierungsdruck auf die Haushalte im Prognosezeitraum anhält. Allenfalls die Beseitigung der Flutschäden wird dem öffentlichen Bau in diesem Jahr etwas Auftrieb verschaffen. Die geplanten Zinsvergünstigungen im Rahmen des KfW-Infrastrukturprogramms dürften dagegen kaum zusätzliche Impulse auslösen, da die meisten Gemeinden ihre Kreditaufnahme aufgrund des kommunalen Haushaltsrechts angesichts der finanziellen Engpässe nicht mehr ausweiten dürfen. Daher wird dieses Programm lediglich dazu führen, dass ohnehin geplante Investitionsprojekte zu den günstigeren Konditionen finanziert werden. Mit leicht höheren kommunalen Investitionsausgaben ist hingegen infolge der Freistellung der Kommunen von ihrem Beitrag zur Finanzierung des Fonds „Aufbauhilfe“ in Höhe von 800 Mill. Euro zu rechnen. Die Institute erwarten für das Jahr 2003 einen Rückgang der öffentlichen Bauinvestitionen um 1,0 % und für das Jahr 2004 um 5,8 %.

Alles in allem ist eine Trendwende bei den Bauinvestitionen nicht in Sicht. Sie werden in diesem Jahr um 1,6 % und im nächsten um 0,8 % sinken (Tabelle 3.5 und Abbildung 3.5); arbeitstäglich bereinigt beträgt der Rückgang 2004 rund 2½ %.

Privater Konsum ohne Dynamik

Der private Konsum, der im Verlauf des vergangenen Jahres annähernd stagniert hatte, hat sich auch in den ersten Monaten dieses Jahres nicht belebt (Abbildung 3.6). Maßgeblich hierfür war, dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte. Ferner wirkte die Anhebung der Sozialabgaben und der indirekten Steuern dämpfend.

Im weiteren Jahresverlauf werden sich die Konsumperspektiven nur wenig aufhellen. Die vorangegangenen Vermögensverluste der privaten Haushalte an den Aktienmärkten und das anhaltende Arbeitsplatzrisiko drücken auf die Stimmung. Von der Entwicklung der Einkommen geht nur wenig

Tabelle 3.5

Reale Bauinvestitionen¹

	2002	2002	2003	2004
	Anteile in %	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Wohnbauten	57,5	-5,9	-1,2	0,0
Nichtwohnbauten	42,5	-5,8	-2,2	-1,9
Gewerblicher Bau	29,8	-5,3	-2,8	-0,2
Öffentlicher Bau	12,7	-6,9	-1,0	-5,8
Bauinvestitionen	100,0	-5,9	-1,6	-0,8

1 In Preisen von 1995.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

Schwung aus: Zwar nehmen die Effektivlöhne etwas stärker zu als im vergangenen Jahr, der Beschäftigungsrückgang hält aber weiter an. Die Löhne und Gehälter steigen brutto mit 1,1 % nur wenig schneller als im Jahre 2002; netto, d. h. nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialabgaben, stagnieren sie erneut. Die monetären Sozialleistungen expandieren trotz eines konjunkturell bedingten Anstiegs der Transferzahlungen zudem deutlich langsamer, u. a. weil die Anpassung der Altersrenten geringer ausfällt und es – anders als im Jahr zuvor, als manche Leistungen, z. B. das Kindergeld, ausgeweitet wurden – zu Leistungseinschränkungen kommt. Dagegen dürften die Selbständigen- und Vermögenseinkommen – nach dem Rückgang im abgelaufenen Jahr – wieder zunehmen. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahre 2003 um 1,7 % steigen; real ergibt sich ein Zuwachs von 0,4 %. Bei etwas geringerer Sparquote dürften die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte um 0,6 % ausgeweitet werden.

Im Jahre 2004 wird der Konsum bei leicht anziehender Beschäftigung wieder etwas stärker zulegen. Die Bruttoarbeitseinkommen expandieren mit 2,2 % beschleunigt; die Nettolöhne und -gehälter steigen aufgrund der Entlastungswirkungen der zweiten Stufe der Steuerreform 2000 sogar um 2,9 %. Die monetären Sozialleistungen werden sich aufgrund von umfangreichen Leistungskürzungen und einer verlangsamten Zunahme arbeitsmarktbedingter Ausgaben allerdings nur um 1,1 % erhöhen. Insgesamt steigen die verfügbaren Einkommen im kommenden Jahr um 2,7 %. Bei unveränderter Sparquote – die Steuerentlastung spricht für eine temporäre Erhöhung der Sparneigung, die nachlassende Arbeitsplatzunsicherheit dagegen für einen leichten Rückgang – wird der private Konsum im Jahre 2004 real um 1,5 % zunehmen.

Preisanstieg bleibt gering

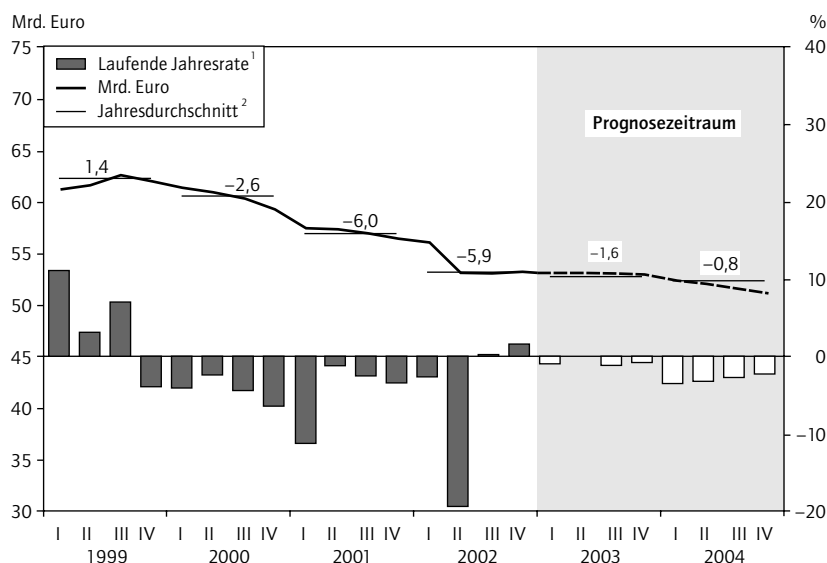
Nachdem sich der Preisauftrieb in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres merklich beruhigt hatte, verstärkte er sich zu Beginn des Jahres 2003 vorübergehend. Hierfür waren allerdings Sonderfaktoren maßgebend. So sind die Mineralöl-, die Strom- sowie die Tabaksteuer angehoben worden. Von diesen Maßnahmen ging ein einmaliger Schub auf das Verbraucherpreisniveau von etwa 0,3 % aus. Hinzu kam eine kräftige Erhöhung der Energiepreise infolge der Verteuerung des Rohöls.

Im Verlauf des Jahres wird sich der Preisauftrieb wieder abschwächen. Die Energiepreise dürften wieder merklich sinken, und zudem dämpft die

Abbildung 3.5

Reale Bauinvestitionen

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2 Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

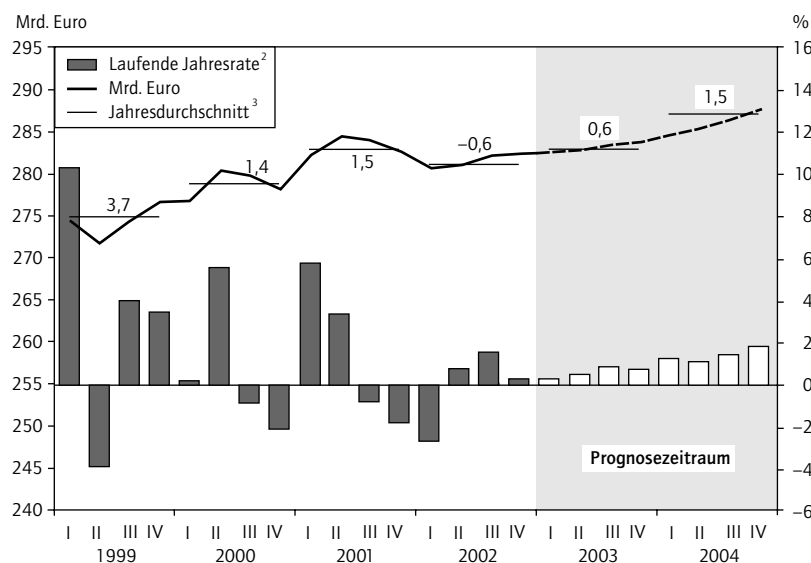
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2003: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

Abbildung 3.6

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

2 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2003: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

Tabelle 3.6

Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts¹

In Prozentpunkten

	2002	2003	2004
Konsumausgaben	-0,1	0,5	0,9
Private Haushalte ²	-0,4	0,3	0,9
Staat	0,3	0,2	0,0
Anlageinvestitionen	-1,4	0,0	0,4
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,8	0,2	0,5
Bauten	-0,7	-0,2	-0,1
Vorratsveränderungen	0,1	0,1	0,2
Inlandsnachfrage	-1,4	0,6	1,5
Außenbeitrag	1,6	-0,2	0,4
Exporte	0,9	1,1	2,3
Importe	0,7	-1,2	-2,0
Bruttoinlandsprodukt³	0,2	0,5	1,8

¹ Zur Definition vgl. Tabelle 3.1; in Preisen von 1995, Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

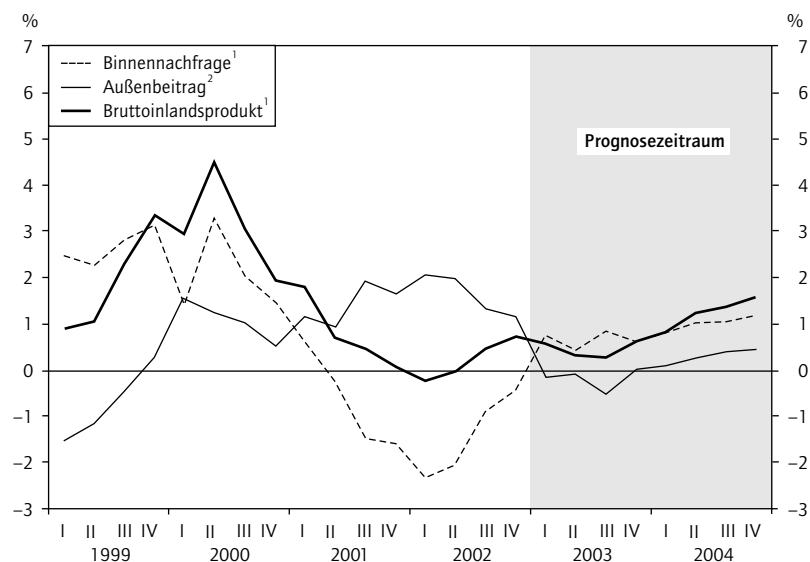
Quellen: Statistisches Bundesamt; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

Abbildung 3.7

Bruttoinlandsprodukt, Binnennachfrage und Außenbeitrag

Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte



¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

² Differenz zwischen dem realen Außenbeitrag im laufenden Quartal und im Vorjahresquartal

in % des realen Bruttoinlandsprodukts im Vorjahresquartal (Wachstumsbeitrag).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2003: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

hoch. Im Jahresdurchschnitt 2003 dürften die Preise auf der Verbraucherstufe um 1,3 % steigen.

Auch im kommenden Jahr wird der Verbraucherpreisanstieg moderat bleiben. Mit der Festigung der Konjunktur vergrößern sich zwar die Preiserhöhungsspielräume geringfügig. Der Druck vonseiten der Lohnstückkosten geht aber etwas zurück. Auch gibt es keine weitere Stufe der ökologischen Steuerreform. Insgesamt dürften sich die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2004 um 1,2 % erhöhen.

Produktion nimmt moderat zu

Seit Mitte 2000 befindet sich die gesamtwirtschaftliche Produktion in einer Schwächephase. Im Schlussquartal 2002 nahm das reale Bruttoinlandsprodukt saisonbereinigt nicht zu. Die Stagnation dürfte sich im ersten Halbjahr 2003 fortsetzen.

Im späteren Verlauf des Jahres ist mit anziehender Weltkonjunktur ein etwas kräftigerer Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu erwarten. Die industrielle Erzeugung dürfte spürbar steigen, da viele wirtschaftliche Aktivitäten, die bislang wegen der ausgeprägten Unsicherheit nicht in Gang kamen, nun nachgeholt werden. Dies macht sich insbesondere bei der Herstellung von Vorleistungs- und Investitionsgütern bemerkbar. Die konsumnahen Bereiche tragen dagegen nur wenig zum Produktionsanstieg bei. Die Bautätigkeit geht weiter zurück. Unter diesen Bedingungen erhöht sich das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2003 nur um 0,5 % (Tabelle 3.6).

Im nächsten Jahr gewinnt die Auslandsnachfrage an Schwung, und die Inlandsnachfrage erholt sich etwas (Abbildung 3.7). Davon wird vor allem die Industrieproduktion angeregt. Infolge der zunehmenden Investitionstätigkeit expandiert insbesondere die Fertigung von Ausrüstungsgütern und deren Vorleistungen. Im tertiären Sektor ist hauptsächlich bei Unternehmensdienstleistungen sowie im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit einem verstärkten Anstieg der Wertschöpfung zu rechnen. In der Bauwirtschaft dagegen hält der Produktionsrückgang an. Insgesamt nimmt das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt um 1,8 % zu (Abbildung 3.8); hiervon ist allerdings reichlich ½ Prozentpunkt auf die höhere Zahl von Arbeitstagen zurückzuführen (Kasten 3.3).

vorangegangene Aufwertung des Euro. Von den Lohnstückkosten geht kein zusätzlicher Kostendruck aus, und die Wettbewerbsintensität bleibt angesichts der angespannten Wirtschaftslage

Auch die ostdeutsche Wirtschaft spürt die anhaltende Konjunkturschwäche. Zwar nahm die Industrieproduktion noch zu, der erneut drastische Rückgang der Bautätigkeit und die Folgen der

Kasten 3.3

Kalendereffekte

Eine Vielzahl wirtschaftlicher Größen wie Umsatz oder Produktion ist von der Länge des beobachteten Zeitraums, häufig auch von der Anzahl der einzelnen Wochentage innerhalb des Zeitraums abhängig. So werden Betriebe mit nahezu kontinuierlicher Produktion (z. B. in der Energieerzeugung, in der Stahl- oder chemischen Industrie) im Allgemeinen in 31-Tage-Monaten mehr fertigen als in 30-Tage-Monaten. Für viele Einzelhändler ist der Samstag der umsatzstärkste Wochentag.¹ Der kalendrische Einfluss in einzelnen Zeitreihen kann höchst unterschiedlich sein; auch können die Effekte je nach Wirtschaftsbereich in einem bestimmten Zeitraum sogar in entgegengesetzte Richtungen gehen. Der reihenspezifische Kalendereinfluss² stellt einen Durchschnittswert dar, der im Stützzeitraum der Kalenderkomponente zugeordnet werden kann.³ Letztere filtert die Auswirkungen sich verändernder Wochentagsstrukturen und der unterschiedlichen Zahl von Wochenend- bzw. Feiertagen heraus. Effekte der unterschiedlichen Monatslängen werden dagegen normalerweise dem Saison-

Tabelle 3.8

Kalendereinfluss auf die Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahre 2004

In Prozentpunkten (gerundet)

Privater Konsum	0,4
Öffentlicher Konsum	0,0
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,3
Bauten	1,8
Inlandsnachfrage	0,5
Exporte	1,2
Importe	1,1
Bruttoinlandsprodukt	0,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

GD Frühjahr 2003

1 Vgl. W. Strohmer: Zur Frage der Kalenderbereinigung von Zeitreihen. In: Wirtschaft und Statistik, Nr. 6/1986, S. 422 f.

2 Die Deutsche Bundesbank und das Statistische Bundesamt verwenden zur Identifizierung von Kalendereffekten und zur Quantifizierung von Kalenderfaktoren innerhalb des von ihnen angewendeten Zeitreihenanalyseverfahrens Census X12-ARIMA für die Variablen der Verwendung und Entstehung des Bruttoinlandsprodukts geeignete monatliche Indikatorreihen. Diese werden entsprechend der Struktur zu einem Faktor der jeweiligen Komponente zusammengewichtet. Der reihenspezifische Kalendereinfluss wird durch Regression der (in einem ersten Iterationsschritt ermittelten) vorläufigen irregulären Komponente der Zeitreihe mit einer aus einem größeren Katalog ausgewählten geeigneten – die Kalendersituation beschreibenden – erklärenden Variablen ermittelt. Der Kalenderfaktor für die Größe des realen Bruttoinlandsprodukts

Tabelle 3.7

Arbeitstage und Kalenderfaktoren

	Arbeitstage	BIP kalenderbereinigt ¹	BIP ¹	Kalenderfaktor BIP nach X12-ARIMA
	In % gegenüber dem Vorjahr			In Prozentpunkten
1992	1,2	1,8	2,2	0,4
1993	0,1	-1,1	-1,1	0,0
1994	-0,3	2,4	2,3	0,0
1995	-0,4	1,8	1,7	-0,1
1996	0,1	0,8	0,8	0,0
1997	-0,3	1,5	1,4	-0,1
1998	0,7	1,7	2,0	0,3
1999	0,4	1,9	2,0	0,2
2000	-0,9	3,1	2,9	-0,2
2001	-0,3	0,8	0,6	-0,2
2002	0,0	0,2	0,2	-0,1
2003	0,1	0,5	0,5	0,0
2004	1,2	1,2	1,8	0,6

1 2003 und 2004: Prognose der Institute.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

GD Frühjahr 2003

einfluss zugeordnet, weil die reine Anzahl der Tage im Monat Jahr für Jahr die gleiche ist (mit Ausnahme des Schalttageffekts im Februar).

Das Jahr 2004 weist eine sehr ungewöhnliche Kalenderkonstellation auf. So fallen vier bundesweit oder regional geltende Feiertage auf einen Sonntag (Mariä Himmelfahrt, 3. Oktober, Reformationstag und 26. Dezember), zwei weitere (1. Mai und 25. Dezember) auf einen Samstag; hinzu kommt der Schalttag. Dies hat zur Folge, dass nach der Zählung der Institute 3,3 Arbeitstage (1¼ %) mehr zur Verfügung stehen als 2003.⁴ Die Kalenderfaktoren von Census X12-ARIMA errechnen auf das Jahr gesehen einen Effekt für das Bruttoinlandsprodukt von knapp 0,6 Prozentpunkten (Tabelle 3.7). Bei den Verwendungsaggregaten ist der Einfluss teils stärker, teils geringer (Tabelle 3.8).

wird schließlich von der Entstehungsseite her zusammengewichtet (vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht April 1991, S. 38). Die Institute benutzen ebenfalls das Census X12-ARIMA-Verfahren und verwenden dementsprechend die hieraus errechneten Saison- und Kalenderfaktoren zur Bereinigung der Ursprungswerte der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts, um so die von Saison- und Kalendereffekten bereinigte Konjunkturentwicklung darzustellen.

3 Nutzt man einen strukturellen Komponentenansatz, in dem alle Komponenten einer Zeitreihe simultan geschätzt werden, sind die Ergebnisse sehr ähnlich. Vgl. G. Flaig: Arbeitstageeffekt und Bruttoinlandsprodukt. ifo Schnelldienst, Nr. 22-23/2000. München.

4 Montag bis Freitag: 1,0 Arbeitstage, Samstag: 0,2 Arbeitstage, Sonntag: 0,1 Arbeitstage; Feiertage: je nach regionaler Gültigkeit und Wochentag gewichtet.

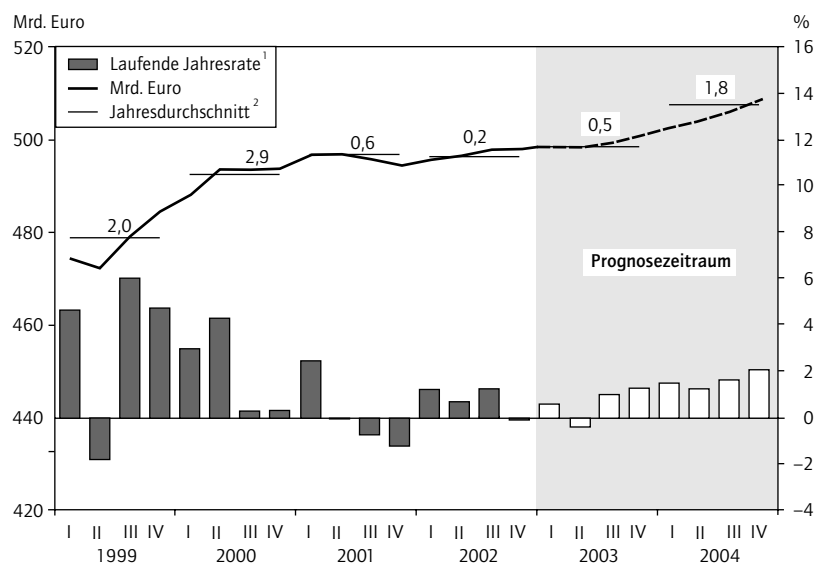
Flutkatastrophe an der Elbe und deren Nebenflüssen beeinträchtigten jedoch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. So unterschritt das Bruttoin-

landsprodukt in Ostdeutschland (ohne Berlin) 2002 das Vorjahresniveau um 0,2 %.

Abbildung 3.8

Reales Bruttoinlandsprodukt

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1 Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2 Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab 1. Quartal 2003: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

Anders als in den vorangegangenen Jahren wird die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland 2003 etwas kräftiger als in Westdeutschland steigen. Die industrielle Fertigung wird im Gefolge der konjunkturellen Erholung im In- und Ausland merklich zulegen. Gleichzeitig wird mit der Wiederherstellung der vom Hochwasser zerstörten Gebäude und Infrastrukturanlagen die Bremswirkung seitens der Bautätigkeit vorübergehend nachlassen. Insgesamt erhöht sich das Bruttoinlandsprodukt in den ostdeutschen Flächenländern um etwa 1 % und damit etwa doppelt so stark wie in Westdeutschland. Bei fortgesetztem Rückgang der Bevölkerungszahl im Osten verringert sich der Abstand in der Pro-Kopf-Produktion (Tabelle 3.9).

Im kommenden Jahr laufen die Impulse durch die Beseitigung der Flutschäden aus, mit der Folge, dass in der Bauwirtschaft wieder vermehrt Überkapazitäten abgebaut werden. Bei kräftig anziehender Industrieproduktion wird sich zwar auch die Expansion des Bruttoinlandsprodukts verstärken, die Zuwachsrate wird aber wieder hinter der in Westdeutschland zurückbleiben.

Tabelle 3.9

Indikatoren zum wirtschaftlichen Aufholprozess in Ostdeutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Westdeutschland = 100												
Bruttoinlandsprodukt nominal je Einwohner ¹	33,4	41,2	50,8	57,2	59,6	61,7	62,2	61,5	62,1	61,4	61,0	62,7
Bauinvestitionen nominal je Einwohner ²	70,2	103,1	131,0	164,1	175,8	180,8	172,8	153,3	137,0	120,6	110,0	105,1
darunter:												
Wohnbauten ²	45,8	61,7	81,1	110,0	131,2	143,2	140,6	121,4	106,9	90,8	78,7	73,1
Nichtwohnbauten ²	97,0	151,4	195,0	241,7	240,5	237,9	223,2	205,1	186,2	169,3	160,0	156,3
Investitionen in neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen je Einwohner	58,2	67,6	87,2	98,5	101,1	99,8	90,4	88,5	87,2	84,4	84,6	80,6
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ¹	49,3	61,9	69,2	72,6	75,2	75,8	76,1	76,3	77,1	77,2	77,3	77,6
Arbeitsproduktivität ^{1, 3}	34,9	48,3	59,4	64,2	65,0	67,0	68,0	67,7	68,4	69,2	70,7	71,5
Lohnstückkosten ^{1, 4}	141,1	128,3	116,3	113,2	115,7	113,1	111,8	112,6	112,7	111,7	109,8	108,5
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr												
Bevölkerung ¹												
Ostdeutschland	x	-1,3	-0,7	-0,6	-0,4	-0,4	-0,3	-0,4	-0,5	-0,6	-0,8	-0,8
Westdeutschland	x	1,2	1,0	0,5	0,4	0,4	0,3	0,1	0,2	0,3	0,4	0,4
Erwerbstätige (Inland) ¹												
Ostdeutschland	x	-12,4	-2,5	2,4	1,9	-0,7	-1,2	0,2	0,6	-0,9	-1,6	-1,6
Westdeutschland	x	0,8	-1,1	-0,6	-0,1	-0,2	0,0	1,3	1,4	2,3	0,8	-0,4

1 Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer ohne Berlin, für Westdeutschland: alte Bundesländer einschließlich Berlins; Rechenstand März 2003.

2 Angaben für Ostdeutschland: neue Bundesländer und Ostberlin, für Westdeutschland: früheres Bundesgebiet.

3 Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; ifo Institut; Berechnungen der Institute.

GD Frühjahr 2003

Lage am Arbeitsmarkt verschlechtert sich vorerst weiter

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich im Jahre 2002 zunehmend verschlechtert. Die Zahl der Erwerbstätigen sank im Verlauf der zweiten Jahreshälfte mit mehr als 240 000 Personen doppelt so stark wie im ersten Halbjahr. Der Beschäftigungsabbau erreichte inzwischen auch den tertiären Sektor; im Handel und Gastgewerbe und jetzt auch bei Banken wird zunehmend Personal entlassen. Die beschleunigte Zunahme der Zahl der Arbeitslosen sowie die Abnahme der offenen Stellen in den ersten Monaten dieses Jahres deuten darauf hin, dass sich der Beschäftigungsrückgang im ersten Quartal verstärkt hat (Abbildung 3.9).

Die nur moderate Konjunkturerholung lässt vorerst keine Wende am Arbeitsmarkt erwarten. In vielen Bereichen kommt es vielmehr noch zu einem weiteren Personalabbau. Zudem werden die Unternehmen bestrebt sein, die Produktion so lange wie möglich mit den vorhandenen Arbeitskräften vor allem durch Überstunden und die Nutzung von Arbeitszeitkonten zu bewältigen. Mit der Festigung der Konjunktur wird in der zweiten Jahreshälfte 2004 auch die Beschäftigung steigen.

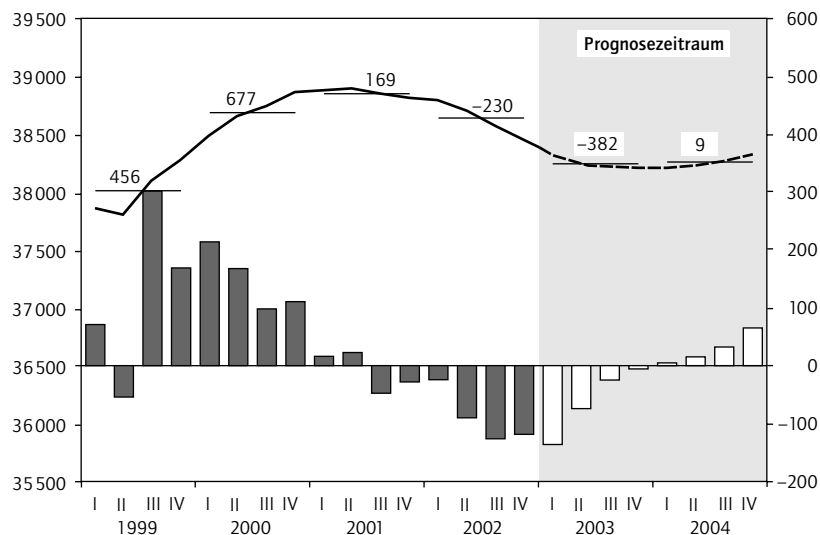
Von der Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission einschließlich der Neuregelung des Niedriglohnbereichs dürften – wie von den Instituten bereits im Herbstgutachten 2002 dargelegt – kurzfristig keine größeren Beschäftigungswirkungen ausgehen, auch weil erhebliche Verdrängungs- und Mitnahmeeffekte zu erwarten sind (Kasten 3.4). Insgesamt ist unterstellt, dass durch die Neuregelungen für sich genommen 50 000 Arbeitsplätze entstehen. Da gleichzeitig die traditionellen Maßnahmen stark zurückgeführt werden, wird der Gesamteffekt der Arbeitsmarktpolitik im Jahre 2003 etwa neutral sein. Im Jahre 2004 werden die herkömmlichen Maßnahmen weiter – wenn auch verlangsamt – zurückgeführt, und die Auswirkungen der Arbeitsmarktreformen dürften – begünstigt durch die bessere Konjunktur – sichtbar werden. Alles in allem ist für 2003 aber eine kräftige Abnahme der Erwerbstätigkeit um rund 380 000 Personen im Jahresdurchschnitt bzw. um etwa 250 000 im Jahresverlauf zu erwarten. Im Jahre 2004 wird die Erwerbstätigenzahl nur um rund 10 000 im Durchschnitt bzw. um 110 000 im Verlauf steigen (Tabelle 3.10).

Bei schrumpfender Produktion ging in Ostdeutschland (mit Berlin)⁵ die Zahl der Erwerbstätigen (Inlandskonzept) im Jahre 2002 um 117 000 zurück. Die Abnahme setzt sich im Prognosezeitraum fort. Im Baugewerbe verlangsamt sich der Beschäftigungsabbau zunächst wegen der Fort-

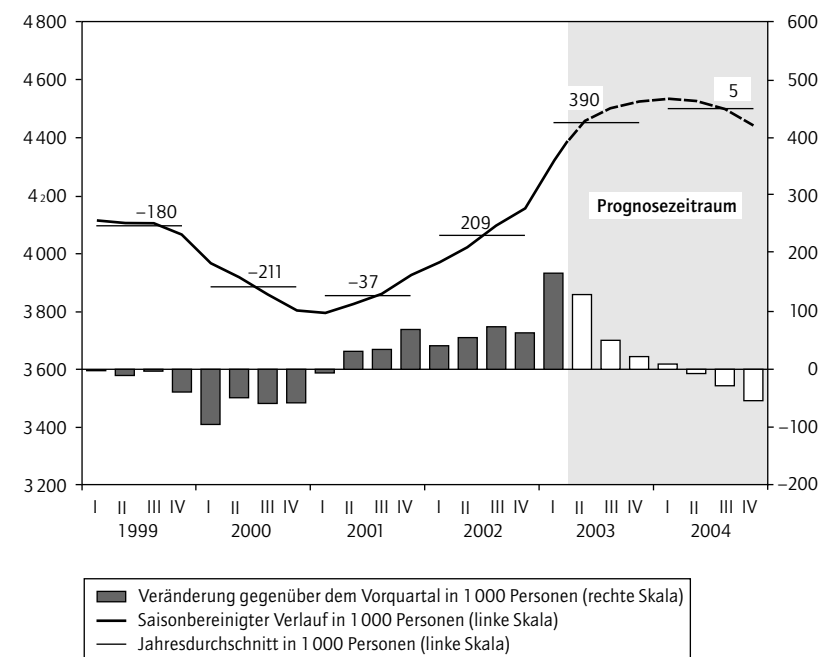
Abbildung 3.9

Erwerbstätige und Arbeitslose¹ Saisonbereinigter Verlauf

Erwerbstätige Inländer



Arbeitslose



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1 000 Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen der Institute; ab 1. bzw. 2. Quartal 2003: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

führung der Aufbauarbeiten nach der Flutkatastrophe. Im öffentlichen Sektor zwingt der Lohnabschluss die ostdeutschen Länder und Gemeinden

⁵ Seit Januar 2003 wird Berlin insgesamt in den Arbeitsmarktstatistiken Ostdeutschland zugeordnet.

Beschäftigungseffekte der Arbeitsmarktreformen

Am Arbeitsmarkt ist mit der Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission einschließlich der Neuregelung für den Niedriglohnbereich begonnen worden:

Im Rahmen des Programms „Kapital für Arbeit“, das Unternehmer für die Einstellung von Arbeitslosen mit zinsgünstigen Darlehen belohnt, gab es von November 2002 bis März 2003 ca. 500 Kreditzusagen. Als „Ich-AG“ nahmen bislang 7 300 Personen einen Existenzgründerzuschuss in Anspruch. Allerdings kommt es für nicht geförderte Konkurrenten zu Wettbewerbsnachteilen; insofern ist mit Verdrängungseffekten zu rechnen.

Bislang haben die Arbeitsämter 840 Personal-Service-Agenturen (PSA) für 38 000 Arbeitnehmer ausgeschrieben. Eine Übernahme von rund 50 000 Arbeitslosen in die PSA wird für den Durchschnitt des ersten Jahres angestrebt. Aufgrund der Tatsache, dass die PSA aus vergaberechtlichen Gründen nicht vor Anfang April dieses Jahres ihre Tätigkeit aufnehmen konnten, sowie angesichts der zu erwartenden großen Anlaufschwierigkeiten erscheint dies ehrgeizig. Zudem ist fraglich, ob für die PSA-Angestellten bei der schwachen konjunkturellen Entwicklung genügend Leiharbeitsplätze zu Verfügung stehen; sollten die PSA-Angestellten dennoch – dank der von der Bundesanstalt gewährten Prämien – vermittelt werden, so ist wohl mit erheblichen Verdrängungseffekten zu rechnen. Sollten dagegen die übernommenen Arbeitslosen nicht vermittelt werden können und in den PSA zur Weiterbildung verbleiben, wird offene Arbeitslosigkeit lediglich in verdeckte umgewandelt. Schließlich wird die Funktionsfähigkeit der PSA auch dadurch beeinträchtigt, dass die Entlohnung ihrer Angestellten noch nicht endgültig geklärt ist. Die Gewerkschaften haben sich zwar auf Eckpunkte eines Branchentarifvertrags mit dem Bundesverband Zeitarbeit geeinigt, diese Vereinbarung wurde von anderen Arbeitgeberverbänden aber nicht übernommen.

Am 1. April 2003 ist die Förderung des Niedriglohnsektors in Kraft getreten. Zu einem Anstieg der Beschäftigung wird es insbesondere im Bereich der haushaltsnahen Tätigkeiten kommen; hier ist zu erwarten, dass Personen, die bislang „schwarz“ gearbeitet haben, ihr Erwerbsverhältnis legalisieren. Melden werden diese Arbeitsverhältnisse vor allem Nichtleistungsempfänger. Sie erwerben die Anwartschaft auf eine Rente, und ihre Arbeitgeber können einen Teil der Lohnkosten steuermindernd geltend machen. Doch dürfte es hier zu erheblichen Substitutions und Verdrängungseffekten kommen. So dürften vielfach die bisherigen 325-Euro-Jobs lediglich in 400-Euro-Jobs umgewandelt. Im Entlohnungsbereich zwischen 400 und 800 Euro könnte der Beschäftigungsanstieg sogar komplett durch einen Abbau von Teilzeit- und Vollzeitarbeitsplätzen neutralisiert werden. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass Minijobs von bereits beschäftigten Personen nun wieder steuer- und abgabenfrei in Nebentätigkeit ausgeübt werden können. Letzteres hat für sich genommen allenfalls positive Auswirkungen auf das Arbeitsvolumen. Bei den Erwerbstätigen wäre sogar ein Rückgang möglich, so in dem Fall, wenn ein ausschließlich geringfügig Beschäftigter durch jemanden ersetzt wird, der diese Tätigkeit im Nebenerwerb ausführt, also schon in der Erwerbstätigenstatistik ausgewiesen ist.

zu einem verschärften Stellenabbau, da hier zusätzlich eine stufenweise Lohnangleichung an das Westniveau bis zum Jahr 2007 vereinbart worden ist. Darüber hinaus nimmt die Zahl der in Beschäftigung schaffenden Maßnahmen geförderten Personen weiter ab. Insgesamt dürfte die Erwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern in diesem wie im nächsten Jahr – wenn auch mit deutlich abnehmender Rate – sinken.

Die registrierte Arbeitslosigkeit erhöhte sich in Deutschland im Verlauf des Jahres 2002 mit 230 000 Personen weitaus weniger stark, als die Erwerbstätigkeit zurückging. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass sich angesichts der

anhaltenden Konjunkturschwäche viele Erwerbspersonen in die Stille Reserve zurückzogen und ältere Langzeitarbeitslose vorruhestandsähnliche Maßnahmen (§ 428 SGB III) in Anspruch nahmen bzw. in Rente gingen. Zum Teil wurden aber auch im Gefolge der Neuregelungen des Job-AQTIV-Gesetzes diejenigen Personen, die ihren Pflichten zur Mitwirkung bei der Vermittlung nicht nachgekommen waren, nicht mehr als Arbeitslose registriert. Die durchschnittliche Arbeitslosenzahl betrug im vergangenen Jahr 4,06 Mill.

Seit der Jahreswende stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen mit knapp 200 000 überaus kräftig. Hierbei haben neben der schwachen Kon-

Tabelle 3.10

Arbeitsmarktbilanz

Jahresdurchschnittswerte in 1 000 Personen

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland						
Erwerbstätige Inländer	38 010	38 687	38 856	38 626	38 244	38 253
Arbeitnehmer	34 071	34 686	34 775	34 528	34 135	34 122
Selbständige	3 939	4 001	4 081	4 098	4 109	4 131
Pendlersaldo	67	65	61	62	62	63
Erwerbstätige Inland	38 077	38 752	38 917	38 688	38 306	38 316
Arbeitslose	4 099	3 889	3 852	4 060	4 450	4 500
Arbeitslosenquote ¹	9,7	9,1	9,0	9,5	10,4	10,5
Erwerbslose ²	3 333	3 065	3 074	3 251	3 562	3 600
Erwerbslosenquote ³	8,1	7,3	7,3	7,8	8,5	8,6
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	119	86	123	207	185	150
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	430	313	243	193	143	93
Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz)	50	150
Berufliche Vollzeitweiterbildung	333	324	315	300	260	235
Westdeutschland⁴						
Erwerbstätige Inländer ⁵	30 261	30 918	31 167	31 050	30 750	30 825
Arbeitslose	2 604	2 380	2 320	2 498	2 820	2 840
Arbeitslosenquote ¹	7,9	7,1	6,9	7,4	8,4	8,4
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	90	59	94	162	145	115
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	67	59	53	42	40	35
Berufliche Vollzeitweiterbildung	182	177	169	162	145	135
Ostdeutschland⁴						
Erwerbstätige Inländer ⁵	7 749	7 769	7 689	7 576	7 494	7 428
Arbeitslose	1 495	1 508	1 532	1 563	1 630	1 660
Arbeitslosenquote ¹	16,2	16,3	16,6	17,1	17,9	18,3
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Kurzarbeit	29	27	29	45	40	35
Beschäftigung schaffende Maßnahmen	363	254	190	150	103	58
Berufliche Vollzeitweiterbildung	151	148	146	138	115	100

¹ Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose).² Definition der ILO.³ Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose).⁴ Regionale Abgrenzung: Westdeutschland: alte Bundesländer ohne Berlin, Ostdeutschland: neue Bundesländer einschließlich Berlins.⁵ Schätzung der Institute auf Basis der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und des Mikrozensus.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder; 2003 und 2004: Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

junktur der außergewöhnlich strenge Winter und die starke Einschränkung herkömmlicher arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen beigetragen. Mit der allmählichen Erholung wird sich im weiteren Verlauf des Jahres 2003 der Anstieg der Arbeitslosigkeit verlangsamen. Im Jahresdurchschnitt erhöht sich die Zahl der Arbeitslosen um 390 000 auf 4,45 Mill.

Im Jahre 2004 wird die Zahl der Arbeitslosen bei steigender Erwerbstätigkeit geringfügig zunehmen. Ausschlaggebend dafür ist, dass die verbesserten Beschäftigungsmöglichkeiten im Niedriglohnsektor, insbesondere bei den haushaltsnahen Dienstleistungen, zu einem großen Teil von Per-

sonen wahrgenommen werden, die zuvor nicht als Arbeitslose registriert waren.

In Ostdeutschland erhöhte sich im vergangenen Jahr die Zahl der Arbeitslosen um 31 000 auf 1,56 Mill. Der Anstieg fiel auch dort weniger stark aus, als die Beschäftigung abnahm. Maßgebend dafür war der Rückgang des Erwerbspersonenpotentials, u. a. infolge der verstärkten Abwanderung. In diesem Jahr wird die Arbeitslosigkeit bei weniger stark sinkendem Arbeitsangebot um rund 70 000 Personen zunehmen; im Jahre 2004 ist von einem weiteren Anstieg um etwa 30 000 auszugehen.

Anhaltende Konjunkturschwäche durchkreuzt Defizitabbau

Die Finanzlage des Staates verschlechterte sich im Jahre 2002 deutlich. Die ausgeprägte Konjunkturschwäche führte zu erheblichen Mindereinnahmen bei Steuern und Sozialabgaben sowie zu höheren arbeitsmarktbedingten Ausgaben. Außerdem kam es aufgrund von Sonderfaktoren im Zusammenhang mit der Reform der Unternehmensbesteuerung zu hohen Einnahmeausfällen.⁶ Das Budgetdefizit stieg auf 76,2 Mrd. Euro bzw. in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt auf 3,6 % (Tabelle 3.11); die Defizitobergrenze des Maastricht-Vertrages von 3 % wurde damit deutlich überschritten.

Die Finanzpolitik beabsichtigt für das Jahr 2003 eine merkliche Senkung des Defizits; hierzu sind vor allem Steuer- und Abgabenerhöhungen und – in geringerem Umfang – Ausgabenkürzungen geplant. Die hieraus resultierende Haushaltsentlastung beläuft sich – einschließlich der Mehreinnahmen aus der fünften Stufe der ökologischen Steuerreform – auf rund 23 Mrd. Euro (1,1 % des Bruttoinlandsprodukts); damit ergibt sich unter Berücksichtigung sonstiger Haushaltsnettoentlastungen ein Rückgang des strukturellen Defizits um 0,8 Prozentpunkte. Der finanzpolitische Kurs ist 2004 weniger restriktiv ausgerichtet. Das strukturelle Defizit wird voraussichtlich um knapp ½ Prozentpunkt gesenkt.

Die Steuereinnahmen werden in diesem Jahr um 3,4 % und im nächsten Jahr um 2,4 % expandieren. Die Mehreinnahmen entstehen zum einen, weil die auf die Systemumstellung bei der Besteuerung von Kapitalgesellschaften zurückzuführenden Sonderfaktoren entfallen, zum anderen wegen der Steuerrechtsänderungen im laufenden Jahr. Der Körperschaftsteuersatz wurde, befristet auf das Jahr 2003, um 1,5 Prozentpunkte auf 26,5 % angehoben, und die Mineralöl-, die Strom- und die Tabaksteuer wurden erhöht (Mehreinnahmen 4,6 Mrd. Euro). Außerdem sollen Steuervergünstigungen und Sonderregelungen abgebaut werden, und auch die Reform der Zinsbesteuerung führt temporär zu Mehreinnahmen. Zudem steigt progressionsbedingt das Aufkommen aus der Einkommensteuer. Im kommenden Jahr führt die zweite Stufe der Einkommensteuerreform zu Mindereinnahmen (Tabelle 3.12).

Das Beitragsaufkommen der Sozialversicherung wird im Jahre 2003 um 2,8 % zunehmen. Ausschlaggebend hierfür ist die deutliche Anhebung der Sozialabgaben: Insbesondere wurden zu Jahresbeginn in der Renten- und der Arbeitslosenversicherung die Beitragsbemessungsgrenzen erhöht, und der Beitragssatz bei der Rentenversicherung wurde um 0,4 Prozentpunkte angehoben. In der

⁶ Vgl. dazu Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2002. Hamburg 2002, S. 39.

Tabelle 3.11

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 1991 bis 2004

Anteile in %

	Staatseinnahmen ²			Staatsausgaben ²			Finanzierungs-saldo ²	Nachrichtlich: Zins-Steuer-Quote ³
	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	darunter:			
		Steuern	Sozial-beiträge		Zinsaus-ausgaben	Brutto-investitionen		
1991	44,1	22,4	17,2	47,1	2,8	2,7	-2,9	12,6
1992	45,5	22,8	17,6	48,1	3,3	2,9	-2,6	14,3
1993	46,2	22,9	18,2	49,3	3,3	2,8	-3,1	14,6
1994	46,6	22,9	18,6	49,0	3,3	2,7	-2,4	14,6
1995 ⁴	46,0	22,5	18,8	49,3	3,7	2,3	-3,3	16,3
1996	46,9	22,9	19,4	50,3	3,7	2,1	-3,4	16,0
1997	46,6	22,6	19,7	49,3	3,6	1,9	-2,7	16,1
1998	46,6	23,1	19,3	48,8	3,6	1,9	-2,2	15,6
1999	47,3	24,2	19,0	48,8	3,5	1,9	-1,5	14,4
2000 ⁵	47,0	24,6	18,6	48,4	3,4	1,8	-1,4	13,7
2001	45,5	23,0	18,5	48,3	3,3	1,7	-2,8	14,2
2002	45,0	22,6	18,4	48,6	3,2	1,6	-3,6	14,1
2003	45,5	23,0	18,7	48,9	3,2	1,6	-3,4	14,1
2004	45,1	22,9	18,4	48,0	3,3	1,5	-2,9	14,3

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

² In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

³ Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

⁴ Ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (per saldo -119,6 Mrd. Euro).

⁵ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd. Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2003 und 2004: Berechnungen und Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

Kasten 3.5

Zu den finanzpolitischen Annahmen

Im Herbst 2002 zeichnete sich ab, dass das staatliche Budgetdefizit 2002 die Marke von 3 % des Bruttoinlandsprodukts überschreiten wird. Zudem bestand das Risiko, dass es im Jahre 2003 nicht nennenswert sinken würde. Die Bundesregierung beschloss daraufhin Konsolidierungsmaßnahmen, von denen viele bereits zu Jahresbeginn 2003 in Kraft traten. Zeitgleich damit wurden weitere Neuregelungen wirksam, insbesondere die fünfte Stufe der ökologischen Steuerreform. Aus alledem resultieren im Jahre 2003 Mehreinnahmen von 14,2 Mrd. Euro. Die diskretionären Ausgabenkürzungen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung, bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und bei der Arbeitslosenhilfe addieren sich zu 5 Mrd. Euro.

Tabelle 3.12

Veränderung von Steuern und Sozialabgaben¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) durch Rechtsänderungen in Mrd. Euro

	2003	2004
Fünfte Stufe der ökologischen Steuerreform	2,8	3,1
„Fortentwicklung“ der ökologischen Steuerreform	1,4	1,4
Anhebung der Körperschaftsteuer	0,5	–
Zweite Stufe der Einkommensteuerreform	–	–6,5
Erhöhung der Tabaksteuer	0,4	0,5
Abbau von Steuervergünstigungen ²	1,0	3,0
Reform der Zinsbesteuerung ²	2,5	–1,0
Reform des Niedriglohnssektors	1,0	1,5
Erhöhung des Beitragssatzes bei der Rentenversicherung von 19,1 auf 19,5 %	3,6	3,7
Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze bei der Renten- und zur Arbeitslosenversicherung	1,6	1,6
Anstieg des durchschnittlichen Beitragssatzes bei der gesetzlichen Krankenversicherung von 14 auf 14,4 %	2,9	3,0
Insgesamt	17,7	10,3

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Altersvermögensgesetz. ² Noch nicht verabschiedet, Setzung der Institute.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen der Institute.

GD Frühjahr 2003

Wesentliche Bestandteile des Konsolidierungspakets der Bundesregierung sind aber noch nicht verabschiedet. Hierzu nehmen die Institute Folgendes an:

- Von den im Steuervergünstigungsabbaugesetz genannten Maßnahmen werden einzelne verabschiedet, insbesondere die Beschränkung der körperschaftsteuermindernden Ausschüttung von Rücklagen. Zu einer Kürzung der Eigenheimzulage und einer Einschränkung der Abschreibungsregeln für den Wohnungsbau kommt es nicht. Das Volumen der Mehreinnahmen ist hier auf 1 Mrd. Euro im Jahre 2003 und 3 Mrd. Euro im Jahre 2004 veranschlagt.
- Es kommt zu einer Reform der Zinsbesteuerung, durch die auf Zinseinkünfte unabhängig von der Besteuerung anderer Einkünfte eine Abgeltungssteuer in Höhe von 25 % erhoben wird, wobei niedrige Zinseinkünfte aufgrund eines – unveränderten – Sparerfreibetrages unbelastet bleiben. Anleger, die im Ausland erzielte Zinserträge bisher nicht deklarierten, sollen mittels einer Amnestie veranlasst werden, ihr Vermögen ins Inland zu transferieren. Dabei wird eine einmalige Steuer auf nicht besteuerte Einnahmen von 25 % (bei Rücktransfer im Jahre 2003) bzw. 35 % (bei Rücktransfer bis zum 30.6.2004) erhoben. Aus beiden Maßnahmen zusammen resultieren 2003 Mehreinnahmen von 2,5 Mrd. Euro; 2004 werden – wegen der reduzierten Steuer auf die Zinserträge – Mindereinnahmen von rund 1 Mrd. Euro erwartet.
- In der „Agenda 2010“ unterbreitete die Bundesregierung Vorschläge zum Umbau des Sozialsystems, die sich auch auf den staatlichen Finanzierungssaldo auswirken werden. Vor allem sollen die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe integriert und im Gesundheitswesen Reformmaßnahmen vorgenommen werden. Für das Jahr 2004 wurden Einsparungen von insgesamt 5 Mrd. Euro in die Prognose eingestellt.

Beschlossene und erwartete Konsolidierungsmaßnahmen führen im Jahre 2003 zu Mehreinnahmen von knapp 18 Mrd. Euro und zu Minderausgaben von 5 Mrd. Euro. Das strukturelle Budgetdefizit wird wohl in Relation zum Bruttoinlandsprodukt um $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte reduziert, womit die Zusage der Bundesregierung gegenüber dem ECOFIN-Rat annähernd eingehalten werden dürfte. Für 2004 reichen die bisher diskutierten Maßnahmen nicht aus, um die strukturelle Defizitquote – entsprechend den Empfehlungen der EU-Kommission – um 0,5 Prozentpunkte zu reduzieren; in dieser Prognose unterstellen die Institute eine Rückführung um knapp $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt.

gesetzlichen Krankenversicherung dürfte der durchschnittliche Beitragssatz im Jahre 2004 um 0,4 Prozentpunkte steigen – auch wenn kostendämpfende Maßnahmen ergriffen wurden und die Einkommensgrenze, von der an ein Wechsel von der gesetzlichen in die private Versicherung erlaubt ist, angehoben wurde. Aus alledem resultieren zusätzliche Sozialabgaben in Höhe von 8 Mrd. Euro. Die Belastung der versicherungspflichtigen Entgelte steigt von 41,3 % auf 42,1 % und erreicht einen neuen Höchstwert; ohne die hohen Zuschüsse aus dem Ökosteueraufkommen und die weitere Verringerung der Schwankungsreserve wäre die Belastung noch kräftiger gestiegen. Im kommenden Jahr wird das Beitragsaufkommen um 1,6 % zunehmen. Eine weitere Anhebung der Beitragssätze ist dabei nicht unterstellt, da im Gesundheitswesen eine umfassende Reform in Aussicht gestellt ist; hier wird ein Einsparvolumen von $2\frac{1}{2}$ Mrd. Euro zugrunde gelegt. Außerdem dürften wohl Einsparungen in der Rentenversicherung vorgenommen werden.

Zusätzliche Einnahmen resultieren aus der entfernungsabhängigen Autobahnmaut für Lastkraftwagen, die im August 2003 eingeführt werden und die zeitabhängige Vignette ersetzen soll; sie werden auf 0,7 Mrd. Euro (2003) bzw. $1\frac{1}{2}$ Mrd. Euro (2004) veranschlagt. Die Gewinnabführung der Bundesbank (2003: 5,4 Mrd. Euro) dürfte sich hingegen angesichts des niedrigen Zinsniveaus 2004 verringern.

Die Staatsausgaben werden in diesem Jahr mit 2,2 % stärker als geplant zunehmen, da die schwache Konjunktur zu erheblichen arbeitsmarktbedingten Mehrausgaben führt und die Gebietskörperschaften den Anstieg ihrer Ausgaben nicht – wie im Finanzplanungsrat beschlossen – eng begrenzen. Erst im kommenden Jahr ist – bei besserer Konjunktur und bei Intensivierung der Einsparbemühungen – mit einer deutlich schwächeren Zunahme (0,9 %) zu rechnen.

Die Personalausgaben werden im Prognosezeitraum nur moderat expandieren. Den Tarifanhebungen um 2,1 % (2003) bzw. 1,6 % (2004) steht ein weiterer Stellenabbau um jeweils 1,5 % gegenüber, der durch die tariflich vereinbarte Verlängerung der Arbeitszeit erleichtert wird. Auch bei den

Vorleistungen zeigt sich ein Sparkurs, und die sozialen Sachleistungen, die in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich gestiegen waren, werden in diesem Jahr aufgrund der Sparbeschlüsse im Gesundheitswesen weniger stark ausgeweitet. So müssen Apotheken und Arzneimittelhersteller den Krankenkassen Rabatte einräumen; gleichzeitig dürften bei Krankenhäusern und Ärzten in der Regel die Budgets nicht erhöht werden. Für 2004 sind weitere Entlastungen bei den gesetzlichen Krankenversicherungen geplant (Kasten 3.5).

Bei den monetären Sozialleistungen wird sich der Anstieg deutlich abschwächen, weil es bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu Einsparungen kommt und die Regelungen bei der Berechnung von Arbeitslosenhilfe verschärft werden. Zudem kommt es zu niedrigeren Rentenanpassungen wegen der Berücksichtigung des Altersvorsorgeanteils in der Rentenanpassungsformel. Der Subventionsabbau dürfte sich wie in den vergangenen Jahren fortsetzen. Hingegen werden die sonstigen laufenden Transfers sowohl 2003 als auch 2004 kräftig aufgestockt. Hier schlägt sich nieder, dass die BSP-Eigenmittel zur Finanzierung des Haushalts der EU erhöht werden.

Wie bereits in den Jahren zuvor werden die Sparbemühungen vor allem die öffentlichen Investitionsausgaben treffen; hier ist der politische Widerstand, den Rotstift anzusetzen, am geringsten. Zudem bleibt den Gemeinden, dem wichtigsten Investor der öffentlichen Hand, häufig nichts anderes übrig, als auf eine Verschlechterung ihrer Einnahmensituation mit einer Kürzung ihrer Investitionsausgaben zu reagieren. So sind die öffentlichen Investitionen seit Jahren rückläufig, woran auch das „Zukunftsinvestitionsprogramm“ des Bundes nur wenig zu ändern vermochte. In diesem Jahr wird der Abwärtstrend dadurch gemildert, dass in Ostdeutschland die flutgeschädigte öffentliche Infrastruktur wieder aufgebaut wird; die Mittel hierfür stammen aus dem Fonds „Aufbauhilfe“. Im kommenden Jahr, wenn dieser Sondereffekt entfällt, muss mit wieder deutlich rückläufigen Investitionsausgaben gerechnet werden. Hieran wird auch das Zinsverbilligungsprogramm der Bundesregierung nichts ändern, da die meisten Gemeinden ihre Kreditaufnahme nicht mehr ausweiten dürfen. Daher dürfte dieses Programm lediglich

dazu führen, dass ohnehin geplante Investitionsprojekte zu den günstigeren Konditionen finanziert werden. Zusätzliche kommunale Investitionsausgaben sind schon eher von der Freistellung der Kommunen von ihrem Beitrag zur Finanzierung des Fonds „Aufbauhilfe“ in Höhe von 800 Mill. Euro zu erwarten. Allerdings erwägt der Bund, seine Investitionen zeitlich zu strecken, um sein Haushaltsdefizit gering zu halten. Insgesamt werden die Investitionsausgaben in diesem Jahr leicht, im nächsten Jahr dann merklich (–4,5 %) zurückgehen. Die Zinsausgaben werden infolge des kräftig gestiegenen Budgetdefizits wieder zunehmen. Doch erlaubt das niedrige Zinsniveau erhebliche Einsparungen bei der Refinanzierung fälliger Schuldtitel.

Dies alles führt dazu, dass sich die Haushaltslage erheblich langsamer verbessern wird als von der Bundesregierung angestrebt.⁷ Ausschlaggebend hierfür ist, dass die Wirtschaft in diesem wie im nächsten Jahr deutlich schwächer wachsen wird als im Stabilitätsprogramm vom Dezember 2002 zugrunde gelegt. Das Budgetdefizit wird sich 2003 nur leicht – auf voraussichtlich 73 Mrd. Euro – verringern, so dass die Defizitquote mit 3,4 % erneut deutlich über der Obergrenze des Maastricht-

Vertrages liegen wird. Im nächsten Jahr dürften die Haushaltsfehlbeträge aufgrund der hier unterstellten Intensivierung der Einsparbemühungen und der besseren Konjunktur auf knapp 65 Mrd. Euro bzw. 2,9 % des Bruttoinlandsprodukts sinken (Tabelle 3.11). Die Schuldenquote wird in diesem Jahr auf 63,2 % und im nächsten auf 64,2 % steigen.

Die Anhebung der Beitragssätze und die Einsparmaßnahmen führen dazu, dass die Sozialversicherung sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr ein annähernd ausgeglichenes Budget aufweisen wird. Allerdings hat der kräftige Anstieg der Arbeitslosigkeit hohe arbeitsmarktbedingte Mehrausgaben zur Folge, so dass der Bund wohl zum Ausgleich der Haushaltsfehlbeträge der Bundesanstalt für Arbeit einen deutlich höheren Zuschuss als im Vorjahr (5,6 Mrd. Euro) überweisen muss. Das Ziel der Bundesregierung, den Zuschuss auf null zu begrenzen, wird auch bei Intensivierung der Einsparbemühungen bei weitem verfehlt.

⁷ Die Bundesregierung geht im Stabilitätsprogramm davon aus, dass die Defizitquote im laufenden Jahr auf 2¾ % und im kommenden auf 1½ % sinkt. Hieran hat sie festgehalten, als sie mit der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts 2003 ihre Konjunkturprognose für das laufende Jahr von 1½ % auf 1 % korrigiert hat.

4. Zur Wirtschaftspolitik

Die Konjunktur in Deutschland verharrt in einer Schwächephase, die vor drei Jahren begann. Vom Abschwung sind mehr oder weniger alle Industrieländer betroffen, und die Arbeitslosigkeit hat auch in den USA und in anderen Ländern zugenommen, deren Arbeitsmärkte gemeinhin als weniger starr gelten als der deutsche. Insofern ist der Abschwung nicht der Wirtschaftspolitik oder den institutionellen Rahmenbedingungen in Deutschland anzulasten. Allerdings nimmt auch in dieser Phase, wie schon im Durchschnitt der vergangenen Jahre, das reale Bruttoinlandsprodukt hierzulande langsamer zu als im übrigen Euroraum; noch größer ist nach wie vor der Abstand zu den USA.

Das trendmäßige Wachstum in Deutschland ist also vergleichsweise niedrig. Dies ist seit langem bekannt, und es mangelt nicht an Vorschlägen auch von den Instituten, wie dieses Problem angegangen werden sollte. Das derzeit vorhandene Bemühen um Reformen, mit denen Deutschland auf einen höheren Wachstumspfad gebracht werden soll, ist grundsätzlich zu begrüßen. Es darf aber auch dann nicht nachlassen, wenn sich die Konjunkturlage verbessert, denn die Lösung wichtiger Probleme wird dadurch nicht weniger dringlich.

Schon seit Jahren ist keine konsistente Wirtschaftspolitik erkennbar. Die Beschlüsse, die die Bundesregierung nach der Wahl im September 2002 getroffen hatte, gingen sogar in die falsche Richtung: Höhere Steuern und höhere Sozialbeiträge sind bekanntermaßen kontraproduktiv für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Wiederum zeigte sich, dass es an einem mittelfristigen Konzept fehlt. Der Schaden, der dadurch entsteht, wird deutlich, wenn man sich die Konsequenzen vor Augen führt:

1. Das trendmäßige Wachstum der Wirtschaft, das ohnehin schon auf magere 1½ % zurückgegangen ist, würde sich weiter verringern; vielfach wird eine Rate von 1 % für wahrscheinlich gehalten. In der Folge würde der Lebensstandard für weite Teile der Bevölkerung sinken.
2. Bei unveränderten Ansprüchen an die Sozialversicherung und fortbestehenden Ineffizienzen des Sozialsystems würden die Beitragssätze weiterhin kräftig steigen.
3. Bei anhaltend niedrigem Wachstum und noch vorhandenen Rigiditäten auf dem Arbeitsmarkt würde die Arbeitslosigkeit mittelfristig hoch bleiben, und eine Beschäftigungsdynamik würde sich nicht einstellen.

Diese Problemfelder sind nicht unabhängig voneinander zu sehen. So würden ein höheres Wachstum und mehr Beschäftigung die Sozialversicherung entlasten, umgekehrt führte eine Abnahme der Beitragssätze zu mehr Investitionen und Beschäftigung. Daraus wird evident, dass ein Gesamtkonzept notwendig ist, in dem alle Probleme angegangen und Rückwirkungen auf die verschiedenen Ziele berücksichtigt werden.

An guten Absichten hat es bislang kaum gefehlt. So hat die Bundesregierung in ihren Stabilitätsprogrammen immer wieder erhebliche Änderungen in der Finanzpolitik angekündigt, die allerdings nur zu einem geringen Teil umgesetzt worden sind. Auch hat die Politik immer wieder versucht, Änderungen im Konsens durchzuführen, beispielsweise dadurch, dass Kommissionen eingesetzt wurden, in denen alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen vertreten waren. Jedoch zeigt die Erfahrung etwa mit dem „Bündnis für Arbeit“, dass eine solche Strategie zum Stillstand führen kann.

Die Initiative muss von der Bundesregierung ausgehen, denn sie – und nicht Kommissionen – ist letztlich für den Kurs der Wirtschaftspolitik in Deutschland verantwortlich. Mit der angekündigten „Agenda 2010“ hat die Bundesregierung wieder das Heft in die Hand genommen. Die Maßnahmen, die sich sowohl auf die makroökonomische als auch auf die mikroökonomische Ebene beziehen, zielen in die richtige Richtung. Allerdings können sie nur ein Anfang sein. Wenn diese Agenda alles enthält, was bis zum Jahre 2010 auf den Weg gebracht werden soll, werden sich die Wachstumsbedingungen nur unwesentlich verbessern.

Grundsätzlich richtig ist der Gedanke der „Agenda 2010“, die Investitionskraft der Gemeinden zu stärken. Entscheidend hierfür ist eine Reform der Gemeindefinanzen. Das konjunkturpolitisch motivierte Programm zur Vergabe zinsverbilligter Kredite an die Kommunen verspricht indes keinen Erfolg, da diese in großem Umfang zu Mitnahmeeffekten führen.

Die vom Bundeskanzler gemachte Zusage, dass es auf jeden Fall bei den angekündigten Steuerentlastungen in den kommenden beiden Jahren bleibt, ist zu begrüßen. Es sollte darüber hinaus angekündigt werden, dass die Steuerlast nicht erhöht wird. Im Grunde wären sogar weitere Steuersenkungen notwendig, um mehr wirtschaftliche Dynamik zu erreichen. Doch war es angesichts der hohen Budgetdefizite und der weitreichenden Konsolidie-

rungserfordernisse aus heutiger Sicht wohl unrealistisch, schon für 2006 eine Steuersenkung in Aussicht zu stellen.

Nach wie vor hält die Bundesregierung an der Zusage fest, bis zum Jahre 2006 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Diese ist Grundlage des im vergangenen Dezember verabschiedeten Stabilitätsprogramms. In der „Agenda 2010“ wurde allerdings angedeutet, dass man die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts „flexibel“ interpretieren wolle. Das ist vermutlich nicht als Absage an den Pakt zu verstehen. Wenn dies vielmehr bedeutet, dass man das strukturelle (konjunkturbereinigte) und nicht das tatsächliche Defizit zur Referenz heranzieht, entspricht dies dem Konsens, der inzwischen auch auf europäischer Ebene erreicht ist: Es ist sinnvoll, das tatsächliche Defizit mit der Konjunktur schwanken zu lassen, und entsprechend sollte sich das Ziel des Budgetausgleichs auf den strukturellen Saldo beziehen. Von daher ist es auch vertretbar, dass das Budgetdefizit im laufenden Jahr ausnahmsweise höher ausfallen kann, weil die Konjunktur schwächer verläuft als im Stabilitätsprogramm unterstellt. Dass die Defizitquote in Deutschland größer sein darf als 3 %, ist ein Zugeständnis seitens der EU-Kommission, denn die Regeln des Pakts besagen eigentlich, dass Schritte einzuleiten sind, die das Defizit wieder unter die Marke von 3 % senken. Vor dem Hintergrund des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit konnte die Bundesregierung weitere Schritte seitens der EU nur dadurch verhindern, dass für das laufende Jahr Maßnahmen versprochen wurden, die die Quote des strukturellen Defizits um rund 1 Prozentpunkt vermindern. Wenn dies erreicht wird, wäre man in etwa auf dem von der Bundesregierung angekündigten Kurs. Die bislang gefundene Regelung auf europäischer Ebene sieht vor, dass Länder mit hohen Haushaltsfehlbeträgen die strukturelle Defizitquote um ½ Prozentpunkt pro Jahr reduzieren. Ausgehend von einem strukturellen Defizit von etwa 3 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2002 würde dies dazu führen, dass der Budgetausgleich im Jahre 2006 annähernd erreicht wird.

Wichtig ist es, dass nun konkrete Schritte angekündigt werden, wie das Ziel der Haushaltskonsolidierung erreicht werden soll. Angesichts der Empfehlung, die Abgabenbelastung nicht zu erhöhen, müssen die konjunkturbereinigten Ausgaben entsprechend langsamer steigen, in einigen Bereichen sogar sinken. Hier genügen nicht vage Ankündigungen, denn die Erfahrungen mit den Stabilitätsprogrammen haben gezeigt, dass letztlich der Anstieg der konjunkturbereinigten Ausgaben größer war als angekündigt. Es geht also darum, den Ausgabenpfad und die dazu gehörigen Ein-

sparmaßnahmen zu konkretisieren, die mit dem Ziel eines Budgetausgleichs vereinbar sind.

Die Institute sind sich bezüglich des Ziels des mittelfristigen Budgetausgleichs einig. Auch betonen sie, dass die Haushaltskonsolidierung über die Ausgabenseite erfolgen soll; eine Erhöhung der Abgabenlast ist nicht mit dem Ziel eines höheren Wirtschaftswachstums kompatibel. Eine Differenz besteht allerdings hinsichtlich der angemessenen Konsolidierungsstrategie (vgl. Abschnitt zur Finanzpolitik). Ein Sparkurs muss nicht, wie vielfach argumentiert, zu einer Abnahme wachstumsfördernder öffentlicher Investitionen führen; sie sollten im Gegenteil sogar erhöht werden. Vor allem geht es darum, die Investitionen in Humankapital auszuweiten. Denn die Bildung von Humankapital stellt einen entscheidenden Wachstumsfaktor dar, weil sie die Produktivität erhöht.

Das Prinzip, die Abgabenlast nicht weiter zu erhöhen, sollte in den kommenden Jahren ebenfalls für die Sozialbeiträge gelten. Dies wird auch in der „Agenda 2010“ betont. So muss die kapitalgedeckte Altersvorsorge ausgeweitet werden. Auch bei der Krankenversicherung soll nach den Plänen der Bundesregierung mehr auf Eigenvorsorge und Selbstverantwortung gesetzt werden. Grundsätzlich geht es bei den Reformen der Sozialversicherung darum, den Anstieg der Lohnnebenkosten zu stoppen. Daneben sieht die „Agenda 2010“ vor, einige beschäftigungshemmende Regelungen aufzuheben oder zumindest zu lockern. Dies betrifft den Kündigungsschutz, die Fristen für die Zahlung von Arbeitslosengeld sowie den Abbau von bürokratischen Vorschriften. Ferner soll es in Zukunft leichter werden, ein eigenes Unternehmen zu gründen. Im Bereich der Lohnpolitik soll es künftig stärker möglich sein, die Löhne an den Gegebenheiten in den Betrieben auszurichten. Überdies sollen Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zusammengelegt werden. Durch diesen Schritt wird aber kaum das eigentliche Ziel erreicht, dass mehr Personen den Weg in den ersten Arbeitsmarkt finden. Deshalb sollte man auch den zweiten Schritt tun und dafür sorgen, dass der Abstand zwischen Erwerbseinkommen und Zahlungen an arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger vergrößert wird und der Anreiz, eine Arbeit aufzunehmen, erhöht wird. Im derzeit bestehenden System wird der Sozialhilfeanspruch eines Leistungsempfängers drastisch gekürzt; der marginale Transferentzugssatz beträgt fast 100 %. Dies verringert die Anreize zur Arbeitsaufnahme gerade in dem Bereich, der von der Arbeitslosigkeit am stärksten betroffen ist; die Arbeitslosenquote im Bereich der Geringqualifizierten beträgt rund 20 %.

Die Europäische Zentralbank hat auf die Konjunkturschwäche im Euroraum reagiert und ihren Kurs in den vergangenen Monaten weiter gelockert. Gemessen an allen Maßstäben, etwa auch an der Taylor-Regel, sind die Leitzinsen auf einem niedrigen Niveau. Real gerechnet liegen sie bei etwa $\frac{1}{2}\%$; dies ist der niedrigste Stand seit Beginn der Währungsunion. Den Kurs der EZB halten die Institute für angemessen, denn die Konjunkturaussichten haben sich in jüngster Zeit weiter eingetrübt. Der „gleichgewichtige Realzins“, der in den makroökonomischen Modellen eine zentrale Rolle spielt, dürfte derzeit niedriger sein als im langjährigen Durchschnitt. Es ist sogar wahrscheinlich, dass die EZB in den kommenden Wochen die Zinsen nochmals zurücknimmt. Damit gehen von der Geldpolitik kräftige Impulse aus, so dass von daher eine Erholung der Konjunktur gefördert wird.

Derzeit überprüft die EZB ihre geldpolitische Strategie. Die Institute plädieren dafür, dass die Zwei-Säulen-Strategie grundsätzlich beibehalten wird, denn sie hat sich in den ersten Jahren der Währungsunion im Großen und Ganzen bewährt. Die Institute schlagen aber vor, dass die EZB ihr Inflationsziel präzisiert, denn die bisherige Vorgabe, einen Preisanstieg von maximal 2 % als noch mit Preisniveaustabilität vereinbar anzusehen, lässt das Ziel unnötig vage.

Zur Geldpolitik

Die Geldpolitik im Euroraum ist deutlich expansiv. Dies ist angesichts des sich abschwächenden Preisauftriebs und der eingetrübten Konjunkturaussichten angemessen. Der hohe Grad an Verunsicherung bei Konsumenten und Investoren rechtfertigt eine weitere zinspolitische Lockerung.

Die Europäische Zentralbank überprüft gegenwärtig ihre geldpolitische Strategie. Seit Beginn der Währungsunion ist es der EZB gelungen, die Inflation im Euroraum niedrig zu halten und das Vertrauen in ihre Stabilitätsorientierung zu festigen. Auch für die Zukunft wird weiter mit einem geringen Preisauftrieb gerechnet; darauf deuten die aktuellen Inflationsprognosen verschiedener Institute und Organisationen sowie die Inflationserwartungen von Finanzmarktteilnehmern hin. Insofern hat sich die Strategie der EZB bewährt.

Die EZB muss entscheiden, ob sie ihre Zwei-Säulen-Strategie beibehält, in der der Geldmenge M3 eine prominente Rolle zugewiesen wird. Dieser Teil der Strategie ist zunehmend in die Kritik geraten. So werden im akademischen Bereich derzeit überwiegend makroökonomische Modelle

verwendet, in denen die Geldmenge keine Rolle spielt; vielmehr basieren sie auf Regeln für den Zins. Ferner ist die EZB die einzige der großen Zentralbanken, die die Geldmenge als wichtig erachtet; in anderen Ländern hat sich die Geldnachfrage in den vergangenen Jahren als nachhaltig instabil erwiesen, so dass eine Orientierung an einem Geldmengenaggregat nicht mehr sinnvoll erschien. Auch im Euroraum gab es in jüngster Zeit Instabilitäten, nachdem empirische Untersuchungen für die Zeit bis zum Beginn der Währungsunion und in den ersten beiden Jahren danach einen hinreichend engen Zusammenhang mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt und dem Preisniveau gezeigt hatten. Seit Mitte 2001 allerdings wird die Indikatorfunktion der Geldmenge aufgrund der starken Portfolioumschichtungen in kurzfristige Anlagen, die Bestandteil von M3 sind und in denen sich eine große Unsicherheit an den Finanzmärkten widerspiegelt, erheblich beeinträchtigt. Dieser Tatsache hat die EZB dadurch entsprochen, dass sie die Geldmengenentwicklung eine Zeit lang relativiert und ihre Politik stärker nach anderen Kriterien ausgerichtet hat. Andernfalls hätte sie die Zinsen nicht oder nur wenig senken dürfen, denn der Referenzwert für M3 wird seit geraumer Zeit erheblich überschritten.

Die EZB gibt im Rahmen ihrer Strategie ausdrücklich nur einen Referenzwert für den Geldmengenzuwachs vor und keine Zielgröße. Eine begleitende Analyse der Geldkapital- und Kreditentwicklung sowie weiterer Finanzmarktgrößen ist vorgesehen, auch um zu überprüfen, inwieweit eine Veränderung der Geldmenge die Veränderung der nachfragewirksamen Liquidität widerspiegelt. Eine derartige Analyse kann in für die Stabilität kritischen Phasen möglicherweise besser als eine Orientierung an den Zinsen dazu beitragen, frühzeitig Inflations-, aber auch Deflationsgefahren aufzuzeigen.

Die Institute plädieren dafür, dass die EZB der Geldmenge M3 weiterhin einen hohen Stellenwert zuordnet, denn es ist gegenwärtig nicht möglich, schon auf eine anhaltende Instabilität der Geldnachfrage zu schließen. Vielmehr dürfte der mittelfristig bestätigte enge Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisniveau weiterhin bestehen. Insofern ist die Geldmenge für die mittlere Frist ein wichtiger Indikator.

Auch was die zweite Säule – die Inflationsperspektiven – betrifft, hat sich die EZB im Großen und Ganzen angemessen verhalten und dabei ihre Zinsschritte nachvollziehbar begründet und vorbereitet. Eine mangelnde Transparenz kann man der EZB keinesfalls vorwerfen. Auch hat sie bei der Entwicklung des Preisniveaus korrekterweise

unterschieden zwischen solchen Änderungen, die auf Sonderfaktoren beruhten, und solchen, die eher die mittelfristige Tendenz widerspiegeln. Dabei hat sie in jüngster Zeit eigene Prognosen veröffentlicht, was ebenfalls zu begrüßen ist, denn dadurch wurde die Transparenz bei den Entscheidungen erhöht.

Zur Strategie der EZB gehört auch die von ihr gewählte Definition von Preisstabilität. Danach strebt sie an, dass der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex für den Euroraum mittelfristig unter 2 % liegt. Mit dieser quantitativen Festlegung ist die Politik der EZB transparenter als die jener Zentralbanken, die ihre Vorstellungen von Preisstabilität nicht konkretisieren. Gleichwohl ist durch den Verzicht auf die Angabe einer Untergrenze bzw. eines präzisen Zielwertes für den Preisauftrieb nicht klar, ob die EZB eine mittelfristige Inflationsrate von 1 %, 1,5 % oder knapp unter 2 % anstrebt. Durch einen genauen Zielwert könnten Erwartungsfehler und damit einhergehende Effizienzverluste vermindert werden. Die notwendige Flexibilität für den Fall von Angebotschocks bliebe auch bei einem präzisen Zielwert gewährleistet, denn dieser würde wie bisher nur mittelfristig angestrebt werden.

Hinsichtlich der konkreten Höhe des Zielwertes empfehlen die Institute der EZB, sich an der bisherigen Quantifizierung zu orientieren. Dabei sollte das Inflationsziel nicht zu niedrig gesetzt werden, weil dann jedes Realzinsniveau mit einem nur geringfügig höheren Nominalzins verbunden wäre. Damit vergrößerte sich die bei niedrigen Inflationsraten grundsätzlich drohende Gefahr, dass die Geldpolitik ihr wichtigstes Instrument verliert, da der Nominalzins bereits seine Untergrenze von null erreicht hat und daher nicht weiter gesenkt werden kann. Außerdem ergäbe sich bei einer zu niedrigen Zielinflationsrate in EWU-Ländern mit strukturell unterdurchschnittlichem Preisauftrieb die Gefahr von deflationären Tendenzen. Umgekehrt könnte ein deutlich höheres Ziel die allokativen Funktion des Preissystems beeinträchtigen.

Die EZB sollte entsprechend ankündigen, welche Inflationsrate sie mittelfristig anstrebt. Aufgrund der bisherigen Überlegungen kann sie sich zwischen 1,5 % und 2 % entscheiden.⁸ Für das Ziel von 2 % spricht, dass damit beispielsweise kurzfristig eine größere Flexibilität bei den Reallohnen möglich wäre, die sich stabilisierend auf die Beschäftigung auswirken würde. Allerdings könnte davon ein negatives Signal ausgehen, wenn als einzige Änderung bzw. Präzisierung der geldpolitischen Strategie ein höheres Inflationsziel als bisher angekündigt würde; dies spräche für eine Rate von 1,5 %.

In der aktuellen Lage rufen Schwierigkeiten im Bankensektor Befürchtungen hervor, dass der Transmissionsmechanismus geldpolitischer Impulse gestört sei. Beispielsweise hat sich die Vergabe der Buchkredite an Unternehmen und Privatpersonen im Euroraum seit geraumer Zeit abgeschwächt. Die Kredite haben allerdings kaum geringer zugenommen als im Durchschnitt des vergangenen Konjunkturzyklus. In realer Rechnung sind die Zuwachsraten von ihrem Tiefstand im November sogar wieder leicht gestiegen; der Dreimonatsdurchschnitt des saisonbereinigten Vormonatsvergleichs lag annualisiert im Februar 2003 bei 2,2 % nach 1,6 % im November 2002. Dies bestätigt die Analyse der Institute vom vergangenen Herbst, dass es keine eindeutigen Anzeichen für eine Kreditklemme im Euroraum gibt.

In Deutschland liegen die Zuwachsraten bei der realen Buchkreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte dagegen deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt, seit Anfang des vergangenen Jahres sinken die Kredite sogar. Auch passen sich Kontokorrentkreditzinsen nur sehr zögerlich Leitzinssenkungen an.

Nachfrageseitig können die Unterschiede der Kreditentwicklung zwischen Deutschland und dem Euroraum insgesamt auf die schwächere Konjunktur in Deutschland zurückgeführt werden. Dies würde dafür sprechen, dass die Kreditvergabe im Zuge der konjunkturellen Erholung rasch wieder ausgeweitet wird. Auf eine angebotsseitige Verknappung der Kreditvergabe könnte der Kursrückgang an den Aktienmärkten hindeuten, der in Deutschland ausgeprägter war als im übrigen Euroraum. Der Aktienkurseinbruch könnte ein Ungleichgewicht in der Bilanzstruktur der Banken bewirkt haben, was diese zu einer Einschränkung der Kreditvergabe veranlasste. Hierfür spricht, dass insbesondere Großbanken ihr Kreditvolumen zurückgeführt haben. Einfluss auf die Verringerung der Kreditvergabe dürfte aber auch das durch die Kursrückgänge verminderte Volumen an Sicherheiten für Bankkredite gehabt haben.

⁸ Das ifo Institut hält die von der Mehrheit der Institute empfohlenen mittelfristigen Inflationsziele von 1,5 % bzw. 2 % für zu niedrig. Bei derart niedrigen Zielinflationsraten droht EWU-Ländern mit – aufgrund des Balassa-Samuelson-Effekts – strukturell unterdurchschnittlichem Preisauftrieb die Gefahr deflationärer Tendenzen. Diese Überlegung ist für Deutschland besonders bedeutsam, denn hier gibt es bereits jetzt bei dem bisherigen mittelfristigen EZB-Ziel von unter 2 % die niedrigsten Inflationsraten im Euroraum. Es kommt hinzu, dass es bei asymmetrischen negativen Schocks wünschenswert sein kann, in hiervon betroffenen Ländern die Reallohne rasch zu senken. Dies ließe sich leichter realisieren, wenn die EZB mittelfristig ein höheres Inflationsziel als von der Mehrheit der Institute empfohlen anstreben würde. Ansonsten wäre eine derartige reale Abwertung nur sehr langsam erreichbar, da es gegen Nominallohnsenkungen prohibitive Widerstände gibt. Das ifo Institut empfiehlt aus diesen Gründen, das mittelfristige Inflationsziel auf 2,5 % zu setzen.

Die historisch hohen Spreads zwischen Industrie- und öffentlichen Anleihen deuten allerdings nicht zwangsläufig auf eine erhöhte Risikoprämie bei der Fremdkapitalvergabe hin. Da das Nettoemissionsvolumen bei den Industriefinanzen im gleichen Zeitraum sehr deutlich zugenommen hat, ist ein Teil der Renditedifferenz wohl auch auf die erhöhte Nachfrage am Kapitalmarkt zurückzuführen.⁹ Zudem haben die langfristigen Kreditzinsen wie üblich auf Leitzinssenkungen reagiert.

Insgesamt finden sich derzeit zwar keine eindeutigen Indizien für eine Kreditklemme in Deutschland. Aber in der gegenwärtigen Situation ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen. Eine Fortsetzung der konjunkturellen Schwächephase, gekoppelt mit hohen Insolvenzzahlen und nochmaligen kräftigen Aktienkursrückgängen, könnte Auslöser für eine derartige Angebotsbeschränkung sein.

Zur Lohn- und Arbeitsmarktpolitik

Die Lohnentwicklung war im vergangenen Jahr insgesamt gesehen moderater, als sie nach den ersten, zum Teil recht hohen Tarifabschlüssen zu erwarten war. Die Tariflöhne stiegen im Jahresdurchschnitt um 2,6 % und damit etwa im Ausmaß der Rate, die sich aus dem trendmäßigen Produktivitätswachstum und einem Inflationszuschlag ergibt und nach Auffassung der Institute langfristig als Orientierung der Lohnpolitik dienen sollte.

Angesichts der Konjunkturschwäche wurden die tariflich vereinbarten Lohnsteigerungen auf betrieblicher Ebene vielfach nicht vollständig umgesetzt. Die Effektivlöhne, also die Löhne und Gehälter je Arbeitnehmerstunde, stiegen 2002 nur um 1,8 %; das war deutlich weniger als in den beiden Vorjahren. Zum Teil ist dies in den Tarifverträgen angelegt; sie enthalten inzwischen oftmals Klauseln, die flexiblere Lohnzahlungen erlauben, indem sie z. B. die Höhe des Weihnachtsgeldes von der wirtschaftlichen Lage des einzelnen Unternehmens abhängig machen. Dieser Spielraum wurde angesichts der Konjunkturschwäche offenbar verstärkt genutzt. Zum Teil kommt in der schwächeren Effektivlohnentwicklung aber auch zum Ausdruck, dass zahlreiche Unternehmen – insbesondere in Ostdeutschland – aus den Arbeitgeberverbänden ausgetreten und für sie die Tarifverträge nicht bindend sind. Die spürbare Abweichung der Effektiv- von den Tarifverdiensten macht deutlich, dass „nachholende“ Lohnforderungen nicht unbedingt zur intendierten Steigerung der Kaufkraft der Arbeitnehmer führen.

Für die Lohnzuwächse in diesem Jahr sind wichtige Weichenstellungen bereits erfolgt. Die Laufzeit zahlreicher Abschlüsse vom vergangenen Jahr reicht weit bis in das Jahr 2004, in einigen Fällen – wie im öffentlichen Dienst – sogar bis in das Jahr 2005. Die bereits vereinbarten Lohnanhebungen dürften auch als Richtschnur für die noch anstehenden Verhandlungen dienen und lassen darauf schließen, dass die Tariflöhne in diesem Jahr in ähnlichem Maße steigen wie im vergangenen; 2004 werden sie sich etwas weniger erhöhen. Die Effektivlöhne dürften angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt in diesem Jahr etwas schwächer zunehmen als die Tariflöhne. Die Differenz wird mit besserer Konjunktur etwas geringer werden.

Entscheidend für die Beschäftigungswirkungen sind zudem nicht allein die Löhne und Gehälter, sondern die gesamten Arbeitskosten unter Einschluss der Lohnnebenkosten. Letztere stiegen in Deutschland im Durchschnitt der vergangenen Jahre rascher als die Bruttolöhne und -gehälter. Dies setzt sich mit der Anhebung der Beiträge zur Renten- und Krankenversicherung auch in diesem Jahr fort. In der „Agenda 2010“ hat die Bundesregierung allerdings Maßnahmen zur Reduzierung der Lohnnebenkosten angekündigt.

Eine deutliche Verringerung der Arbeitslosigkeit verspricht sich die Bundesregierung von der Reform des Arbeitsmarktes. Sie hat begonnen, die dazu unterbreiteten Vorschläge der Hartz-Kommission umzusetzen. Viele der beschlossenen oder vorgesehenen Maßnahmen zielen nach Auffassung der Institute in die richtige Richtung; sie dürften insbesondere die Effizienz der Arbeitsmarktpolitik erhöhen. Kurzfristig werden die Reformen allerdings nur geringe Erfolge auf dem Arbeitsmarkt zeitigen. Die Bundesregierung beziffert die mögliche Entlastung des Arbeitsmarktes in diesem Jahr auf 100 000 bis 120 000 Personen. Im Bericht der Hartz-Kommission war noch von bis zu 2 Mill. Arbeitslosen die Rede, die binnen drei Jahren in den Arbeitsmarkt integriert werden könnten. Die Erfahrungen mit dem Job-AQTIV-Gesetz, das Anfang 2002 in Kraft trat und dessen Instrumente bisher kaum in Anspruch genommen wurden, wie auch die bislang geringe Inanspruchnahme des bereits im November 2002 eingeführten Job-Floaters bestätigen die Institute in ihrer Auffassung, dass die Reformen in diesem Jahr nur geringe Wirkung zeigen werden. Zudem sind die Maßnahmen mit erheblichen Mitnahme- und Verdrängungseffekten verbunden, und die Neurege-

⁹ Die Tatsache, dass es praktisch keinen Unterschied zwischen den Renditen der Anleihen von Banken und vom Bund gibt, spricht dafür, dass an den Kapitalmärkten das Risiko einer Bankenkrise als gering eingestuft wird.

lung geht mit einem Abbau herkömmlicher Instrumente der Arbeitsmarktpolitik einher. Hinzu kommt, dass von der Förderung des Niedriglohnssektors nur geringe Anreize für Arbeitslose ausgehen, eine reguläre Tätigkeit aufzunehmen. Nutznießer der Anhebung der Verdienstgrenze für eine geringfügige Beschäftigung auf 400 Euro dürften in erster Linie Arbeitnehmer sein, die eine Nebentätigkeit aufnehmen – sie fallen jetzt wieder unter diese Regelung –, sowie „Zweitverdiener“, die bisher zur Stillen Reserve zählten. Im erweiterten Niedriglohnsektor (bis 800 Euro Monatseinkommen) ist schon wegen der hohen Grenzsteuerbelastung der Anreiz zur Arbeitsaufnahme gering.

Alles in allem werden die Wirkungen der Reform der Arbeitsmarktpolitik per saldo in diesem und im nächsten Jahr gering sein. Auch wird sich erst bei besserer Konjunktur zeigen, in welchem Maße durch sie die Beschäftigungsschwelle gesenkt wird. Unverändert gilt aber, dass die Hauptursache der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland in einer zu geringen Wachstumsdynamik, in wenig beschäftigungsfreundlichen Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt, aber auch in Qualifikationsmängeln beim Arbeitsangebot liegt. Wie Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern zeigen, können Job-Center einen wesentlichen Beitrag leisten, die Weiterbildung effizienter zu gestalten. Allerdings ist mit deren Einrichtung frühestens 2004 zu rechnen.

Um die Regulierung des Arbeitsmarktes beschäftigungsfreundlicher zu gestalten, plant die Bundesregierung in der „Agenda 2010“, den Kündigungsschutz bei Kleinbetrieben mit mehr als fünf Beschäftigten zu lockern, wahlweise Abfindungsregeln einzuführen und die starren Kriterien der Sozialaushwahl flexibler zu gestalten. Die Institute begrüßen diese Vorschläge, da es für Unternehmen kalkulierbarer wird, zu welchen Bedingungen Arbeitsverhältnisse auch wieder beendet werden können.

Zur Finanzpolitik

Angeichts der anhaltenden Konjunktur- und Wachstumsschwäche und der damit einhergehenden hohen Haushaltsfehlbeträge befindet sich die Finanzpolitik nach wie vor in einer schwierigen Lage. Deren Ende ist auch nach der vorliegenden Prognose der Institute nicht absehbar. Die Budgetdefizite werden sich im Prognosezeitraum zwar verringern, sie werden jedoch erheblich höher sein als von der Bundesregierung angestrebt. Hierfür ist ausschlaggebend, dass die Wirtschaft sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr deutlich schwächer wachsen wird als im Stabilitätsprogramm zugrunde gelegt (Tabelle 4.1). Außerdem bleiben die Einsparungen hinter den ursprünglichen Ankündi-

gungen zurück. Der bis zum Jahre 2006 angestrebte Haushaltsausgleich ist nicht gesichert. Zum einen erscheint der von der Bundesregierung unterstellte Wachstumspfad von 2¼ % als optimistisch. Zum anderen ist, ausgehend von der vorliegenden Prognose, ein Defizitabbau bis 2006 bei dem geplanten Verzicht auf weitere Abgabenerhöhungen nur erreichbar, wenn der ambitionierte Plan, die Staatsquote in den kommenden vier Jahren um 4 Prozentpunkte auf 44½ % zurückzuführen, auch tatsächlich verwirklicht würde. Die Ausgaben müssten 2005 und 2006 um rund ½ % pro Jahr sinken, wenn das nominale Bruttoinlandsprodukt um durchschnittlich 3,5 % zunähme.

Vor diesem schwierigen Hintergrund hat die Finanzpolitik zu keinem Zeitpunkt überzeugend zu erkennen gegeben, wie sie Glaubwürdigkeit zurückgewinnen könnte. Das hat schon für sich genommen schädliche Konsequenzen: Verunsicherte Investoren und Konsumenten agieren zurückhaltend und belasten damit die wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich.

Es besteht daher die dringende Notwendigkeit, das finanzpolitische Vorgehen zu überdenken. Die Institute stimmen dahin gehend überein, dass am Ziel der Haushaltskonsolidierung – und zwar über die Ausgabenseite – festgehalten werden muss. Sie sind sich auch darüber einig, dass dies nicht nur ohne eine höhere Steuerbelastung von Haushalten und Unternehmen angestrebt werden soll, sondern dass die geplanten Steuersenkungen auch in vollem Umfang umgesetzt werden müssen. Fehleinschätzungen der finanziellen Auswirkungen von Steuerrechtsänderungen wie bei der Körperschaftsteuer sind – wie derzeit beim Steuervergünstigungsabbaugesetz geplant – allerdings auf der Einnahmenseite zu korrigieren. Flankiert werden muss eine solche Strategie nach Meinung aller Institute durch eine Reform der Systeme der sozialen Sicherung, die deren Effizienz steigert und damit eine Reduzierung der Sozialbeiträge erlaubt sowie deren absehbaren weiteren Anstieg dämpft.

Die Institute sind unterschiedlicher Meinung über den Weg, auf dem die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte glaubwürdig erreicht werden kann. Die Mehrheit der Institute hält es aus Gründen der Glaubwürdigkeit für unerlässlich, dass an dem im Rahmen des Stabilitätsprogramms der Bundesregierung festgelegten Ziel festgehalten wird, das strukturelle Defizit zurückzuführen und 2006 auf nahezu null zu bringen.¹⁰ Das DIW Berlin und das IWH schlagen hingegen vor, dass die

¹⁰ Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute: Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2002. Hamburg 2002, S. 52 ff.

Tabelle 4.1

Finanzwirtschaftliche Planungen der Bundesregierung

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Szenarien der Stabilitätsprogramme						
Wachstum des realen BIP ¹						
– Stabilitätsprogramm 2000	2¾	2½	2½	2½	–	–
– Stabilitätsprogramm 2001	¾	1¼	2½	2½	2½	–
– Stabilitätsprogramm 2002	0,6	½	1½	2¼	2¼	2¼
Defizitquote ²						
– Stabilitätsprogramm 2000	–1½	–1	–½	0	–	–
– Stabilitätsprogramm 2001	–2½	–2	–1	–0	–0	–
– Stabilitätsprogramm 2002	–2,8	–3¾	–2¾	–1½	–1	0
Strukturelle Defizitquote						
– Stabilitätsprogramm 2002	–2¾	–3	–2	–1	–1	–½
Staatsquote ³						
– Stabilitätsprogramm 2000	46½	45½	44½	44	–	–
– Stabilitätsprogramm 2001	48	48	46½	45½	44½	–
– Stabilitätsprogramm 2002	48,3	48½	48	46½	45½	44½
Abgabenquote ⁴						
– Stabilitätsprogramm 2000	41	41	40½	40½	–	–
– Stabilitätsprogramm 2001	41½	42	42	41½	41	–
– Stabilitätsprogramm 2002	41,5	41	41½	41½	41	41
Risikoszenario⁵ des Stabilitätsprogramms 2002						
Wachstum des realen BIP ¹	0,6	0,2	1½	2	2	2
Defizitquote ²	–2,8	–3¾	–2¾	–1½	–1	–½
Mittelfristige Finanzplanung						
Wachstum des realen BIP ¹	0,6	¾	2½	2½	2½	2½
Jahreswirtschaftsbericht 2003						
Wachstum des realen BIP ¹	0,6	0,2	1	–	–	–
<i>Nachrichtlich:</i>						
Gemeinschaftsdiagnose im Frühjahr 2003						
Wachstum des realen BIP ¹	0,6	0,2	0,5	1,8	–	–
Defizitquote ²	–2,8	–3,6	–3,4	–2,9	–	–
Staatsquote ³	48,3	48,6	48,9	48,0	–	–
Abgabenquote ⁴	41,5	41,0	41,7	41,4	–	–

1 In Preisen von 1995; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.**2** Budgetdefizit in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts.**3** Staatsausgaben in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts.**4** Steuern und Sozialabgaben in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts.**5** Szenario mit niedrigeren Wachstumsannahmen.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose der Institute.

GD Frühjahr 2003

Konsolidierungsstrategie auf einen a priori festgelegten Ausgabenpfad für die konjunkturunabhängigen Ausgaben – ohne Bezug zu Zielen für das strukturelle Defizit – umorientiert wird, dessen Verlauf auf eine Rückführung des Haushaltsdefizits ausgerichtet ist.¹¹ Zu beiden Strategien gehört, dass konjunkturbedingte Veränderungen der Defizite hingenommen werden.

Bei beiden Vorgehensweisen zieht sich der Staat in der Tendenz von wirtschaftlicher Aktivität zurück, und die Staatsquote sinkt. Dies eröffnet mehr Spielraum für private Aktivitäten, aus dem auch Effizienzgewinne entstehen. Dieses Ziel ist auch in den „Grundzügen für die Wirtschaftspolitik“ der EU-Kommission formuliert und von allen Regierungen akzeptiert.

Im Rahmen eines Konsolidierungsprogramms ist es weder erforderlich noch wünschenswert, dass alle Ausgaben im selben Maße begrenzt werden. Empirische Studien belegen, dass Konsolidierungsstrategien am ehesten erfolgreich sind, wenn sie bei den konsumtiven Staatsausgaben ansetzen. Genau dies sehen auch die „Grundzüge“ vor. Sie empfehlen nämlich, bei der Verringerung des Staatsanteils von konsumtiven zu investiven Ausgaben umzuschichten. Andernfalls wären auch die investiven Ausgaben negativ von einer Konsolidierungsstrategie betroffen, was zulasten des Potentialwachstums ginge. Daher ist es geboten, im Rahmen einer qualitativen Konsolidierung die

11 Vgl. ebenda, S. 56 f.

Prioritäten auf der Ausgabenseite neu festzulegen. Die Einsparungen sind in erster Linie bei den konsumtiven Ausgaben, insbesondere bei Transfers und Personalausgaben des Staates vorzunehmen. Die Ausgaben für Infrastruktur sowie für Forschung und Bildung, die die Wachstumskräfte stärken, sollten dagegen deutlich ausgeweitet werden.

In den vergangenen Jahren sind die öffentlichen Investitionen in Deutschland gesunken. Hier ist ein Kurswechsel dringend geboten. Derzeit stehen vor allem die Kommunen in Deutschland vor dem Problem, dass sie nicht in genügendem Umfang investieren können. Die Sicherung ihrer Investitionsfähigkeit setzt eine Reform der Gemeindefinanzen voraus. Im Kern geht es darum, die Finanzkraft der Gemeinden zu stärken, indem ihre Steuerkraft erhöht wird; zugleich geht es auch darum, das kommunale Steueraufkommen weniger konjunkturanfällig zu gestalten. Schnell realisierbar wäre ein höherer Anteil der Gemeinden an der Mehrwertsteuer. Von Nutzen wäre auch eine größere Steuerautonomie der Kommunen, die z. B. in dem Recht bestehen könnte, einen Zuschlag zur Einkommensteuer zu erheben. Auch eine Verringerung der Sozialhilfelasten, die durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe entstehen könnte, böte sich an. Damit würden die konjunkturellen Haushaltsbelastungen stärker in Richtung Bund verlagert.

Um die Konsolidierung des Staatshaushalts erfolgreich durchführen zu können, ist auch eine Reform der Systeme der sozialen Sicherung erforderlich. Auf die angespannte Finanzlage der Sozialversicherung hat die Bundesregierung in diesem Jahr bislang nur mit kurzatmigem Aktionismus reagiert: So wurden neben der erheblichen Anhebung der Sozialabgaben ein Beitragsstopp in der gesetzlichen Krankenversicherung angeordnet und in der Rentenversicherung die ohnehin niedrige Schwankungsreserve abermals gesenkt. Auf der Ausgabenseite wurden insbesondere im Gesundheitswesen nur graduelle Veränderungen vorgenommen. Um die Ausgabendynamik der sozialen Sicherungssysteme nachhaltig zu begrenzen, reichen die Sparmaßnahmen nicht aus. Damit bleibt der Druck, die Zuschüsse an die Sozialversicherung aufzustocken oder die Sozialbeiträge und damit die Lohnnebenkosten weiter zu erhöhen.

Im Mittelpunkt der Reformbemühungen sollte eine Steigerung der Effizienz der sozialen Sicherung stehen, nicht aber die Beschneidung von Leistungen. Offenkundige Effizienzreserven bestehen im Gesundheitssystem. Laut „Agenda 2010“ ist vorgesehen, mit der Ausgliederung von Leistungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung die Krankenkassenbeiträge spürbar auf 13 % der ver-

sicherungspflichtigen Entgelte zu senken. Soweit durch solche Reformen Ineffizienzen im System beseitigt oder versicherungsfremde Leistungen, die – wie das Mutterschaftsgeld – im gesamtstaatlichen Interesse sind, nicht mehr durch Sozialbeiträge, sondern durch Steuern finanziert werden, begrüßen die Institute diese Reformen. Sie sehen durchaus auch Möglichkeiten, bestimmte Leistungen aus der gesetzlichen Krankenversicherung auszugliedern und in eine private Versicherung zu überführen. Die Frage ist, ob dies – wie von der Bundesregierung beabsichtigt – beim Krankengeld angeraten ist. Stellt man die Versicherung gegen die „großen“ Lebensrisiken in das Belieben der einzelnen Arbeitnehmer, so ist – ganz abgesehen von Übergangsproblemen – die Gefahr einer Unterversicherung groß, so dass das Risiko letztlich wieder vom Staat zu tragen wäre, etwa durch Sozialhilfeleistungen an jene Arbeitnehmer, die nicht für einen ausreichenden Versicherungsschutz gesorgt haben. Auch dürfte es insbesondere Beziehern niedriger Einkommen schwer fallen, die Mittel für einen ausreichenden Versicherungsschutz aufzubringen; hier müsste dann wieder der Staat einspringen.

Vor allem mangelnder Wettbewerb hat bislang in vielen Bereichen zu beträchtlichen Monopolrenten geführt, deren Abbau kostensenkend wirken würde, ohne dass es zu Leistungseinschränkungen kommt. Hier sind vor allem Institutionen wie die Kassenärztliche Vereinigung, bei der eine Zwangsmitgliedschaft für Ärzte besteht und die eine Monopolstellung bei der Aushandlung von Honoraren innehat, und auch die pharmazeutische Industrie, die sich in bestimmten Marktsegmenten kaum Wettbewerb ausgesetzt sieht, zu nennen. Einsparungen sind überall dort angezeigt, wo durch entsprechende Anreize eine effizientere Mittelverwendung erreicht werden kann. Wo dies nicht möglich ist, z. B. bei chronisch Kranken, sollten Einschnitte unterbleiben – und dies nicht nur aus sozialen Erwägungen heraus, sondern auch deshalb, weil die Krankenversicherung das finanzielle Risiko nicht zu verhindernder schwerwiegender Krankheiten absichern soll.

Auch bei der Rentenversicherung sind Effizienzsteigerungen durch Abbau falscher Anreize möglich. So ist es wenig einsichtig, dass derzeit ein früherer Rentenbeginn nicht mit den gebotenen versicherungsmathematischen Abschlägen bei der Berechnung der Rente verbunden ist. Dies schafft einen klaren Anreiz zur frühen Verrentung und führt damit zu erhöhten Ausgaben und zu geringeren Einnahmen.

Ähnliche Betrachtungen zur Effizienzsteigerung lassen sich auch für die Arbeitslosenversicherung

durchführen. Von erheblicher Bedeutung ist hier, dass eine systematische Überprüfung erfolgt, die am Ende zu verstärkten Anreizen zur Arbeitsaufnahme führt. Insbesondere ist dabei zu vermeiden, dass die Kombination aus Belastungen durch Steuern und Abgaben einerseits sowie dem Wegfall von Transfers andererseits eine Arbeitsaufnahme unattraktiv macht.

Bei der geplanten Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ist zu begrüßen, dass mit

der Integration auch für derzeitige Sozialhilfeempfänger die Vermittlung in den Arbeitsprozess in den Mittelpunkt staatlicher Bemühungen rückt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass eine vollständige Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf das Sozialhilfeniveau zu einer Einkommensverschlechterung bei Langzeitarbeitslosen führt. Auf welches Niveau die Arbeitslosenhilfe gesenkt werden soll, ist allerdings eine Frage, die vor dem Hintergrund des gesellschaftlich tolerierten Einkommensgefälles beantwortet werden muss.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2003 und 2004

	2002	2003	2004	2003		2004	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	-0,6	-1,0	0,0	-1,2	-0,8	-0,1	0,2
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-0,4	-0,3	-1,1	0,0	-0,6	-0,8	-1,5
Arbeitstage	0,0	0,1	1,2	-0,2	0,4	0,8	1,7
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	-1,0	-1,2	0,1	-1,4	-1,0	-0,2	0,4
Produktivität¹	1,2	1,7	1,7	1,8	1,5	1,9	1,6
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	0,2	0,5	1,8	0,4	0,5	1,7	2,0
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd. Euro							
Konsumausgaben	1 644,7	1 675,5	1 713,4	814,4	861,2	832,4	881,1
Private Haushalte²	1 241,9	1 265,6	1 300,0	617,6	648,0	634,4	665,6
Staat	402,8	409,9	413,4	196,7	213,2	198,0	215,5
Anlageinvestitionen	387,8	388,0	397,3	184,3	203,7	189,1	208,2
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	175,0	178,2	188,5	84,1	94,1	88,7	99,7
Bauten	212,8	209,8	208,8	100,2	109,6	100,4	108,5
Vorratsveränderungen³	-7,3	-4,6	-0,9	6,7	-11,3	8,4	-9,3
Inländische Verwendung	2 025,2	2 058,9	2 109,8	1 005,3	1 053,6	1 029,9	1 080,0
Außenbeitrag	83,0	81,4	91,2	42,2	39,2	46,3	44,9
Exporte	748,3	773,9	835,2	379,6	394,2	404,4	430,8
Importe	665,2	692,5	744,0	337,5	355,0	358,2	385,9
Bruttoinlandsprodukt	2 108,2	2 140,3	2 201,0	1 047,5	1 092,8	1 076,1	1 124,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	1,2	1,9	2,3	1,8	1,9	2,2	2,3
Private Haushalte²	0,8	1,9	2,7	1,8	2,0	2,7	2,7
Staat	2,4	1,8	0,9	2,0	1,6	0,6	1,1
Anlageinvestitionen	-6,9	0,1	2,4	-1,7	1,7	2,6	2,2
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7,9	1,8	5,8	-0,4	3,8	5,5	6,0
Bauten	-6,0	-1,4	-0,5	-2,7	-0,1	0,2	-1,0
Inländische Verwendung	-0,4	1,7	2,5	1,4	1,9	2,4	2,5
Exporte	2,9	3,4	7,9	4,1	2,8	6,5	9,3
Importe	-3,4	4,1	7,4	4,4	3,8	6,1	8,7
Bruttoinlandsprodukt	1,8	1,5	2,8	1,4	1,6	2,7	2,9
3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995							
a) Mrd. Euro							
Konsumausgaben	1 512,9	1 522,8	1 540,6	747,2	775,6	755,6	785,0
Private Haushalte²	1 124,3	1 131,1	1 148,1	553,4	577,7	561,7	586,4
Staat	388,5	391,7	392,5	193,8	197,9	193,9	198,6
Anlageinvestitionen	391,3	391,2	398,6	186,3	204,9	189,9	208,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	177,0	180,3	189,5	85,5	94,9	89,3	100,2
Bauten	214,3	210,9	209,1	100,8	110,1	100,6	108,5
Vorratsveränderungen³	-13,9	-11,1	-7,3	0,7	-11,8	2,5	-9,8
Inländische Verwendung	1 890,3	1 902,8	1 931,9	934,1	968,7	948,0	983,9
Außenbeitrag	94,0	90,6	98,2	46,8	43,8	49,5	48,7
Exporte	713,8	734,9	781,5	362,0	373,0	380,4	401,2
Importe	619,8	644,4	683,4	315,1	329,2	330,9	352,5
Bruttoinlandsprodukt	1 984,3	1 993,4	2 030,1	980,9	1 012,5	997,5	1 032,6
Nachrichtlich: Bruttonationaleinkommen	1 976,5	1 986,9	2 023,3	975,5	1 011,4	992,1	1 031,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	-0,1	0,7	1,2	0,7	0,7	1,1	1,2
Private Haushalte²	-0,6	0,6	1,5	0,6	0,6	1,5	1,5
Staat	1,5	0,8	0,2	0,8	0,8	0,1	0,4
Anlageinvestitionen	-6,7	0,0	1,9	-1,1	1,0	2,0	1,8
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7,7	1,9	5,1	0,8	2,9	4,5	5,6
Bauten	-5,9	-1,6	-0,8	-2,7	-0,6	-0,2	-1,4
Inländische Verwendung	-1,5	0,7	1,5	0,6	0,8	1,5	1,6
Exporte	2,6	3,0	6,3	4,0	1,9	5,1	7,6
Importe	-2,1	4,0	6,1	5,1	2,9	5,0	7,1
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,5	1,8	0,4	0,5	1,7	2,0
Nachrichtlich: Bruttonationaleinkommen	0,5	0,5	1,8	0,8	0,3	1,7	2,0

noch: **Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**

Vorausschätzung für die Jahre 2003 und 2004

	2002	2003	2004	2003		2004	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995 = 100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Private Konsumausgaben ²	1,4	1,3	1,2	1,2	1,4	1,2	1,2
Konsumausgaben des Staates	0,8	1,0	0,6	1,2	0,8	0,6	0,7
Anlageinvestitionen	-0,1	0,1	0,5	-0,6	0,7	0,6	0,4
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,2	-0,1	0,7	-1,2	0,9	1,0	0,4
Bauten	-0,1	0,2	0,4	0,0	0,5	0,4	0,3
Exporte	0,3	0,4	1,5	0,0	0,8	1,4	1,6
Importe	-1,3	0,1	1,3	-0,6	0,9	1,1	1,5
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,1	1,0	1,0	1,1	1,0	0,9
5. Einkommensentstehung und -verteilung							
a) Mrd. Euro							
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1 581,8	1 608,6	1 652,0	788,5	820,1	809,9	842,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	218,6	224,8	228,9	107,4	117,4	109,0	119,9
Bruttolöhne und -gehälter	911,5	921,2	941,1	432,8	488,4	441,0	500,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	451,8	462,7	482,0	248,3	214,4	259,8	222,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	198,8	199,2	208,0	91,0	108,2	94,4	113,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1 780,6	1 807,8	1 860,0	879,5	928,3	904,3	955,7
Abschreibungen	318,5	325,0	333,5	162,0	163,0	166,0	167,5
Bruttonationaleinkommen	2 099,1	2 132,8	2 193,5	1 041,5	1 091,3	1 070,3	1 123,2
Nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1 562,0	1 582,2	1 626,2	768,6	813,6	787,9	838,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	432,0	436,3	456,2	228,4	207,9	237,9	218,3
Arbeitnehmerentgelt	1 130,0	1 145,9	1 170,0	540,2	605,7	550,1	620,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	-0,1	1,7	2,7	1,5	1,9	2,7	2,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,3	2,8	1,9	2,4	3,2	1,5	2,2
Bruttolöhne und -gehälter	0,8	1,1	2,2	0,8	1,3	1,9	2,4
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,5	2,2	2,2	2,2	2,2	2,1	2,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	-2,3	2,4	4,2	2,3	2,6	4,6	3,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	23,5	0,2	4,4	4,7	-3,2	3,7	5,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,1	1,5	2,9	1,8	1,3	2,8	3,0
Abschreibungen	2,1	2,0	2,6	1,8	2,3	2,5	2,8
Bruttonationaleinkommen	2,1	1,6	2,8	1,8	1,4	2,8	2,9
Nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2,0	1,3	2,8	1,4	1,2	2,5	3,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	5,1	1,0	4,6	2,1	-0,3	4,2	5,0
Arbeitnehmerentgelt	0,9	1,4	2,1	1,1	1,7	1,8	2,4
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²							
a) Mrd. Euro							
Masseneinkommen	959,0	968,9	990,1	462,8	506,2	473,0	517,1
Nettolöhne und -gehälter	594,2	595,2	612,6	277,8	317,3	285,1	327,5
Monetäre Sozialleistungen	438,6	450,3	455,0	222,5	227,8	225,9	229,1
Abgaben auf monetäre Sozialleistungen ⁴	73,8	76,5	77,5	37,5	39,0	38,0	39,5
Übrige Primäreinkommen ⁵	451,8	462,7	482,0	248,3	214,4	259,8	222,2
Sonstige Transfers ⁶	-41,6	-39,5	-44,5	-20,0	-19,5	-22,0	-22,5
Verfügbares Einkommen	1 369,3	1 392,1	1 429,8	691,1	701,0	710,9	718,9
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	16,8	18,3	19,5	8,0	10,3	8,5	11,0
Konsumausgaben	1 241,9	1 265,6	1 300,0	617,6	648,0	634,4	665,6
Sparen	144,2	144,7	149,3	81,4	63,3	85,0	64,3
Sparquote (%) ⁷	10,4	10,3	10,3	11,6	8,9	11,8	8,8
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Masseneinkommen	2,0	1,0	2,2	0,9	1,2	2,2	2,2
Nettolöhne und -gehälter	0,2	0,2	2,9	-0,1	0,4	2,6	3,2
Monetäre Sozialleistungen	4,8	2,7	1,1	2,6	2,7	1,6	0,6
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen,							
verbrauchsnahe Steuern	3,4	3,7	1,3	4,4	3,0	1,3	1,3
Übrige Primäreinkommen ⁵	-2,3	2,4	4,2	2,3	2,6	4,6	3,6
Verfügbares Einkommen	1,0	1,7	2,7	1,6	1,8	2,9	2,5
Konsumausgaben	0,8	1,9	2,7	1,8	2,0	2,7	2,7
Sparen	4,4	0,4	3,1	0,5	0,3	4,3	1,6

noch: **Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland**

Vorausschätzung für die Jahre 2003 und 2004

	2002	2003	2004	2003		2004	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁸							
a) Mrd. Euro							
Einnahmen							
Steuern	476,6	492,8	504,8	240,2	252,6	249,9	254,9
Sozialbeiträge	388,7	399,5	406,0	192,0	207,4	194,9	211,1
Vermögenseinkommen	17,9	16,1	15,5	9,9	6,2	9,4	6,1
Sonstige laufende Transfers	14,9	16,2	16,4	7,1	9,2	7,5	8,9
Vermögenstransfers	8,8	8,4	8,2	4,1	4,3	4,1	4,1
Verkäufe	40,5	40,5	40,4	19,1	21,5	18,8	21,6
Sonstige Subventionen	0,8	0,8	0,8	0,4	0,4	0,4	0,4
Insgesamt	948,2	974,3	992,1	472,6	501,6	484,9	507,1
Ausgaben							
Vorleistungen ⁹	247,4	252,5	255,0	121,8	130,8	122,6	132,5
Arbeitnehmerentgelt	165,9	167,9	168,5	78,8	89,1	78,8	89,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	67,2	69,5	72,2	33,0	36,5	31,5	40,7
Subventionen	30,9	29,5	28,5	13,6	15,9	13,1	15,4
Monetäre Sozialleistungen	409,9	420,6	425,1	207,9	212,8	211,1	214,0
Sonstige laufende Transfers	35,6	38,6	41,8	18,8	19,8	20,4	21,5
Vermögenstransfers	35,3	36,5	35,0	19,2	17,3	18,7	16,3
Bruttoinvestitionen	33,7	33,5	32,0	15,2	18,3	14,4	17,6
Nichtproduzierte Vermögensgüter	-1,4	-1,3	-1,4	-0,6	-0,7	-0,6	-0,7
Insgesamt	1 024,4	1 047,3	1 056,7	507,5	539,9	509,9	546,9
Finanzierungssaldo	-76,2	-73,1	-64,7	-34,9	-38,2	-24,9	-39,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	0,1	3,4	2,4	5,6	1,4	4,0	0,9
Sozialbeiträge	1,3	2,8	1,6	2,6	2,9	1,5	1,8
Vermögenseinkommen	-5,2	-10,1	-3,7	-16,3	1,8	-4,6	-2,4
Sonstige laufende Transfers	4,2	8,7	1,2	7,8	9,4	6,4	-2,7
Vermögenstransfers	4,0	-4,3	-2,4	3,5	-10,8	-0,7	-4,0
Verkäufe	-0,4	0,1	-0,3	0,4	-0,2	-1,2	0,4
Sonstige Subventionen	-13,8	1,3	0,0	6,1	-2,4	0,0	0,0
Insgesamt	0,5	2,8	1,8	3,6	2,0	2,6	1,1
Ausgaben							
Vorleistungen ⁹	3,4	2,1	1,0	2,2	1,9	0,7	1,3
Arbeitnehmerentgelt	0,6	1,2	0,3	1,5	1,0	0,0	0,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-0,9	3,4	3,9	-1,6	8,3	-4,5	11,5
Subventionen	-8,6	-4,6	-3,4	-4,8	-4,4	-3,2	-3,5
Monetäre Sozialleistungen	5,0	2,6	1,1	2,6	2,6	1,6	0,6
Sonstige laufende Transfers	4,8	8,6	8,3	17,4	1,3	8,4	8,2
Vermögenstransfers	-1,5	3,5	-4,2	9,6	-2,5	-2,6	-5,9
Bruttoinvestitionen	-5,9	-0,4	-4,5	0,3	-1,0	-5,5	-3,7
Insgesamt	2,4	2,2	0,9	2,5	2,0	0,5	1,3
1 Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.				6 Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.			
2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.				7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).			
3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.				8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.			
4 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.				9 Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.			
5 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.							
Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen der Institute; 2003 und 2004: Prognose der Institute.							



Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2003

Eine gekürzte Version der Gemeinschaftsdiagnose erscheint in der Mai-Ausgabe des Economic Bulletin

The World Economy in Spring 2003 **The German Economy in Spring 2003**

Eine Auswahl der Wochenberichte des DIW Berlin erscheint monatlich im Economic Bulletin in englischer Sprache (<http://www.diw.de/deutsch/publikationen/bulletin>).

Impressum

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)
PD Dr. Gustav A. Horn
Dr. Kurt Hornschild
Prof. Dr. Georg Meran (kommissarisch)
Wolfram Schrettl, Ph. D.
Dr. Bernhard Seidel
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Dr. Hans-Joachim Ziesing

Redaktion

Dörte Höppner
Dr. Elke Holst
Jochen Schmidt

Pressestelle

Dörte Höppner
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Verlag

Verlag Duncker & Humblot GmbH
Carl-Heinrich-Becker-Weg 9
12165 Berlin
Tel. +49-30-790 00 60

Bezugspreis

(unverbindliche Preisempfehlungen)
Jahrgang Euro 108,-/sFR 182,-
Einzelnummer Euro 10,-/sFR 18,-
Zuzüglich Versandkosten
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter www.diw.de

Konzept und Gestaltung

kognito, Berlin

Druck

Druckerei Conrad GmbH
Oranienburger Str. 172
13437 Berlin